

1979

Anfang des Jahres betrug die Gesamtbevölkerung der Stadt Kelkheim 27.914 Personen. Im Gebiet der Kernstadt leben zurzeit 19.063 Einwohner, davon 1.319 Ausländer. Fischbach hat 5.640 Einwohner, davon 413 Ausländer, Ruppertshain hat 2.211 Einwohner, davon 201 Ausländer, und Eppenhain hat genau 1.000 Einwohner, davon 54 Ausländer. Die Statistik zeigt, daß der Anteil der ausländischen Bevölkerung durchschnittlich bei acht Prozent liegt. Den größten Ausländeranteil hat Ruppertshain, nicht zuletzt bedingt durch das ausländische Personal in der Domagk-Klinik, den geringsten Prozentsatz von Ausländern weist Eppenhain aus.

Den stärksten Bevölkerungsanteil unter den Ausländern in Kelkheim bilden die Jugoslawen, gefolgt von Spaniern und Italienern. Die ausländischen Einwohner von Kelkheim sind gut integriert. Für die Gruppen der Jugoslawen und Spanier gibt es einen Treffpunkt in der alten Münsterer Schule, wo die Stadt zwei Räume für die Zusammenkünfte dieser Gruppen zur Verfügung stellt.

In Kelkheim einschließlich der neuen Stadtteile wurden im Jahre 1978 insgesamt 379 Bauanträge, Voranfragen und Nachträge gestellt. Das ist im Vergleich zum Jahr davor mit 580 Bauanträgen eine merkbare Verringerung. Die ermittelten Baukosten liegen für Kelkheim bei 32.536.000 Mark. Genehmigt wurden für Kelkheim 438 Bauvorhaben mit einer Gesamtsumme von 34.546.000 Mark. Die abweichende Zahl der Bauanträge resultiert aus einem Überhang des Vorjahres. Der Rückgang der Bauanträge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Fischbacher Neubaugebiete weitgehend ausgeschöpft sind.

Im Jahre 1978 wurden im Gebiet der alten Stadt Kelkheim 196 Bauanträge eingereicht, in Fischbach 124, in Ruppertshain 38 und in Eppenhain 21. Im Jahre 1977 hatte Fischbach bei weitem den höchsten Anteil an Bauanträgen, die denjenigen der Kernstadt an Zahl weit übertrafen.

Im Gebiet der alten Stadt Kelkheim wurden 1978 von zehn Baugebieten zwei fertig gestellt, und zwar das Gebiet Sellnbach und das Gebiet Adolfshöhe III. Das Baugebiet Altbach wurde bis auf ein Grundstück und auf Anpflanzungen beim Fußweg fertig. Im Baugebiet Am Schieferberg ist die Baustraße angelegt worden. Beim Baugebiet Im Loch / Unterm Reis sind Kanal und Wasserleitungen verlegt, die Planierungen sind ausgeführt, der provisorische Straßenausbau steht noch aus. Beim Baugebiet Reitplatz ist der Fertigausbau in Teilbereichen abgeschlossen, die Arbeiten mussten wegen des Frostes eingestellt werden. Im Baugebiet Brunhildenweg ist der provisorische Straßenausbau abgeschlossen. Im Baugebiet Meuser mussten Kanal, Fußweg und Wendehammer zurückgestellt werden. Die Rotebergstraße kann erst nach Neumessung ausgebaut werden, gleiches gilt für das Baugebiet Auf'm Brühl.

Bei den Straßenbauarbeiten meldet das Stadtbauamt die Fertigstellung des Wendehammers an der Breslauer Straße und des Gehweges an der Frankfurter Straße in Münster. Wegen der Bauarbeiten an der Rotebergstraße vom Gagernring bis zum Bauende wird zurzeit mit Firmen verhandelt. Der Ausbau von Straßendecken ist planmäßig ausgebaut worden an der Rotebergstraße, der Rotlinallee, dem Gagernring, der Höhenstraße, am Kirchplatz Münster, an der Bergstraße, teilweise in der Hattersheimer Straße, provisorisch an der Offerdingstraße und bis auf die Feindecke auch auf der Stichstraße zum Münsterer Feuerwehrgerätehaus, schließlich auf dem Verbindungsweg zwischen Höhenstraße und Lorsbacher Straße. Die Straße Nach dem Busch ist mit provisorischem Anschluss an die Töpferstraße fertig gestellt, das Brückenbauwerk ist abgeschlossen.

Bei den Kanalbauten ist der Hauptsammler in den Sindlinger Wiesen bis zur Töpferstraße vorangekommen. Die Verfüllung der Breslauer Straße musste wegen Frost aufgeschoben werden. Die Arbeiten zur Weiterverlegung des Hauptsammlers bis Haingraben, Bahnstraße, Hornauer Straße, Weberstraße bis Feldbergstraße sind vergeben.

Für die Wasserversorgung ist die Pumpstation in der Rotebergstraße fertig gestellt. Planungen liegen vor für die Hügel-/ Gudelhardtstraße, wo auch die Baulandumlegung eingeleitet ist. Auf'm Brühl müssen die Planungen bis zur Neuvermessung aufgeschoben werden, ebenso in der Rotebergstraße. Am Hain und in der Offerdingstraße sind die Planungen fertig.

Für die Liederbachregulierung in den Sindlinger Wiesen samt der zugehörigen Landschaftsplanung ist ein Planungsbüro beauftragt.

In Fischbach sind für das Baugebiet Im Schulzehnten die Erschließungsarbeiten fertig gestellt, Anpflanzungen stehen noch aus. Das Baugebiet Hohenstein ist bis auf einige Baulücken fertig gestellt. Im dritten zu erschließenden Baugebiet, dem Hühnerberg, sind Kanal und Wasserleitung zum größten Teil verlegt. Die Arbeiten mussten wegen des Frostes vorübergehend eingestellt werden.

Von den Straßenbauten in Fischbach sind Unterdorf, Taunusstraße, Staufenstrasse und der Fußweg von der Taunusstraße zur Schule fertig gestellt. An Planungen liegt für Fischbach ein genereller Kanalentwurf als Vorentwurf vor, für die Wasserversorgung sind Bestandspläne erstellt worden.

In Ruppertshain sind die Straßenbauten am alten Rathaus und Am Wolfes fertig. Der Deckenausbau der Wiesenstraße wurde wegen Kanalplanungen zurückgestellt, ebenso der provisorische Straßenausbau Am Steinbruch und im Gebiet Rompf. Für die Straße Am Steinbruch liegt die Vorplanung vor, für die

Grundstücke Rompf ist die Planung fertig. Ein genereller Kanalplan ist für Vorgespräche fertig. Für die Wasserversorgung sind die Bestandspläne zum Teil fertig gestellt. Die Außenaufnahme ist abgeschlossen. Im Stadtteil Eppenhain wurde der Marion-Hutten-Weg fertig gestellt. Der Waldweg im Birkenfeld kann erst nach Fertigstellung der Hochbauten zu Ende geführt werden. Für das Gebiet In den Wickgärten liegen Planungsaufnahmen vor, der Entwurf kann jedoch erst nach den Festlegungen im Dorferneuerungsplan endgültig aufgestellt werden. Ein Kanalplan für Eppenhain ist als Vorentwurf fertig. Zum Wasserversorgungsplan werden zurzeit die Bestandspläne aufgetragen. Die Aufnahmen dazu sind abgeschlossen.

Am 1.1.1978 waren in Kelkheim 1.054 Gewerbebetriebe angemeldet. Das Gewerberegister verzeichnet am Jahresende nach 142 Anmeldungen und 96 Abmeldungen sowie 41 Gewerbeummeldungen insgesamt also 1.100 Betriebe.

Die Statistik des Sozialamtes weist zum Jahresende 97 Sozialhilfefälle aus, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen 31 Personen, Ernährungszulage bekamen ebenfalls 31 Personen, weitere sechs Personen sonstige laufende Hilfen.

Im Jahre 1978 sind im Hallen-Freibad aus dem Verkauf von Eintrittskarten insgesamt 383.350 Mark eingegangen. Die Gesamteinnahmen einschließlich der Gebühren für Schulschwimmen, Vereinssport und der Pacht für die Gaststätte lagen bei rund 423.400 Mark. Die Einnahmen sind gegenüber dem Jahre 1977 um gut 43.000 Mark zurückgegangen, gegenüber dem Jahre 1976 mit seinem heißen Sommer sogar um 157.000 Mark. Dem Rückgang der Einnahmen entsprechen die niedrigen Besucherzahlen.

Im Jahre 1976 hatte das Schwimmbad mehr als 268.000 Besucher. 1977 besuchten bei wesentlich ungünstigeren Wetterbedingungen noch 241.000 Personen das Bad. Im jetzt zu Ende gegangenen Jahr 1978 wurden nur noch 179.520 Besucher gezählt. Die Einnahmen im Schwimmbad erreichten 1978 noch nicht einmal die Hälfte der Betriebskosten, wobei Verzinsung und Abschreibung des investierten Kapitals noch nicht mit eingerechnet sind. Die Ertragslage des Hallen- und Freibades wird sich auch bei einem freundlicheren Sommer nicht wesentlich ändern; denn die allgemeinen Kosten steigen weiter an, nicht nur Löhne, Gehälter und Sachkosten, sondern auch die Steuererhöhungen.

Die Einnahmen des Stadtbusverkehrs aus Fahrgeldern liegen 1978 knapp unter 41.600 Mark. Die Stadt musste einen Zuschuss von rund 85.000 Mark zahlen. 1977 waren noch knapp 49.000 Mark eingenommen worden und der Zuschuss betrug nur 68.500 Mark. Wesentlich zum Rückgang der Fahrgäste hat die Änderung der Schuleinzugsbereiche beigetragen.

Weiterhin ist zu beobachten, daß immer mehr Arbeitnehmer und auch Hausfrauen statt des öffentlichen Verkehrsmittels in der Stadt eigene PKW benutzen. Jugendliche und Schüler weichen im Sommer immer mehr auf motorisierte und nicht motorisierte Zweiräder aus. Ins Rentenalter wachsen immer mehr Menschen hinein, die auch das eigene Auto benutzen. Zuwächse kann deshalb der Stadtbusverkehr in der Zukunft nicht mehr erwarten, und die Zuschüsse aus dem Stadtsäckel werden anwachsen.

Der Schuldenstand der Stadt Kelkheim betrug Ende des Jahres 1978 rund 41.823.806 Mark. Für 1979 ist eine Kreditaufnahme von 4,3 Mio. Mark geplant, wovon rund 1 Mio. Mark zur Tilgung von Schulden verwendet werden soll, so daß die Stadt bis Ende 1979 voraussichtlich eine Schuldenlast von 45,1 Mio. Mark erreicht hat.

12.1.1979: Um in Ruhe wichtige Punkte des neuen Haushaltsplanes und städtische Probleme zu diskutieren und zugleich die menschlichen Kontakte zu pflegen, fuhr die CDU-Fraktion zu einer Wochenendklausurtagung nach Ipphofen in Franken. Was die Kosten für die Fahrt und Unterkunft anging, so kam jeder Teilnehmer dieser Klausur selbst dafür auf.

14.1.1979: Zum traditionellen **Neujahrsempfang** des Magistrats kamen dieses Jahr rund 250 geladene Gäste, ein Querschnitt aus Handel, Gewerbe, sozialen und kulturellen Vereinigungen. Die Stadt hatte in diesem Jahr gezielt auch Bürger eingeladen, die sich stetig ehrenamtlich in sozialen Hilfsorganisationen für die Allgemeinheit im Verborgenen engagieren.

Der Neujahrsempfang dient dazu, unmittelbare Kontakte zu den Vertretern der Stadt herzustellen. Bgm. Dr. Stephan ging in seiner Ansprache besonders auf die langfristigen Planungen der Stadt ein und kündigte die Absicht an, im Verlaufe der nächsten Jahre weiteres Gewerbe anzusiedeln. Die Stadt will beim UVF die Zustimmung für die Ausweisung von Gewerbegebiete an zwei Stellen erwirken, einmal südlich des bisherigen Gewerbegebietes Münster, außerdem östlich der Königsteiner Landstraße.

Zur Generalverkehrsplanung berichtete der Bürgermeister vom Fortgang der Planungen für die neue B 8, von der die Stadt Entlastung für die Stadtteile K.-Mitte und Fischbach vom Durchgangsverkehr erhofft. Als innerstädtische Planungsaufgaben sprach Bgm. Dr. Stephan die Ortskernsanierung in Münster und die Bebauung der neuen Stadtmitte an.

Der Erste Stadtrat Karlheinz Klug gab den traditionellen Überblick über die Finanzen der Stadt Kelkheim. Nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten bei der Zusammenführung der verschiedenen Stadtteile im Jahre 1977 konnte die Stadt den Haushalt 1978 programmgemäß ausführen. Mehreinnahmen bei Grundstücksverkäufen, höhere Gewerbesteuererinnahmen und ein günstiges Ergebnis des

Jahresabschlusses 1977 ermöglichten es, die Investitionsausgaben um fast 3,2 Mio. Mark zu steigern und den Nettokreditbedarf von ursprünglich 6 Mio. Mark auf 4,5 Mio. Mark zu senken. Vom Vermögenshaushalt in Höhe von fast 24 Mio. Mark konnte die Stadt fast drei Viertel durch Eigenmittel, Zuschüsse und Beiträge aufbringen.

Als Kämmerer versprach Klug für 1979 stabile Steuern und Gebühren. Der Hebesatz der Grundsteuer A ist seit 1966 unverändert, der Grundsteuer B sogar seit 1958, der Gewerbesteuer seit 1973, Wassergeld und Kanalbenutzungsgebühren seit 1977. Änderungen sind möglich bei den Stadtbustarifen, den einmaligen Kanal- und Wasseranschlussgebühren und gegen Ende des Jahres auch bei Müllgebühren aufgrund der neuen Deponiegebühren des Kreises. Dabei steht auch die Frage der Einführung größerer Müllgefäße zur Beratung.

Der Rohentwurf des Haushalts für 1979 ist fertig und wird noch in diesem Monat in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Steueränderungsgesetze und Kostensteigerungen schmälern den finanziellen Spielraum der Stadt gegenüber 1978 um mehr als 1,5 Mio. Mark. Erster Stadtrat Klug äußerte sich trotzdem für die Zukunft optimistisch. Die Stadt Kelkheim, die keine Lohn-summensteuer erhebt, kann sich der neuen Lage wesentlich besser anpassen als Städte und Gemeinden, denen der Wegfall dieser Steuer nur sehr unzureichend ausgeglichen wird.

24.1.1979: Drei alternative Pläne für die schon seit langem von der Stadt ins Auge gefasste und von den Münsterer Bürgern geforderte Neugestaltung des Kirchplatzes wurden jetzt der Presse vorgestellt. Erarbeitet wurden die recht beeindruckenden Lösungen von Architekt Friedrich E. Rosenberg im Auftrag der Städtebaulichen Entwicklungsgesellschaft (STEG). Bgm. Dr. Stephan erläuterte in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft.

Als einen ganz wesentlichen Grund für die Sanierung des alten Ortskerns von Münster bezeichnete er die Tatsache, daß der alte Kern weitgehend erhalten sei. Zudem liege noch viel Fachwerk unter Putz verborgen. In unmittelbarer Nachbarschaft sind heute noch Kirche, Kirchplatz, Pfarrhaus, Kindergarten, Altes Rathaus und Schulhaus sowie Geschäfte und Gastwirtschaften vorhanden, ebenfalls das alte Straßennetz. Mit der Freilegung von Fachwerk wurde bereits im vergangenen Jahr in der Königsteiner Straße begonnen. Die neue Verkehrsplanung der Stadt schließlich hat Münster nach den Worten von Dr. Stephan eine völlige Verkehrsentlastung gebracht.

Bei den Planungen wurden auch die an den Platz angrenzenden Häuserzeilen mit einbezogen, nachdem sich schnell herausgestellt hatte, daß man das Alte Rathaus nicht losgelöst von seiner Umgebung sehen kann. Zwei Seiten des Platzes werden bereits von der St. Dionysiuskirche und dem Alten Rathaus begrenzt (die alte Schule dazwischen soll abgerissen werden), es bleiben die Ostseite und die Westseite des Platzes.

Die Häuserzeile der Ostseite mit Apotheke und Cafe' Mohr soll durch Fachwerkfreilegung oder Fassadenverbesserungen dem Gesamtbild angeschlossen werden. Die Bebauung der Westseite, an der Frankfurter Straße, hingegen ist so uneinheitlich, daß hier nach den Plänen Rosenbergs der Kirchplatz völlig neu gestaltet werden soll. Würde man hier auf dieser Seite nichts tun, würde der gesamte Platz viel zu groß und "ungemütlich" werden. Die drei Lösungen sehen nun vor:

Erstens eine eingeschossige, aufgelockerte Ladenbebauung mit Passage im Pavillonstil mit Dachlandschaft und einer Tiefgarage mit ca. 60 Stellplätzen (große Lösung). Als zweite Lösung stellt man sich eine verringerte Ladenbebauung im gleichen Stil mit starker Baumbepflanzung vor. Ein Altenwohnhaus schließlich mit 16 Wohneinheiten, zweieinhalbgeschossig, ist die dritte Alternative. Von allen drei Vorschlägen favorisiert Bgm. Dr. Stephan den ersten, die "große Bebauung". In diesem Ladenzentrum mit etwa einer Geschoßfläche von 600 qm könnten ein Lebensmittelmarkt sowie ein paar kleinere Geschäfte untergebracht werden. Bei der kleineren, zweiten Lösung würden nur etwa 230 qm bebaut. Bei diesem Vorschlag wäre der Platz im Winter durch die kahlen Bäume visuell nicht begrenzt. Der ganze Platz (30 x 40 m bzw. 1.200 qm) soll durchgehend gepflastert, bepflanzt werden und einen Brunnen oder eine Skulptur erhalten. Der jetzige durch Straßenverbreiterung entstandene Parkplatz nördlich des Rathauses soll ebenfalls in die Gestaltung einbezogen werden. Es sind drei gegliederte "giebelständige" Häuser vorgesehen mit Läden im Parterre und Wohnungen im Ober- und Dachgeschoß. Die Frankfurter Straße soll hier zur "verkehrsberuhigten Zone" mit Parkmöglichkeiten werden. Das Rathaus selbst soll an seinem jetzigen Standort bleiben, jedoch mit Unterkellerung und Terrasse mit Bewirtung (es soll eine Weinstube eingerichtet werden) versehen werden. Die zum Ausbau des Kirchplatzes vorgesehenen Baumaßnahmen einschließlich der Tiefgarage liegen bei 5 bis 6 Mio. Mark. Ungefähr die Hälfte der Kosten wären bei Verwirklichung des ersten Vorschlages mit 600 qm Ladenfläche zu erwirtschaften. Die Steg hat die Gesamtplanung ohne Vorgaben der städtischen Gremien erarbeiten lassen, um die Ortskernsanierung in Gang zu bringen. Über die Vorschläge wird die Stadtverordnetenversammlung innerhalb der nächsten Monate entscheiden.

29.1.1979: 50-jähriges Jubiläum feierte der katholische Kirchenchor Fischbach. Aktive, die ehemaligen Chorleiter, Gründungsmitglieder und zahlreiche Ehrengäste fanden sich aus diesem Anlass zu einer

Feierstunde im Saal des katholischen Pfarrzentrums ein. Erster Vorsitzender Adolf Trott konnte bei der Feier neben den früheren Pfarrer Pabst, seinen Nachfolger Rohr und den evangelischen Kollegen Weishaupt begrüßen.

26 Frauen und 17 Männer haben, so sagte Trott, im Januar 1929 den katholischen Kirchenchor Fischbach gegründet; von Anfang an habe der Chor zur "Verherrlichung Gottes" beitragen wollen. Aber auch bei weltlichen Feiern, und das sei durchaus mit den Statuten vereinbar, trage die Gemeinschaft zum Gelingen bei. Trotz vielfältiger Schwierigkeiten habe der Chor in dem halben Jahrhundert seines Bestehens als lebendiges Glied der Pfarrgemeinde erfolgreich gewirkt. Die Zahl der aktiven Mitglieder, die 1967 mit 12 ihren niedrigsten Stand hatte, ist heute wieder auf 29 angewachsen. Trotz des derzeitigen hohen Leistungsniveaus fehlen aber noch einige Tenorstimmen. Seit 1976 ist der derzeitige Chorleiter Hans Jakob Sauer aus Eppstein tätig. Ihm sei es, so sagte Adolf Trott, durch seine unermüdliche und zielstrebige Arbeit zu verdanken, daß die Singgemeinschaft zu einem soliden Leistungsstand geführt wurde.

Worte des Dankes hatte Trott auch für Pfarrer Pabst, der 1954 die Wiedergründung des Chores nach Jahren der Stagnation gefördert habe. Fünf Chorleiter haben sich in den vergangenen 50 Jahren um den Chorgesang in Fischbach verdient gemacht. Zuerst Hauptlehrer Andreas Faust. Er hatte dieses Amt bis zum Krieg inne. Dann, mit Beginn der Wiederbegründung im Jahre 1954, hatte Alfred Divisch diese Aufgabe übernommen und sie 12 Jahre lang mit großem Erfolg ausgeübt. Adelheid Horrig folgte dann für 1 1/2 Jahre als Chorleiterin und anschließend Josef Schneider von 1966 bis 1975. Seit 1976 ist, wie schon erwähnt, Hans Jakob Sauer tätig.

Gründungsmitgliedern und "Sängern der ersten Stunde", es sind Willi Pabst, Dina Klante, Luise Seebold, Maria Noll, Christine Birnstiel, Greta Kunz, Maria Frank, Eva Althen, Margarete Kilp und Gregor Wolf, wurde seitens des Vorstandes eine besondere Anerkennung ausgesprochen. Gregor Wolf bedankte sich dafür im Namen der Geehrten.

26.1.1979: In der ersten Stadtverordnetensitzung des Jahres 1979 am 26.1. erläuterte der Bürgermeister als erstes die ausgehängten Pläne zur Neugestaltung des Kirchplatzes Münster (siehe vorstehenden Bericht). U.a. führte er weiter aus, daß es nun an den Beratungen der städtischen Gremien liege, ob und in welchem Umfang im Rahmen dieser Pläne oder auch vorgetragener Änderungswünsche eine Bebauung dort näher gebracht werden kann. Es wird sich zunächst der Magistrat mit den Unterlagen befassen, dann gehen sie in den Planungs- und Bauausschuss, wobei im Hinblick auch auf die erheblichen Baukosten, der Haupt- und Finanzausschuss in die Zwischenberatungen eingeschaltet werden soll.

Danach hielt der Kämmerer Erster Stadtrat Klug die Haushaltsrede zu dem vom Magistrat eingebrachten HH-Plan für das Jahr 1979. Der HH-Plan-Entwurf wurde einstimmig in die Fachausschüsse verwiesen. Anschließend wurde Herr Josef Schmidbauer, Auf der Herrnmauer 41, einstimmig für eine weitere Amtsperiode gewählt.

Die CDU-Fraktion hatte zwei Anträge eingebracht. Zum ersten wurde der Magistrat beauftragt, Ermittlungen über den Bedarf an Hortplätzen in Kelkheim vorzunehmen und hierbei auch eine Essensausgabe an Schulkinder in Schulen und Kindergärten und Hausaufgabenhilfen einzubeziehen. Zum zweiten wurde der Magistrat beauftragt, Verhandlungen mit Wohnungsbauträgern zu führen, um zu erreichen, daß für den Bereich der Stadt Kelkheim ein drittes Altenwohnheim errichtet wird, da weiterer entsprechender Bedarf vorhanden ist. Die Stadtverordneten stimmten beiden Anträgen der CDU-Fraktion einstimmig zu. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Zum Verkauf der Stadthalle hat der Hauptvorstand der SG Kelkheim in einer Presseerklärung Stellung genommen. Wie schon berichtet, war der Ankauf der seinerzeit durch die SG Kelkheim erbauten Stadthalle, kürzlich durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen worden. Die Mitglieder der SG hatten sich im Dezember 1978 bereits auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit für den Verkauf ausgesprochen.

Seit 1. Januar 1979 gehört die Stadthalle nun der Stadt Kelkheim. Unter den Mitgliedern der SG, die nicht an der Versammlung teilnahmen, muss wohl eine Diskussion über den Verkauf außerhalb der Versammlung stattgefunden haben, so daß sich der Hauptvorstand veranlasst sah, noch einmal Stellung zu beziehen und die Gründe für den Verkauf darzulegen. In der Presseerklärung heißt es: "Nach den Neuwahlen der SG Kelkheim vom 24.4.1978 nahm sich der neu gewählte Vorstand unter dem Vorsitzenden R. Freund des vordringlichsten Problems des Vereins, und zwar der Unterhaltung der Stadthalle Kelkheim oder des Verkaufs dieser Anlage, sofort an." Aufgrund aufrichtigen Bemühens, mit der Verwaltung der Stadt Kelkheim ein gutes, offenes und von jeden Vorbehalten freies Verhältnis zu schaffen", habe man in kürzester Zeit Gespräche führen können, "die sehr bald zu einem für alle Beteiligten positiven Abschluss führten".

Dies sei von Vereinsseite aus dringend erforderlich gewesen, "da die Unterhaltungskosten für das Objekt Stadthalle einfach nicht von einem Amateurverein zu tragen waren, sei es aus finanzieller, sei es aus personeller Sicht. Es stand daher für den Vorstand außer Frage, dieses Objekt den Gremien zu übergeben, die hierfür von Amts wegen aus in der Lage sind. Um die Stadthalle den Bürgern von Kelkheim

und dem gedachten gemeinnützigen Zweck zu erhalten, gab es nur eine Lösung: den Verkauf an die Stadt Kelkheim.

Der Vorstand der SG Kelkheim ist sich sicher", heißt es weiter, "auch die Zustimmung der älteren Mitglieder, und zwar der Erbauer dieser Halle, für diesen Schritt zu haben, da bei einer im Dezember durchgeführten Mitgliederversammlung von 76 anwesenden Mitgliedern 70 für den Verkauf stimmten". Auch die finanziellen Vereinbarungen zwischen der SG Kelkheim und der Stadt Kelkheim, über die hier schon berichtet wurde, erwähnt der Verein noch einmal.

Der Vorstand der SG betont weiter, er sei sicher, "mit dieser Lösung Voraussetzung dafür geschaffen zu haben, daß einmal die Stadthalle Kelkheim den Bürgern erhalten bleibt, zum anderen die Sportgemeinschaft Kelkheim in die Lage versetzt wird, sich ihrem eigentlichen Zweck, und zwar dem gemeinnützigen Sportbetrieb, aktiv und finanziell besser widmen zu können". Zugleich bedankt sich der Vorstand noch einmal bei der Stadtverwaltung für die "verständnisvolle und faire Verhandlungsführung".

Es tut sich wieder etwas in Sachen Weiterbau der B 8, nachdem es lange Zeit für die Bürger so aussah, als ob das Planfeststellungsverfahren geruht habe. Während dieser Zeit - eineinhalb Jahre - waren die Einsprüche von Einzelpersonen und auch die auf einem Stadtverordnetenbeschluss vom 24.6.1977 beruhenden Anregungen, Bedenken und Forderungen zur neuen B 8 seitens der Stadt Kelkheim vom Straßenbauamt in Wiesbaden bzw. dem RP in Darmstadt überprüft worden.

Der Stadt ging jetzt die Stellungnahme des RP zu. Erfreulicherweise sollen die Wünsche der Stadt Kelkheim weitgehend erfüllt werden; ein wesentlicher Teil jedoch wurde abgelehnt: die Verlegung der geplanten Trasse der neuen B 8 auf die Westseite oberhalb der Bahnlinie. Diese Forderung basierte auf den Beschluss fast aller Stadtverordneten, die damit eine geringere Beeinträchtigung des landschaftlich reizvollen Braubachtales erreichen wollten. Die SPD-Fraktion hatte auf der Sitzung am 24.6.1977 einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Der RP begründet seine Ablehnung dieser Forderung u.a. damit, daß bei einer dann notwendig werdenden Überführung der B 8 über die Bahnlinie der Damm oder eine Teilbrücke im Liederbachtal beispielsweise an der Kreuzung mit der Rotebergstraße anstatt elf 22 Meter hoch werden und zudem weiterer Wald verschwinden würde. Ebenfalls zusätzlich Wald geopfert werden müsste bei einer Unterführung der B 8 an der Kleinbahn, außerdem würde in diesem Falle die Trasse so verlaufen, daß "erhebliche Erdbewegungen" notwendig würden. Beide Varianten kämen also auch wesentlich teurer als der jetzt geplante Straßenverlauf.

Die Ablehnung der Trassenverlegung bedeutet nun auch, daß der bereits vorhandene Damm im Liederbachtal nicht abgetragen wird, wie seinerzeit gehofft wurde, sondern bestehen bleibt. Wie jedoch Bgm. Dr. Stephan in seiner Eigenschaft als Direktor des UVF in der Presse erläuterte, ist aufgrund vorgetragener Bedenken gegen den Damm (verminderter Luftaustausch) von den jeweiligen Straßenbauämtern überprüft worden, inwieweit eine Stützenlösung (Brückenlösung statt Damm) möglich ist. Für diese Forderung des UVF sehe es nun durchaus positiv aus, was konkret bedeuten würde, daß der Damm zumindest nicht mehr durchgehend wäre, sondern teilweise durch Betonstützen ersetzt würde. Dadurch wäre dann der klimatisch wichtige Luftaustausch zwischen den Taunushängen und Mainebene gewährleistet.

Im einzelnen hat der RP bzw. das Straßenbauamt in Wiesbaden der Stadt folgende Regelungen beim Weiterbau der B 8 in Richtung Glashütten zugesagt: Der Waldweg von der Adolphshöhe zum Braubachweiher erhält einen Anschluss vom Gräberwald bis zum Liederbach. Bei dem Brunnen an der Ecke verlängerte Rotebergstraße / Braubachtal kommt der Bund für die notwendigen Schutzmaßnahmen auf. Der wegfallende Parkplatz Rettershof wird auf die alte Trasse der B 455 verlegt. Fast alle Forderungen wegen des Ausbaues von Feld- und Waldwegen sowie Wendehämmern werden erfüllt, lediglich ein Fußweg wird abgelehnt. Zugesagt wird ferner die Stützmauer am Braubachweiher, der Antrag auf Pflanztröge an dieser sonst kahl bleibenden Mauer aber abgelehnt. Noch offen ist eine Unterführung für das Wild, sie muss vom Bundesverkehrsminister genehmigt werden. Merkwürdigerweise wird im Antwortschreiben des RP von einer "Überführung" für das Wild gesprochen, die - vorbehaltlich der Zustimmung des Ministers - zugesagt wird. Ebenfalls vom Bundesminister noch genehmigt werden muss die Aufstellung von Wildschutzzäunen auf beiden Seiten der neuen B 8.

Der RP erwartet eine positive Entscheidung. In seiner letzten Sitzung hat der Magistrat die Stellungnahme des RP nun "zur Kenntnis genommen" und beschlossen, auch weiterhin die Pflanztröge an der Stützmauer am Braubachweiher zu fordern sowie ein besonderes Augenmerk auf die geforderten Wildschutzzäune zu richten. Bgm. Dr. Stephan sprach die Hoffnung aus, daß das Planfeststellungsverfahren für die neue B 8 nun Ende dieses Jahres abgeschlossen werden kann und Anfang 1980 mit dem Bau der neuen Trasse begonnen wird.

Gerhard Noeske, jüngster Stadtverordneter der CDU im Stadtparlament, wurde in der Jahreshauptversammlung der Jungen Union des Kreises in Bad Soden zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt. Andreas Beck, ebenfalls aus Kelkheim, wurde Schatzmeister.

12.2.1979: Gegen die Pläne des Magistrats eventuell eine Verbindungsstraße vom Gimbacher Hof durch den Wald zur Gundelhardtstraße zu bauen, um die Anlieger des Gimbacher Weges vom Verkehr zu entlasten, setzen sich jetzt die Anlieger der Gundelhardtstraße zur Wehr. In einem Brief an die Stadtverordneten stellen sie fest, daß sie sich mit allen rechtlich zulässigen Mitteln dagegen wehren werden, daß eine Straße vom Erholungsgebiet "Gimbacher Hof" zum oberen Ende der Gundelhardtstraße durch den Wald gebaut wird.

In dem Brief heißt es unter anderem: Die Anlieger der Gundelhardtstraße sind darüber informiert, daß die Stadt Kelkheim den Bau einer Straße vom Erholungsgebiet um den Gimbacher Hof zum oberen Ende der Gundelhardtstraße entlang der Grundstücksbegrenzung des Werksgeländes der Varta-AG plant und vorbereitet. Zweck der Straße soll es sein, den Gimbacher Weg vom Verkehr zum Gimbacher Hof bzw. von dort weg zu entlasten. So sehr wir die Klagen der Anlieger des Gimbacher Weges verstehen, so sehr müssen wir uns gegen die geplante Neuregelung zur Wehr setzen. Das mit der Entstehung des Erholungsgebietes entstandene Problem des Zufahrtverkehrs zum Erholungsgebiet kann nicht auf Kosten einer ohnehin schon stark belasteten Anliegergruppe gelöst werden.

Die Anlieger der Gundelhardtstraße und angrenzender Gebiete sind durch den Berufsverkehr zum Forschungszentrum der Varta-AG, durch den zeitweise überaus starken Verkehr der Sportler und Sportfreunde und der Erholungssuchenden bereits weit über das Maß hinaus belastet, das für eine reine Wohnstraße zumutbar scheint. Es entspricht nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Planung und Verwaltung, wenn der Wohnwert reiner Wohnstraßen ohne zwingende Gründe weiter gemindert wird. Für das Problem des Zufahrtverkehrs Gimbacher Hof sind andere Entlastungsmöglichkeiten gegeben und vorzuziehen, z. B. durch den Bau einer Stichstraße, die den Gimbacher Hof in kürzester Linie an die Straßenverbindung Kelkheim - Fischbach und damit an die geplante Entlastungsumgehung zur B 8 anschließt. Der schon zur Tradition gewordene Bürgerprotest, wenn es um die eigenen Interessen geht, setzt sich fort.

Der aus Kerala in Südindien stammende Pater Ambrose, der seit 1976 in der kath. Kirchgemeinde St. Josef in Eppenhain und St. Matthäus in Ruppertshain als Kaplan wirkte, wurde jetzt mit seiner Inkardination ins Bistum Limburg und der Ernennung zum Pfarrer Thangalathil durch Bischof Kempf als Seelsorger in die beiden Pfarrstellen eingesetzt. Damit sind wieder alle Pfarrstellen in Kelkheim besetzt. Mit einem kleinen Empfang im Pfarrsaal Ruppertshain bedankte sich der neue und alte Pfarrer bei seiner Gemeinde für die bisherige gute Zusammenarbeit.

24.2.1979: Wie in den vergangenen Jahren traten die Narren auch in diesem Jahr zum Sturm auf das Kelkheimer Rathaus an. Wagen und Fußvolk rückten um 15.00 Uhr gegen das Rathaus vor. Man sammelte sich in der Altkönigstraße und bewegte sich durch die Parkstraße, Frankfurter- und Bahnstraße zur Hornauer Straße und kam gegen 15.30 Uhr beim Rathaus an.

Bei den Belagerern waren Fahنشwinger, weibliche und männliche Garden von AKK, FCV und TSG Münster sowie deren Komitees, Spielmanns- und Fanfarenzüge und eine Kanone, um jeden Widerstand im Rathaus zu brechen. Tänze von Funkenmariechen und Garden, sowie Schunkelgesänge des zur Unterstützung herbeigeeilten gemeinen Volkes, feuerten die Kämpfer an. Der Gardekommandant forderte die Besetzung des Rathauses zur Kapitulation auf und drohte, falls der Magistrat nicht aufgibt, mit Artillerie- und Sturmangriff. Lange konnte die Rathausbesetzung dem Druck nicht standhalten, und der Bürgermeister händigte zum Zeichen der Aufgabe den Rathausschlüssel aus. Gardetänze, Musik und schunkelndes Volk umjubilten die Kapitulation, bevor die siegreichen Narren den Heimweg antraten.

Die Zufahrt zum Gimbacher Hof ist seit einiger Zeit heißer Diskussionsstoff in den städtischen Gremien. Der Magistrat legte schon einige Lösungsvorschläge auf den Tisch, die jedoch nur teilweise befriedigen können, weil in jedem Fall eine betroffene Gruppe von Bürgern wild entschlossen ist, dagegen zu opponieren.

Zuerst wandten sich die Gundelhardtanlieger gegen Pläne, eine Straße hinter der Varta entlang zum Gimbacher Hof zu bauen. Ins Gespräch kam diese Möglichkeit, als die Anlieger der bisherigen Zufahrt über den Gimbacher Weg zum Gimbi über unzumutbar gewachsenen Verkehrslärm in ihrer Straße klagten. Dabei ist bisher noch nichts beschlossen. Als nächstes Gremium muss sich der Planungs- und Bauausschuss mit den verschiedenen Möglichkeiten beschäftigen, nachdem die Fraktionen sich über das Thema unterhalten haben.

Angeregt war unter anderem, den Feldweg von Fischbach aus zum Gimbi hin auszubauen. Sofort waren hier die Fischbacher auf dem Plan, die an stillen Straßen bauten und nun nicht den Verkehr vor ihre Häuser haben wollten. Hinzu kommt, daß auch sofort die Spaziergänger protestierten - im Rathaus ist man

gleicher Meinung - weil sie fürchteten, daß damit einer der schönsten Wanderwege im Ortsbereich verloren gehen würde.

Eine Anbindung von der neuen L 3016 (Hegewald) verbietet sich nach Meinung der Experten deshalb, weil dabei wertvolles Land verloren geht, extrem hohe Kosten entstehen würden und die ganze Sache erst noch durch ein Umlegungsverfahren geregelt werden müsste. Auch eine kurze Zufahrt zum heutigen betonierten Feld- und Wanderweg wäre teuer und käme genauso in die Schusslinie der Fußgänger. Sollte die Zufahrt von der Varta zusammen mit gewissen Veränderungen am Campingplatz gestrichen werden, bleibt nur die alte Zufahrt auf einer Straße, deren Anwohner beim Hausbau allerdings gewusst haben, daß der Gimbacher Hof von Campern, Besuchern und Ausflügler angefahren werden muss. Ihnen geht es im Grunde genommen, so meint eine Gruppe Kelkheimer, nicht anders, als den Anwohnern der Frankfurter Straße, die einstens bauten, als dort nur Pferdefuhrwerke auf dem Pflaster entlangzockelten. Ins Auge gefasst wird auch ein Einbahnverkehr. Doch muss hier erst noch errechnet werden, ob sich solch eine Ringführung überhaupt lohnt, das heißt, ob das Verkehrsaufkommen entsprechend ist. Das Problem mit Schranken zu lösen, sei auch nicht praktisch. Erstens hat sich der Gimbacher Hof schon einmal die Zufahrt vor dem Verwaltungsgericht erstritten, zum anderen hätten sich andere Schranken in Kelkheim überhaupt nicht bewährt und sind nach Meinung der Verantwortlichen nur ein Quell ewigen Ärgernisses.

Dem Fortschritt, so der Magistrat, könne man sich nicht in den Weg stellen. Dazu gehört ein vernünftiger und guter Ausbau dieses Ausflugslokals, deren Besitzerin übrigens den Bau von Parkplätzen angeboten hat, wie auch die gleichmäßige Zunahme des Straßenverkehrs. Zu bedenken sei bei diesen Protesten aus dem Gebiet der Gundelhardtstraße weiterhin, daß nur der obere Teil von einem Mehrverkehr betroffen würde, weil die Parkstraße mit der Erschließung des letzten freien Geländes in diesem Gebiet nach oben zur Gundelhardtstraße durchgezogen wird und damit den entstehenden Verkehr vom unteren Teil der Gundelhardtstraße absorbiert werde.

Gasanschluss für die neuen Stadtteile Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain. Nach monatelangen Verhandlungen hatte sich die Hessen-Nassauische Gas-AG Anfang des Jahres 1979 damit einverstanden erklärt, daß die neue Stadt Kelkheim im Amtsblatt einen Ausruf herausgab, mit dem die Hausbesitzer und die Haushalte gefragt wurden, welches Interesse in den neuen Stadtteilen bestehe, Gasanschluss zu bekommen. Die Kernstadt wird bereits seit 1956 mit Gas versorgt. Ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Gas-Versorgungsunternehmen kam 1957 zustande.

Auf die Ausschreibung im Amtsblatt hatten sich 200 Interessenten aus den neuen Stadtteilen gemeldet. Die daraufhin mit der Gas-AG geführten Verhandlungen zeigten das Unternehmen bereit, einen Rundbrief an alle Haushalte zu versenden, um genauere Erkundigungen über das Interesse an Gasanschlüssen einzuziehen. Der Fragebogen wird in den nächsten Wochen allen Haushalten zugesandt. Die Gaswerke haben errechnet, daß ein Gasanschluss über eine Leitung von Vockenhausen nach Fischbach und von dort weiter nach Ruppertshain und Eppenhain rund 4,5 Mio. DM kosten würde. Der Anschluss kann nur dann hergestellt werden, wenn eine größere Zahl von Interessenten zusammenkommt, als sich bisher gemeldet haben, und wenn zusätzlich einige Großabnehmer angeschlossen werden. Gesonderte Gespräche mit Großkunden werden zurzeit geführt. Jedem, der wirklich ein Interesse an einem Anschluss hat, ist zu empfehlen, daß er die Antwortkarte abschickt. Die Ergebnisse der jetzt beginnenden Befragung entscheiden darüber, ob eine Gasleitung zu den neuen Stadtteilen finanziert werden kann. Bei dieser Gelegenheit, soll daran erinnert werden, daß vor 20 Jahren in der alten Stadt Kelkheim zunächst nur zögerndes Interesse an Gasanschlüssen bekundet wurde. Heute ist jedes dritte Gebäude in Kelkheim an das Gasnetz angeschlossen und mehr als ein Drittel der Haushalte beziehen Gas. In der alten Stadt gibt es rund 1.100 Gasanschlüsse mit mehr als 2.200 Gaskunden.

Der Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt hat einen neuen Vorstand gewählt. Nach internen Auseinandersetzungen schied die bisherige Vorsitzende, Edith Rackebrand, aus, um dem neuen Vorsitzenden, Hans Draisbach, Platz zu machen. Der neue Vorstand legt Wert darauf, daß die Arbeit innerhalb der Arbeiterwohlfahrt Kelkheims, in der bewährten Form fortgeführt wird.

10.3.1979: Vom Mai bis September vergangenen Jahres führte die TDI-GmbH aus Flörsheim eine Erhebung über die Verkehrssituation in Kelkheim - öffentlicher Nahverkehr (Stadtbus und Kleinbahn) und Individualverkehr - im Auftrag des Magistrats durch. Dieses Gutachten liegt nun vor, und der Magistrat und der Verkehrs- und Gewerbeausschuss haben sich erstmals damit befasst. Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchung ist die Tatsache, daß mehr als 70 Prozent der Kelkheimer Bevölkerung "stricke Verfechter und Anhänger des Individualverkehrs" sind.

Zunächst einige wichtige Daten zu Kelkheim, die von der TDI am Anfang der Erhebung genannt werden. Kelkheim ist bezogen auf die Altersstruktur im gesamten MTK, "eine junge Stadt", sie hat außer Schwalbach den höchsten Anteil an Einwohnern zwischen null und 18 Jahren. Genau umgekehrt ist es mit den Einwohnern, die im "berufsfähigen Alter" (zwischen 18 und 65 Jahren) befinden: mit 61,5 Prozent sind

sie das "absolute Schlusslicht" im Kreis. Der Anteil der Bürger im Rentenalter liegt leicht über dem Kreisdurchschnitt. Nur ein Viertel aller Berufstätigen hat einen Arbeitsplatz im Stadtgebiet von Kelkheim. Im Befragungszeitraum hat die TDI 675 Haushalte befragt. Dabei ging es um Aufschluss über

- die Struktur der Haushalte,
- den Motorisierungsgrad der Haushalte,
- die Anzahl und Größenordnung der verschiedenen Reiseziele mit Wahl der Verkehrsmittel,
- die Anzahl und Ziele privater Fahrten, vornehmlich zur Deckung des privaten Bedarfs, und
- die Aufschlüsselung der sozialen Struktur der Bevölkerung.

Weitere wesentliche Bestandteile der Erhebung: eine Befragung der Fahrgäste in der Stadtbuslinie sowie eine Beurteilung der Nahverkehrsverbindungen in die Stadtteile Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain. Die Befragung von Fahrgästen in den Zügen der Kleinbahn, ebenfalls unerlässlich für diese Erhebung, wurde der TDI von der Kleinbahn-AG nicht gestattet, doch stellte man ihre Ergebnisse einer Zählung von der Bundesbahndirektion Frankfurt zur Verfügung.

Das Ziel der Untersuchung waren "Aussagen zur Struktur des Fahrgastaufkommens in den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Mobilität der Kelkheimer Bürger, die Ursachen über die Nutzung der jeweiligen Nahverkehrsmittel sowie die Gesamtbeurteilung des Nahverkehrsangebots sowie der Nahverkehrsnachfrage", formuliert die TDI in ihrem Bericht.

Wie schon gesagt, hat die Haushaltsbefragung ergeben, daß mehr als 70 Prozent aller Einwohner und Haushalte sich nicht zum öffentlichen Personennahverkehr bekennen und grundsätzlich ohne ihn auskommen können. Hingegen brauchen oder benutzen knapp 6 Prozent aller Bürger ein öffentliches Verkehrsmittel, um den Arbeitsplatz - überwiegend in Höchst und Frankfurt - zu erreichen. Weitere 7 Prozent, vorwiegend Jugendliche zwischen 10 und 15 Jahren, sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, weil sie in Kelkheim die gewünschte bzw. weiterführende Schule nicht besuchen können. Die Motorisierung der Kelkheimer nimmt weiterhin zu, eine Sättigung ist jedoch abzusehen. Der Grund dafür: Zwei Drittel aller erwachsenen Bürger besitzen bereits eine Fahrerlaubnis und durchschnittlich ist in jedem Haushalt mindestens ein Fahrzeug vorhanden. Entsprechend weiter sinkend ist die Nachfrage nach öffentlichen Nahverkehrsleistungen, ein Ende des negativen Trends ist hier nicht abzusehen.

Die TDI stellen fest, daß die Fusion von Kelkheim mit Fischbach und Rossert bis zum Untersuchungszeitpunkt keinerlei "Einfluss auf das öffentliche Personennahverkehrsangebot genommen" hat. Als Beispiel "für eines der attraktivsten Nahverkehrsangebote überhaupt" wird die inner-städtische Buslinie von Hornau über Stadtmitte bis Münster und umgekehrt bezeichnet. Die Frequenz sei völlig ausreichend, die räumliche Bedienung des konzessionierten Gebietes ausgezeichnet, der Tarif lasse an Attraktivität keine Wünsche offen und das Sitzplatzangebot sei sowohl an Quantität als in Qualität hervorragend.

"Erschreckend niedrig" jedoch ist im Gegensatz dazu die Nachfrage nach diesen Leistungen. Das Angebot wird von der Bevölkerung nur mit etwas mehr als 10 Prozent angenommen. Das ist der typische Fahrgast im Stadtbus: Er ist grundsätzlich nicht motorisiert und benutzt die Buslinie in keinem Fall als Anschluss für ein weiterführendes öffentliches Nahverkehrsmittel. Rund 90 Prozent sind Hausfrauen oder Schüler, also Personen ohne regelmäßiges eigenes Einkommen. TDI: "Damit sind die Merkmale eines ausgesprochen sozialen Nahverkehrs eindeutig vorgegeben."

Das Angebot der Kleinbahn wurde ausschließlich aus der Kelkheimer Perspektive untersucht. Nur in Sonderfällen dürfte die Kleinbahn als schienengebundenes Nahverkehrsmittel von mehr als 2.500 Kelkheimern pro Tag genutzt werden. "Geringfügig mehr als 9 Prozent aller Kelkheimer Einwohner benutzt somit gelegentlich bis regelmäßig das Angebot der Kleinbahn." Nur rund ein Sechstel des Leistungsangebotes wird durch diese Nachfrage ausgelastet.

Mehr als die Hälfte aller Kleinbahnbenutzer sind Berufstätige. Die TDI vermutet jedoch, daß der Anteil an "Fahrgästen mit verfügbarer Motorisierung" äußerst gering sei. Das Angebot der Kleinbahn sei, gemessen an der Nachfrage, völlig ausreichend, das Angebot an Sitzplätzen sehr groß, die Qualität des Maschinen- und Wagenparks jedoch durch "unterschiedliche Ausstattung nicht unbedingt attraktiv." Den stärksten Verlust an Fahrgästen hat die Kleinbahn durch den Wegfall der Anbindung an den Frankfurter Hauptbahnhof erfahren - dieser Verlust wird als "reparabel" bezeichnet. Dennoch: Trotz sinkender Attraktivität sei die Kleinbahn für den Kelkheimer Bürger mangels Alternativen nach wie vor positiv bewertbar. Die Existenz der Kleinbahnlinie gebe den Kelkheimer "einen gewissen Grad an Sicherheit für potentielle Beförderungsleistungen".

Wie bei der schienengebundenen Kleinbahnstrecke Kelkheim-Höchst wurde der TDI die beabsichtigte Fahrgastzählung und -befragung auf einem Teil der Kelkheimer Strecke der Buslinie von der Kleinbahn-AG nicht erlaubt.

Stattdessen wurden Zählergebnisse der Bundesbahn zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurde das Fahrgastaufkommen an einigen wichtigen Haltestellen, vor allem am Bahnhof K.-Mitte, verfolgt und "abgeschätzt", wie es in der Erhebung heißt.

Dabei wollte man in erster Linie feststellen, "ob die Buslinie in ihrer Funktion als innerstädtisches Nahverkehrsmittel mit Stadtbuscharakter zu bewerten ist". Das Ergebnis: Nein. Es stellte sich heraus, daß die Buslinie in den frühen Morgen- und in den späten Abendstunden den Verkehr der schienengebundenen Kleinbahn ersetzt. Die Zahl der Fahrgäste sei bei den ersten sowie den letzten Fahrten eines Tages "äußerst gering". Fast ausschließlich benutzten Schichtarbeiter - überwiegend bei der Hoechst AG beschäftigt - den Bus zu diesen Zeiten.

Zwischen 6.00 und 7.00 Uhr sowie 15.00 und 17.00 Uhr erfüllte die Buslinie eine Zubringerfunktion, "nahezu ausschließlich im Berufsverkehr, von und zu den Ortsteilen Eppenhain, Ruppertshain und Fischbach zur Kleinbahn. Zu den sonstigen Zeiten ist das Aufkommen an Fahrgästen, mit Ausnahme von besonderen Anlässen (Schulausflug), minimal", wird in der Studie festgestellt. Der typische Fahrgast sei nahezu ausschließlich "der Berufstätige", überwiegend unmotorisiert mit dem Zwang, das angebotene Verkehrsmittel benutzen zu müssen.

Zu den Fahrpreisen - zwischen 1,60 DM und 1,20 DM, um in die Nähe des Bahnhofs K.-Mitte zu kommen - heißt es, der Tarif aus der Zeit des früheren überörtlichen Nahverkehrs stehe im krassen Gegensatz zum innerstädtischen Nahverkehrstarif (Bereich Kelkheim mit Hornau und Münster DM 0,80). Berücksichtige man zudem die Aussage der direkten Haushaltsbefragung in den anderen Stadtteilen, über das Fahrgastaufkommen, so ergeben sich "allein aus der Tarifgestaltung die eindeutige Ablehnung der Buslinie als städtisches Nahverkehrsmittel". Es verbleibe ausschließlich die Zubringerfunktion zur Kleinbahn und diese wiederum speziell in den Berufsverkehrsspitzenzeiten, so genannter Gelegenheitsverkehr fehle völlig.

Die Verfasser der Erhebung kommen zu dem Schluss, daß die "grundsätzliche Voraussetzung" für die Annahme der Buslinie Königstein- Kelkheim als innerstädtisches Nahverkehrsmittel durch die Bevölkerung eine "Tarifgleichheit mit der Stadtbuslinie" wäre. In keinem Fall werde die Buslinie den Bedingungen der Fusion von Kelkheim, Fischbach und Rossert vom 1.1.1977 gerecht, sie erfülle "ausschließlich historisch gewachsene Bedürfnisse und Ansprüche" der Bewohner der neuen Stadtteile Kelkheims.

Da die Nachfrage wesentlich unter dem sehr hohen Angebot an Nahverkehrsleistungen liege, "wäre", so heißt es in dem Gutachten wörtlich, "jede Verbesserung des Leistungsangebots, verbunden mit wirtschaftlichen Einflüssen, von den Gremien der Stadt Kelkheim abzulehnen". Eine "Passivität" der Gremien sei aus wirtschaftlichen, ja sogar aus verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten bezüglich des bestehenden überörtlichen Personennahverkehrs "durchaus gerechtfertigt", von Versuchen, sie aufzugeben, sei "dringend abzuraten". Im Einzelnen schlägt die TDI vor:

- Die Stadt solle für die Stadtbuslinie versuchen, von der Kleinbahn-AG einen kleinen Bus mit geringer Sitzkapazität einsetzen zu lassen. Es sei aus marktwirtschaftlicher Sicht unverantwortlich, mit welchem hohem Aufwand an Kapital und Energie eine derart geringe Nahverkehrsleistung wie die der Stadtbuslinie erbracht werde.
- Kurz- und mittelfristig sollte versucht werden, "die Gebietsreform auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs Einzug halten zu lassen". Voraussetzung dafür sei eine Neuordnung der Streckenkonzession.
- Als kurzfristige Lösung zur Schaffung eines Stadtverkehrsangebotes für die Ortsteile wird "die direkte Vergütung der Tarifunterschiede zwischen Stadtbusverkehr und überörtlichem Tarif der Kleinbahnbuslinie durch die Stadtkasse" vorgeschlagen. Mittelfristig sei jedoch eine Neuorganisation dringend notwendig.
- Weiterhin verbesserungswürdig seien die überörtlichen Nahverkehrsverbindungen zu den Nachbargemeinden. Auch für diesen Bereich gelte noch das historisch gewachsene Konzessionswesen, das zu entflechten sei, da es nicht mehr der veränderten Struktur des MTK entspreche. Diese Forderung werde noch dringender, wenn der Sitz der Kreisverwaltung von Höchst nach Hofheim verlegt werde.
- Die Stadt Kelkheim müsse sich bemühen - da sie allein grundsätzliche Veränderungen nicht erreichen könne - übergeordnete Instanzen, wie die Kreisbehörde, den UVF und den Hessischen Verkehrsminister einzuschalten.
- Als "wesentliche eigene Leistung der Stadt Kelkheim" wird die verstärkte Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen in der Stadt angesehen. "Durch derartige Maßnahmen würde der Charakter einer Wohnstadt für die Stadt Frankfurt gemindert und die Abhängigkeit der sozial Schwächsten von individuellen wie auch öffentlichen Nahverkehrsmitteln vermindert werden", meinen die Verfasser der Studie.

Ähnliche Überlegungen könnten auch für den Bereich der Standortfragen von weiterführenden Schulen gemacht werden, "es sei denn, die Existenzfrage der schienengebundenen Kleinbahn hängt von der Beförderung der Kelkheimer Schüler nach Königstein ab."

Erste Beschlüsse zu dem TDI-Verkehrsgutachten für Kelkheim haben jetzt der Magistrat sowie der Gewerbe- und Verkehrsausschuss gefasst. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit der Kleinbahn-Tag und

dem Kreis Verhandlungen über einige erste Verbesserungen beim Stadtbusbetrieb der Linie Eppenhain-Kelkheim und der schienengebundenen Kleinbahnstrecke zu führen. Die Beschlüsse basieren zum überwiegenden Teil auf den Empfehlungen des Gutachtens.

Bezüglich des Stadtbusses soll der Einsatz eines kleineren Busses überprüft werden. Dadurch könnten möglicherweise auch Zuschüsse seitens der Stadt eingespart werden. Überprüft werden soll auch die Möglichkeit, "der Erhöhung der Schülerfahrtkosten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Landes über den Ersatz von Schülerfahrtkosten durch Land und Kreis bei Entfernungen zwischen Wohnung und Schule ab zwei Kilometer".

Ein weiterer Punkt ist die Anhebung der Tarife des Stadtbusses, auch unter Beachtung der erhöhten Tarife auf der Kleinbahn- Buslinie Eppenhain- Ruppertshain- Fischbach- Kelkheim. Über die Fahrtroute sollen Vorschläge erst nach Abschluss der zurzeit noch laufenden Kanalverlegungsarbeiten im Bereich Breslauer Straße / Straße Nach dem Busch gemacht werden.

Für die Stadtbuslinie haben Kleinbahn und Stadt eine gemeinsame Konzession (50 zu 50) bis in die Jahre 1982/83, doch hat die Kleinbahn das alleinige Recht, die Busse auf dieser Strecke einzusetzen, eigene oder fremde. Die Stadt hingegen muss das gesamte Defizit aus dem Stadtbusbetrieb tragen.

Zur Kleinbahn- Buslinie Eppenhain- Kelkheim: Der Magistrat hat die Verwaltung beauftragt, darüber zu verhandeln, "ob einzelne Busse bis zum Hallen-Freibad durchfahren können". Ferner soll geprüft werden, "ob die Stadt ab 1980 (zum Zeitpunkt der Angleichung sämtlicher Steuern und Abgaben für die neuen Stadtteile) die Mehrkosten für die Fahrten von den neuen Stadtteilen nach Kelkheim im Vergleich zu den Tarifen des Stadtbusses als Zuschuss leisten kann und welche Zuschusskosten voraussichtlich etwa entstehen". Für diese Buslinie hat im Übrigen die Königsteiner Kleinbahn die alleinige Konzession; die Stadt muss keine Zuschüsse zahlen, hat aber auch keinerlei Mitspracherecht.

Weitere Forderungen haben die Stadtväter zur schienengebundenen Kleinbahnstrecke. Zunächst einmal soll das Verkehrsgutachten der Bundesbahn (als dem Betriebsführer der Kleinbahn), der Kleinbahn-AG, dem Kreis sowie dem Verkehrsministerium übergeben werden. Der MTK als Mitbesitzer der Kleinbahn soll aufgefordert werden, "für einen besseren Wagenpark Sorge zu tragen und die Einbeziehung der Kleinbahn in den FVV voranzutreiben, wobei insbesondere auch angestrebt werden muss, daß die Kleinbahn wieder bis Frankfurt fahren kann.

Grundsätzlich solle der Kreis auch überprüfen, "ob nicht eine Koordinierung und damit ein überörtlicher Stadtbusverkehr zwischen den einzelnen Stadtbuslinien des Kreises eingerichtet werden kann." Schließlich müsse der Kreis wegen der beschlossenen Verlegung des Kreissitzes von Höchst nach Hofheim selbst daran interessiert sein.

Eine Verbesserung der Bahnhöfe, der Bahnsteige und natürlich des Wagenparks soll durch direkte Verhandlungen mit der Kleinbahn erreicht werden. Die Kleinbahn ist heute im Eigentum des Landes. Das Land hält etwa 90 Prozent der Anteile, die restlichen 10 Prozent teilen sich die Stadt Frankfurt, der Hochtaunus- sowie der Main-Taunus-Kreis. Die Umwandlung von der früher reinen Privatgesellschaft in einen Landesbetrieb erfolgte aufgrund der Landesverfassung von 1946. Die rund 90 Prozent entsprechen dem früheren Privatanteil. Erster Stadtrat Klug sieht aufgrund der komplizierten Konzessionsverhältnisse voraussichtlich sehr langwierige Verhandlungen auf die Stadt zukommen.

Dem neuen Kreisvorstand der FDP gehören auch wieder einige Kelkheimer an, unter ihnen Dr. Sibylle Engel, Jürgen Hanefeld und Helmut Kupky als Beisitzer. Jan D. Duis gehört diesem Gremium als Mitglied im Kreisausschuss an. Wolfgang Knoll, der seinen Posten in Kelkheim aufgab, wurde hinter Heiner Kappel wieder dessen Stellvertreter.

Auf einer Arbeitstagung des Arbeitskreises Jugend, Schule und Sport der CDU-Fraktion fasste man den Beschluss, nun doch drei Jugendtreffs in Kelkheim einzurichten. Als Standorte für diese Treffs schlug man den Anbau an der Turnhalle in Eppenhain, den Keller des ehemaligen Fischbacher Rathauses und ein Teil der Kelkheimer Stadthalle vor.

Nach dem Tod ihres Wehrführers Karl Griesand wählte die Freiwillige Feuerwehr Münster den bisherigen Stellvertreter Hans Port mit überwältigender Mehrheit zu ihrem neuen Wehrführer.

8.3.1979: Im Alter von 79 Jahren verstarb Herr Karl Graf, Träger der Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Silber. Karl Graf war 58 Jahre Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr K.-Mitte, davon über die Hälfte stellvertretender Ortsbrandmeister. Für seine Verdienste um das Feuerwehrwesen wurden Karl Graf viele Ehrungen zuteil. Die Stadtverordnetenversammlung hat ihm bereits im Jahre 1968 die höchste Ehrung der Stadt, die Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Silber, verliehen. In der langen Zeit seiner ehrenamtlichen Tätigkeit hat er seine Aufgaben stets zum Wohle der Allgemeinheit erfüllt. Die Stadt wird sein Andenken immer in Ehren halten.

50-jähriges Firmenjubiläum feiert dieser Tage das Architekturbüro Schindelbeck. Der heutige Seniorchef des Unternehmens, Heinrich Schindelbeck, ist auch der Firmengründer. Am Jubiläumstag feierte er gleichzeitig seinen 74. Geburtstag. Zu der Feierstunde war neben zahlreichen Geschäftsfreunden auch Bgm. Dr. Stephan gekommen.

16.3.1979: In der Stadtverordnetensitzung am 16.3. teilte der Bürgermeister für den Magistrat u.a. mit, daß nunmehr nach dem Ankauf der Stadthalle der Magistrat zwei Architekten mit einer Vorplanung im Hinblick auf eine Renovierung des Baues beauftragt habe. Der frühestmögliche Zeitpunkt für einen Umbau der Stadthalle ist der Spätherbst d. J., da bis zu diesem Zeitpunkt noch einige vertragliche Verpflichtungen, die noch von der SG Kelkheim mit Vereinen usw. eingegangen wurden, zu erfüllen sind.

Das vom Magistrat für die Errichtung einer Sporthalle in Ruppertshain in Auftrag gegebene Modell wurde in den Fachausschüssen erörtert und eine Festlegung über den Standort getroffen. Die Verwaltung ist zur Zeit mit den Grundstückseigentümern, deren Gelände für die Errichtung der Halle in Anspruch genommen werden muss, in entsprechenden Verhandlungen.

Dem Haushaltsplan 1979, der im Verwaltungshaushalt ausgeglichen mit 31.707.650 DM und im Vermögenshaushalt ausgeglichen mit 16.094.700 DM abschloss, wurde einstimmig zugestimmt. Die SPD stimmte gegen einzelne Pläne des Haushalts, nachdem die Mehrheit des Hauses einige Anträge der SPD zum Haushalt wie die Schaffung der Stellen eines Krankenpflegers und Jugendpflegers abgelehnt hatte. Den Anregungen und Bedenken zu folgenden Bebauungsplan-Entwürfen wurde teils entsprochen, teils konnten sie aus sachlichen Gründen nicht entsprochen werden. Als Satzung wurden folgende BbPl. beschlossen: Nr. 34 "Hühnerberg" einstimmig, Nr. 9 "Friedhof Eppenhain" einstimmig, Nr. 106 "Krifteler Straße" einstimmig, Nr. 88 "Mühlstraße/Liederbachstraße" mit 25 gegen 14 Stimmen, (die SPD wandte sich gegen die noch im Bb.Pl. enthaltene Ausfallstraße über den Klosterberg zur Königsteiner Landstraße), der Bb.Pl. Nr. 109 "Im Loch/Unterm Reis" musste wegen der Festlegung der Grundstücksgrößen neu überarbeitet werden, aus diesem Grunde wurde eine neue Bausatzung Nr. 15 für das Gebiet "Im Loch/Unterm Reis" einstimmig beschlossen.

Für folgende Baugebiete wurde die Aufstellung eines BbPl.-Entwurfs beschlossen: Nr. 104 "An der Herrnmauer/Kurzgewann", einstimmig, Nr. 107 "Berliner Ring", einstimmig, Nr. 108 "Breslauer Straße" (8. Abänderung), mit 24 gegen 14 Stimmen, Nr. 110 "Unter den Kiefern", mit 24 gegen 14 Stimmen, Nr. 39 "Im Schulzehnten" (2. Abänderung), einstimmig, Nr. 40 "Am Wolfsgraben", einschließlich Baulandumlegung, einstimmig, Nr. 10 "Hainkopfstraße/Wickgärten" (Eppenhain), einstimmig.

Aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung aller drei Stadtverordnetenfraktionen beschlossen die Stadtverordneten einstimmig eine Resolution an das Straßenbauamt in Wiesbaden bzw. an den Regierungspräsidenten in Darmstadt zum laufenden Planfeststellungsverfahren, für den Weiterbau der B 8 zu richten. Damit wollen sie noch einmal versuchen zu erreichen, daß der bereits vorhandene hässliche Damm im Liederbachtal, über den die Trasse der neuen B 8 verlaufen soll, wieder abgetragen wird.

Im letzten Bescheid des RP an die Stadt, in dem mitgeteilt wurde, welche Anregungen und Bedenken von Bürgern und der Stadt zum Planfeststellungsverfahren berücksichtigt werden, war, wie bereits berichtet, eine Verlegung der Trasse und damit die Abtragung des Dammes abgelehnt worden. Hier nun der Wortlaut der Resolution:

"Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dem bisherigen Verhandlungsergebnis nicht einverstanden. Wir hatten am 24.6.1977 nur einer Trasse für die B 8 im Braubachtal westlich der Bahnlinie zugestimmt. Die Stadtverordnetenversammlung ist nur bereit, die erheblichen Bedenken für eine Trassenführung östlich der Bahnlinie zurückzustellen, wenn dafür die bereits vorgenommene Erdaufschüttung (Damm) im Liederbachtal abgetragen und eine Brücke über das gesamte Liederbachtal zwischen dem Gräberwald und dem Braubachtal gebaut wird.

Ferner wünscht die Stadtverordnetenversammlung erneut die Errichtung einer aufgelockerten Betonstützmauer mit Pflanztrögen entlang dem Braubachweiher. Das landschaftlich schöne Braubachweihergebiet darf nicht durch eine einfache Betonstützmauer verschandelt werden; bei Einbau von Pflanztrögen kann der Eingriff in die Natur wenigstens wieder verbessert werden."

Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Zum Thema Zufahrt zum Gimbacher Hof haben sich jetzt BIK und AGUW (Arbeitsgruppe Umwelt und Wirtschaft) unter dem Motto "jedem Wohngebiet seine Umgehungsstraße?" in einer Presseerklärung geäußert. Aufgrund einer von ihnen durchgeführten Verkehrszählung sprechen sich beide gegen eine Entlastungsstraße, wie sie seit einer Zeit in der Diskussion ist, zum Gimbacher Hof aus.

"Am Sonntag, den 17.9.1978 (typisches Ausflugs Wetter), hatten BIK und AGUW eine Verkehrszählung durchgeführt, wobei alle motorisierten Fahrzeuge in der Zeit von 10.00 bis 22.00 Uhr in beiden Richtungen Gimbacher Weg - Gimbacher Hof notiert wurden. Gezählt wurde an zwei Punkten des Gimbacher Weges in beiden Richtungen. In 12 Stunden ergaben sich folgende Zahlen:

1. Gimbacher Weg / Ecke An den Römergärten = 1.189 Fahrzeuge insgesamt, davon 134 motorisierte Zweiräder.

2. Am Ende des Gimbacher Weges = 772 Fahrzeuge insgesamt, davon 117 motorisierte Zweiräder. Daraus ergibt sich ein Aufkommen des Anliegerverkehrs von ca. 35 Prozent. In den Morgenstunden - etwa bis 12.00 Uhr - war fast ausschließlich Anliegerverkehr zu beobachten, der Höhepunkt des Verkehrsaufkommens zum Gimbacher Hof lag in den Nachmittagsstunden, etwa gegen 16.00 Uhr. Eine effektive Verkehrsbelästigung an schönen Wochenenden ist gegeben, berechtigt - unserer Auffassung nach - jedoch nicht dazu, den stadtnahen Erholungswald wegen des Autos wieder ein Stück zu zerstören. Gäbe man diesem Trend nach, könnte jedes Wohngebiet, das Ausflugs- und Sportstättenverkehr aufnehmen muss (ob früher oder später), eine Umgehungsstraße fordern.

24.3.1979: Zwei Kelkheimer Frauen, die beide sehr engagiert im öffentlichen Leben der Stadt eingebunden sind, hat der Bundespräsident mit dem **Bundesverdienstkreuz am Bande** ausgezeichnet. Diese hohe Auszeichnung wurde **Hildegard Schmitt** aus Fischbach und **Marie Luise Trappen** aus Kelkheim durch Landrat Dr. Löwenberg bei einer kleinen Feier im Landratsamt überreicht. Hildegard Schmitt war lange Jahre Vorsitzende der Frauenvereinigung der Kreis-CDU, sie war Mitglied im Sozialausschuss des Kreistages und hat sich vor allem um Flüchtlinge, Aussiedler, Kranke, Behinderte und alte Menschen gekümmert. Hinzu kommen noch Mitgliedschaften in unzähligen Vereinen und Verbänden. Aus gesundheitlichen Gründen hat sich Frau Schmitt aus der aktiven Politik zurückgezogen. Persönliches Engagement, Arbeit und unermüdlicher Einsatz kennzeichnen auch Marie Luise Trappen. Ihre Lebensaufgabe sieht sie darin, das Leid der behinderten Kinder zu lindern. 1967 gründete sie mit anderen den Verein "Lebenshilfe für das behinderte Kind" dessen Vorsitze sie noch heute ist.

Nachdem der HH-Plan für das Jahr 1979 verabschiedet wurde, konnte der Magistrat jetzt eine Reihe von größeren Bauaufträgen vergeben. So wurden die Arbeiten für den Neubau einer Gerätehalle am Hauptfriedhof mit einer Bausumme von rund 66.000 DM, die Pflasterarbeiten für einen weiteren Teil des Bauhofs in Höhe von 52.000 DM, der Teilfertigausbau im Baugebiet "Schieferberg" mit einem Aufwand von rund 160.000 DM, der Fertigausbau im Baugebiet "Birnhack/ Eichkopfstraße" für ebenfalls 160.000 DM, und ein Fußweg entlang dem Hauptfriedhof bis zum Feldwegenetz vor der Unterführung der B 519 für rund 75.000 DM, Kanal-, Wasserleitungs- und provisorischer Straßenausbau für das Gebiet "Park-/Gundelhardtstraße"- es handelt sich hier um das kleine, noch nicht bebaute Teilstück oberhalb der Hügelstraße - mit einem Aufwand von rund 700.000 DM, die Philipp-Kremer-Straße mit einem Aufwand von rund 600.000 DM, ein kleines Restbaugebiet "Im Schulzehnten" für rund 250.000 DM und ein Baugebiet an der Breslauer Straße, das von der Hoechst AG erworben werden soll, mit einem Aufwand von rund 320.000 DM vergeben.

Die "Ökumenische Arbeitsgruppe für Umweltfragen im MTK e.V." meldete sich mit einem veröffentlichten Schreiben zum Weiterbau der B 8 an den RP, das Straßenbauamt, an Ministerien, andere Behörden und Parteien erneut zu Wort. Darin bezieht sich Georg Schwarz als Sprecher der Arbeitsgruppe vor allem auf das ökologische Gutachten zum Weiterbau der B 8 und bezeichnete es u.a. als "mehr als fatal, welche Rückschlüsse das Hessische Straßenbauamt" daraus ziehe.

Zunächst wird in dem Brief auf die bisherigen schriftlichen und mündlichen Bemühungen der Arbeitsgruppe, Bedenken und Anregungen zur Trassenführung der neuen B 8 vorzutragen, hingewiesen. Weiterhin heißt es: "Unsere Bedenken halten wir nach wie vor im vollen Umfang aufrecht. Die landschaftsökologische Stellungnahme des Hessischen Straßenbauamtes in Wiesbaden hat unsere Befürchtungen bestätigt. Es widerspricht dem Planungsgeschehen in einem demokratischen Staate, wenn solche Gutachten erst nach der Planfeststellung und erst auf Verlangen den Bürgern bekannt gemacht werden. Es ist mehr als fatal, welche Rückschlüsse das Hessische Straßenbauamt aus dem landschaftsökologischen Gutachten zieht.

Wir können den technischen Fachbehörden und den Genehmigungsbehörden den Vorwurf der institutionalisierten Umweltzerstörung nicht ersparen, wenn die Planung in dem vorgesehenen Umfang verwirklicht werden wird. Wenn schon Alternativlösungen im Voraus niedergeschlagen werden, dann sollte das Ausmaß der Umweltzerstörung durch den Neubau der B 8 reduziert werden durch

- eine zweisepurige Trassenführung, die den Flächenbedarf für die Anbindungsbauwerke erheblich reduzieren würde,
- die Beseitigung des Dammes im Liederbachtal und einen Straßenverlauf auf Stelzen,
- die Schonung des Braubachtales, was durch eine Trassenverschiebung erreicht werden könnte,
- die Verlegung der Anschlussstellen zur B 455 und L 3369 außerhalb des Waldes,
- die Erhaltung des Alteichenbestandes beim Baukilometer 1.300,
- die Gründung der Bundesstraße im Quellbereich des Fisch- und Rombaches auf Säulen und einer darauf ruhenden Fahrbahndecke,
- den Abschluss der B 8 neu an der Billtalhöhe und den Verzicht auf weitere Neutrassierungen zum Ausbau der B 8 durch den Taunus.

Wir verweisen darauf, daß der UVF keine Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren abgegeben hat, wodurch Kriterien der Raumordnung, Struktur- und Regionalplanung und der Stadtflecht in das Verfahren hätten mit einfließen können. Wir halten die Planungs- und Genehmigungspraxis für undemokratisch, weil hier um ein Teilstück einer Taunusautobahn entschieden wird und dadurch Sachzwänge geschaffen werden, auf die der Bürger keinen Einfluss mehr haben kann. Wir halten die Planfeststellungen für überholt, weil die zugrunde gelegten Zahlen für das Verkehrsaufkommen nicht mehr in die Zukunft prognostiziert werden können. Wir bitten alle Empfänger des Schreibens, sich glaubhaft für die Erhaltung unserer Umwelt einzusetzen."

Mit Riesenschritten gehen die Arbeiten an der neuen B 455 in Fischbach voran. Nachdem die neue Straße in der Ortseinfahrt aus Richtung Eppstein schon fast fertig ist, wird zurzeit an dem Brückenbauwerk über die Kelkheimer Straße im Herzen von Fischbach gearbeitet.

Eine weitere Bürgerinitiative hat sich jetzt in Kelkheim gebildet, denn es scheint in unserer Stadt eine liebgewordene Tradition zu werden, daß immer dann, wenn es um die eigene Haustür oder Straße geht, sich betroffene Bürger zusammenschließen und eine Bürgerinitiative, meistens gegen Verkehrsbelästigungen gründen, obwohl sie in der Mehrheit selber Autos fahren.

Die neue Initiative nennt sich "Bürgerinitiative Verkehrsberuhigung". Ihre Mitglieder sind Anlieger der Straße Am Berg. In einem fünfseitigen Papier, das von einem aus einigen Anliegern zusammengesetzten "Planungskreis" erarbeitet wurde, erläutern die Bürger ihre Gründe für den Wunsch nach "Verkehrsberuhigung" und machen Vorschläge, wie dies zu erreichen wäre. Dabei lehnen sie sich sehr stark an das so genannte "Delfter Modell" der Wohnstraßen an. Eine völlige Schließung ihrer Straße für den Verkehr wollen sie jedoch nicht (keine reine Anliegerstraße). Warum sie eine Verkehrsberuhigung wünschen begründen die Bürger so:

- Der geplante Ausbau der Park- und Gundelhardtstraße sowie des Gebietes "An den Römergärten/Philipp-Kremer-Straße" würde die jetzt bestehende Wohnstraße Am Berg "zur Durchgangsstraße umfunktionieren und die damit verbundene Geruchs- und Geräuschbelästigung verstärken".
- Durch die jetzige Straßenführung würden die motorisierten Verkehrsteilnehmer dazu verleitet, schneller zu fahren als es für die übrigen Verkehrsteilnehmer und ein Wohngebiet sinnvoll sei.
- Die Straße lasse in der jetzigen Form kein Wohngefühl aufkommen, und damit würden die Kommunikation und das gemeinsame Miteinander nicht begünstigt.
- Den in der Straße wohnenden Kindern würde bei einer Verkehrsberuhigung zugleich eine bessere und sichere Spielfläche zur Verfügung stehen.
- Auch könnten die älteren Mitbürger der Straße "mehr in das tägliche Geschehen einbezogen werden".

Der Planungskreis betont, daß neben den verkehrsberuhigenden Maßnahmen für ein Konzept unveränderbare Fakten zu berücksichtigen waren. So dürfe es keine Veränderung oder Vermischung der bestehenden Grundstücksgrenzen, keine Veränderung der derzeitigen Einbahnstraßenregelung geben, und es sollten den Anliegern auch keine Kosten entstehen. "Wünsche und Gegebenheiten" sind in einem Aufgabenkatalog festgehalten worden. Danach soll

1. versucht werden, ein sinnvolles Miteinander von Mensch und Auto zu erziehen.
2. Die Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder und ältere Mitbürger, muss wieder erhöht werden.
3. Die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge soll den Sicherheitsbedürfnissen besser angepasst sein.
4. Der Parksuchverkehr soll reduziert und der Durchgangsverkehr fern gehalten werden.
5. Für den ruhenden Verkehr der Anwohner müssen akzeptable Parkmöglichkeiten geschaffen werden.
6. Jedes Haus muss weiterhin für Fahrzeuge erreichbar bleiben (z.B. für Zubringerdienste, Müllabfuhr, Feuerwehr usw.).
7. Die Straße muss für die Anwohner und deren Aktivitäten wieder attraktiv werden; die Lebensqualität soll verbessert werden.

Konkret stellen sich die Bürger folgende Maßnahmen vor, um diese Ziele zu erreichen:

- Besondere Kennzeichnung der Straße in Höhe der Einfahrt als Wohnbereich,
- Geschwindigkeitsbeschränkung auf 20 Km/h,
- neue Gestaltung des Verkehrsraumes (Fahrbahnmarkierungen) wie Aufpflasterung, optische Geschwindigkeitsbremsen, Fußwegandeutungen,
- wechselseitige Parkerlaubnis und Bepflanzung,
- Auflockerung des Straßenbildes durch Sträucher und Pflanzenkübel.

Dies alles, so wünschen es sich die Mitglieder der Bürgerinitiative, solle so bald wie möglich, auch im Hinblick auf das "Jahr des Kindes" geschehen. Wer möchte nicht in so einer Straße wohnen? Vor allem soll das alles erreicht werden, ohne Kosten für die Anlieger.

Der Bericht über Bürgerinitiativen im gleichen Zeitraum wird fortgesetzt mit einer weiteren Initiative in Kelkheim. So wie es in Fischbach nicht nur eine Bürgerinitiative gegen die neue B 455 gibt, sondern auch eine dafür, so hat sich nun in Kelkheim eine Interessengemeinschaft zusammengefunden, die auf den Weiterbau der B 8 dringt. Es sind Bewohner des Gagernrings und angrenzender Straßen. Sie appellieren mit einem Schreiben, dem eine umfangreiche Unterschriftenliste beigefügt ist, an den Hessischen Minister für Verkehr, die B 8 bis zur B 455 zwischen Fischbach und Schneidhain fertig zu stellen und die Neutrassierung der L 3016 über den Klosterberg zur B 519 zu verwirklichen, bevor der Gagernring an diese Landesstraße angebunden werde.

Zur Begründung verweisen die Mitglieder der Interessengemeinschaft darauf, daß der Gagernring im Generalverkehrsplan der Stadt Kelkheim als Querspange zur Aufnahme innerörtlichen Verkehrs gedacht sei. Falls es zur Verzögerung beim Bau der überörtlichen Bundes- und Landesstraßen komme, werde der Gagernring zur direkten Verbindung zweier Bundesstraßen und einer Landesstraße. Der Gagernring würde dann entgegen dem ursprünglichen Plan zu einer Durchgangsstraße durch ein reines Wohngebiet werden. In der Stellungnahme der "Interessengemeinschaft Gagernring und angrenzender Gebiete" wird auf die Schlüsselstellung der B 8 unter mehreren Bauvorhaben hingewiesen. Diese Bundesstraße, die in der Nähe des Rettershofes die B 455 zwischen Fischbach und Schneidhain erreichen solle, habe den gesamten längs der B 455 entstehendem Quell- und Zielverkehr von und nach Frankfurt aufzunehmen, und zwar unter Umgehung von Kelkheim, Fischbach und Liederbach.

Die Diskussion über den Generalverkehrsplan in der Bürgerversammlung im November 1978 in Fischbach hat nach Auffassung der Interessengemeinschaft deutlich gemacht, daß die Einwände von Initiativgruppen, darunter der Bürgerinitiative Kelkheim (BIK), den Weiterbau der B 8 um Jahre verzögern könnten, die Anbindung des Gagernringes jedoch nicht.

Der Gagernring, heißt es in der Stellungnahme, die außer dem zuständigen Minister auch den städtischen Gremien zugestellt worden ist, führe durch Siedlungen, die als reines Wohngebiet ausgewiesen seien, vorbei an zwei Schulen, einem Kinderheim und zwei Spielplätzen. Er habe jeweils aus einer Kurve heraus zwei starke Gefällstrecken (12 Prozent) in ein Tal mit Querstraße (Rotebergstraße).

Von Autofahrern werde der Ring nicht als Ortsstraße, sondern als Schnellstraße zur B 8 aufgefasst. Dadurch ergäben sich für die Bewohner des Gebietes eine Reihe von Gefahren, einmal durch die stark überhöhten Geschwindigkeiten, außerdem durch Rutschgefahr für die Fahrzeuge, was sich im abgelaufenen Winter bereits gezeigt habe. Hinzu kämen Lärm- und Abgasbelästigung, Verkehrsgefährdung durch ein- und ausfahrende Garagenbenutzer.

Die Interessengemeinschaft empfiehlt, vor allem die neue B 8 bis zur B 455 und die neue L 3016 über den Klosterberg zur B 519 weiterzuführen, bevor der Gagernring an die neue L 3016 angebunden werde. In der Stellungnahme werden außerdem konkrete Maßnahmen gefordert, um die Einhaltung des 50-Kilometer-Tempos umgehend zu gewährleisten, beispielsweise eine fest installierte, automatische Überwachungsanlage.

Im Hinblick auf die heute schon nach Auffassung der Anlieger ernste Verkehrssituation am Gagernring wünscht die Interessengemeinschaft, die Pläne zur Anbindung der L 3016 an den Gagernring noch einmal zu überprüfen. Beispielsweise könnten nach Auffassung der Gemeinschaft eine Verbindung zwischen Mörikestraße und dem Berliner Ring hergestellt werden. Die Mörikestraße sei schon durch eine Brücke mit dem Gagernring verbunden, heißt es in der Stellungnahme. Damit würde der umstrittene und teure Verkehrsknotenpunkt am Stückes entfallen. Trotz der berechtigten Anliegen der Betroffenen bleibt alles wie gehabt, warum bei mir, wenn es bei anderen auch geht?

17.4.1979: Das Kaufhaus Josef Laub in der Wiesenstraße 2 in Ruppertshain feiert mit Sonderangeboten und Rabatten für die Kunden sein 50-jähriges Geschäftsjubiläum.

20.4.1979: Ein Mann der ersten Stunde, der langjährige Bürgermeister und heutige Ehrenbürgermeister der Stadt Kelkheim, Wilhelm Stephan, kann heute seinen 75. Geburtstag feiern. Wilhelm Stephan wurde am 22.5.1945 auf Vorschlag des damaligen Beirats von der amerikanischen Militärregierung kommissarisch als Bürgermeister der Stadt Kelkheim eingesetzt. Nach Ablauf seiner Amtszeit am 30.6.1946 (nach der ersten Kommunalwahl in Hessen nach dem Krieg) wurde er von der inzwischen gewählten Stadtverordnetenversammlung zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt. Vom 30.12.1947 bis 30.6.1966 war er dann hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt. In mehr als 21-jähriger Amtszeit setzte er die Zeichen für die heutige Entwicklung der erst 1938 aus den drei ehemaligen selbständigen Gemeinden Münster, Kelkheim und Hornau gebildeten neuen Stadt Kelkheim.

In den ersten Jahren seiner Tätigkeit musste er sich fast ausschließlich mit der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung, Wohnungen und Brennholz befassen. Hunderte von Flüchtlingen, Evakuierten und entlassenen Kriegsgefangenen wurde der Stadt zugewiesen. Die Wohnungsnot wurde von Tag zu Tag größer. Selbst Gaststättensäle und Turnhallen waren mit Familien belegt. Das Ernährungs-, Wirtschafts- und Wohnungsamt waren damals die wichtigsten und größten

Abteilungen der Stadtverwaltung. Zu der großen Not der Menschen kam, daß es für die vergrößerte Stadt zu wenig Wasser gab. Noch vor der Währungsreform wurde mit Bohrung des ersten Brunnens in den Krautgärten südlich von Münster begonnen.

Schon gleich nach Kriegsende galt es zu versuchen, die Wohnungsnot wenigstens zu lindern. Das Gebiet Herrnwald, in dem es nur einige Behelfsheime aus der Kriegszeit gab, wurde nach und nach zur Bebauung freigegeben. Die Bauplätze wurden die ersten Jahre bis nach der Währungsreform überwiegend für 90 Pfg./qm an Bauwillige, die fast ausschließlich versuchten, in Eigenhilfe sich ein kleines Häuschen zu bauen, verkauft. Die Bezahlung des Kaufpreises wurde auf mehrere Jahre verteilt, um zunächst die wenigen Eigenmittel - Kredite wurden in den ersten Jahren nach dem Kriege von den Banken noch nicht bereitgestellt - zum Hausbau verwenden zu können. Erst nach und nach konnten Wasserleitungen und Kanäle gebaut werden. Die Straßen konnten erst nach Jahren ausgebaut werden.

Da die drei alten Schulen in den drei ehemals selbständigen Gemeinden, die ursprünglich nur viertklassig waren, selbst bei Schicht- und Nachmittagsunterricht nicht mehr ausreichten, musste eine neue Schule gebaut werden. 1953/54 wurde der 1. Bauabschnitt der Pestalozzischule gebaut. Mit viel Geschick erreichte Bgm. Wilhelm Stephan, da kein Geld zur Verfügung stand, daß ein Darlehen von 1 Million DM aufgenommen werden konnte.

Um die damalige Darlehensaufnahme gab es bittere Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung. Der Auszahlungskurs lag bei 88,5 Prozent. Günstig war jedoch der Zinssatz mit 6 Prozent jährlich. Der Restbetrag dieses Darlehens, das während seiner gesamten Laufzeit nur 6 Prozent Zinsbelastung hatte und damit im Nachhinein trotz seines geringen Auszahlungskurses noch günstig war, ist am 15.3.1979, also vor gut vier Wochen, getilgt worden.

Mit dieser Million wurde der Anfang zum Ausbau und zur Entwicklung der heutigen Kernstadt Kelkheim finanziert. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre wurden durch Wilhelm Stephan viele Neubaugebiete, die das Zusammenwachsen der drei Dörfer förderten, erschlossen. Die drei ehemaligen Gemeinden nahmen langsam einen städtischen Charakter an.

Besondere Probleme gab es immer wieder wegen Schulraumnot und zu wenig Kindergartenplätze. Bgm. Stephan baute über vier Bauabschnitte die Pestalozzischule in ihrer heutigen Größe, auch der Bau der ersten zwei Bauabschnitte der damaligen Eichendorffschule (heute Gustav-Lesemann-Schule an der Lorsbacher Straße) fiel noch in seine Amtszeit. Den Bau und Betrieb von kirchlichen Kindergärten förderte er stark.

Ein erstes städtisches Geschäftszentrum entstand in der Frankfurter Straße zwischen damaliger Haupt- und Töpferstraße einschließlich des Baus des ersten Postamtes an der Parkstraße, der Bahnunterführung in der Parkstraße und der Bebauung des Gebietes "Am Berg", der heutigen Altkönigstraße entlang der Bahnlinie. In seine Amtszeit fiel auch die Aufstellung des ersten und zweiten Flächennutzungsplanes, des Baues der Farbwerkssiedlung im Stückes und der Ansiedlung der ersten Betriebe im neu erschlossenen Gewerbe- und Industriegebiet in Münster. Auch erfolgten bereits erste Planungen für ein neues Rathaus und ein Schwimmbad, die aber wegen Geldmangels in seiner Amtszeit noch nicht in die Tat umgesetzt werden konnten.

Die Stadt Kelkheim war Anfang der 50er Jahre die finanzschwächste Stadt im Kreisgebiet und erhielt zeitweise keine Genehmigung zu weiteren Darlehensaufnahmen. Erst Anfang der 60er Jahre konnte die Finanzlage der Stadt nach und nach verbessert werden.

Ehrenbürgermeister Willi Stephan wurde, als er mit 62 Jahren in den Ruhestand trat, in Anerkennung seiner vielfältigen Verdienste um die Stadt Kelkheim durch die Stadtverordnetenversammlung die Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold und die Ehrenbezeichnung "Ehrenbürgermeister" verliehen. Außerdem verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz.

Die Geschicke der Stadt Kelkheim blieben weiter in den Händen der Hornauer Familie Stephan, denn der Nachfolger im Amt des Bürgermeisters der Stadt Kelkheim, Dr. Winfried Stephan, ist der Neffe von Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan. Der heutige Bürgermeister Dr. Winfried Stephan wird sein Amt als Bürgermeister der Stadt Kelkheim noch länger ausüben als sein Onkel, er wird sich erst am 30.6.1995 aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl stellen.

22.4.1979: "Maulkorberlass im Kelkheimer Amtsblatt aufgehoben?" - unter dieser Überschrift verfasste die BIK jetzt eine Stellungnahme, in der sie sich u.a. mit den Forderungen der neuesten Bürgerinitiative Gagernring, die für einen beschleunigten Weiterbau der B 8 eintritt, befasst. Wörtlich schreibt die BIK: "Nachdem die Interessengemeinschaft Gagernring und die Bürgerinitiative Verkehrsberuhigung Am Berg ihre Bedenken und Forderungen in die lokale Presse vorgetragen haben, wurden diese vom Magistrat im Amtsblatt unter "Mitteilungen des Magistrats" ebenfalls veröffentlicht. Da es seit 1974 auf Magistratsbeschluss Gruppen oder Einzelpersonen untersagt war, ihre Meinung oder Stellungnahme im Amtsblatt zu veröffentlichen, stellt sich die Frage, worauf diese plötzliche Sinnesänderung zurückzuführen ist."

Die Veröffentlichungen bewiesen, so meint die BIK, "daß eine dem Magistrat genehme Initiative jederzeit im Amtsblatt willkommen ist". Und weiter: "Im Falle der Interessengemeinschaft Gagernring scheint der

Sinneswandel einleuchtend, da aufgrund der zahlreichen und gut fundierten Einsprüche der Ausbau nicht den gewünschten Fortgang nimmt, so daß von den Befürwortern des vierspurigen, autobahnähnlichen Ausbaues jede Unterstützung aus der Bevölkerung willkommen ist."

Die Argumente der Interessengemeinschaft Gagernring seien voller Widersprüche, heißt es weiter. "Selbst nach Fertigstellung der B 8 werden die Bewohner, die südlich der neuen B 455 wohnen, nicht den Umweg Richtung Schneidhain (ca. 2 km.) B 8 wählen, sondern weiterhin Kelkheim durchfahren", meint die BIK. Die Interessengemeinschaft fordere weiterhin - zur eigenen Entlastung - den Ausbau der L 3016 (verlängerte Liederbachstraße über den Klosterberg), um spielende Kinder und Schulkinder vor Gefahren zu bewahren, lenke aber damit gleichzeitig den Verkehr an zwei Schulen (Richtergymnasium, Pestalozzischule) und am Gebiet "katholischer Kindergarten / Pfarrzentrum" vorbei. Sie weise auf die zu steile Trassenführung zur Adolphshöhe hin, fordere aber gleichzeitig eine ebenso steile Trassenführung über den Klosterberg. Wie auch der Magistrat plädiere sie für eine Verbindung Mörikestraße längs der Bahnlinie durch den Berliner Ring zur Stadtmitte. Der Berliner Ring sei jedoch das dichteste Wohngebiet in Kelkheim, wo mit Tafeln auf spielende Kinder hingewiesen werde.

Die BIK betont, es sei verständlich und legitim, sich gegen starke Verkehrsbelastung zu wehren. Nur dürfe man mit den eigenen Vorschlägen nicht wiederum den "Nachbarn" belasten. "Unsere Verkehrsprobleme lassen sich nicht durch immer schnellere und breitere Straßen lösen - die erzeugen nur noch mehr Verkehr. Nur der konsequent betriebene Ausbau aller energiesparenden Nahverkehrsmittel könne die Belastungen der Bürger, vor allem in den Verkehrsspitzenzeiten, abbauen helfen."

"Wäre der Magistrat", so stellt die BIK am Schluss fest, "mit der gleichen Hartnäckigkeit, die er im Betreiben des Ausbaues der B 8 an den Tag legt, für die Verbesserung der Nahverkehrsmittel eingetreten, hätten sich viele Verkehrsprobleme von selbst gelöst."

Zurzeit weilen 17 Schülerinnen aus der englischen Stadt High Wycombe für 14 Tage in Kelkheim. Sie sind Gäste der Staufenschule in Fischbach und werden von privaten Gastfamilien betreut. Die Staufenschule und auch die Eichendorffschule planen für die Zukunft einen Schüleraustausch mit Schulen aus High Wycombe.

Der geplante Schüleraustausch zwischen der Eichendorffschule und Schulen in Saint-Fons kann in diesem Jahr leider nicht stattfinden, weil die französische Schule Schwierigkeiten hat, einen Lehrer für den Deutschunterricht zu finden.

Eine Reihe von Feuerwehrmännern wurden im letzten Jahr für ihre Verdienste um den Brandschutz mit dem Hessischen Brandschutzehrenzeichen geehrt: Karl Landgrebe (Hornau) in Gold und in Silber: Helmut Behrer (Münster), Josef Schrodtt (Hornau), Willi Klomann und Adolf Fischer (beide Ruppertshain).

27.4.1979: Der Wehrführer der Eppenhainer Wehr, Herr Edgar Prokasky, verstarb heute im Alter von 44 Jahren. Edgar Prokasky war 29 Jahre Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Eppenhain, davon 16 Jahre als Ortsbrandmeister bzw. Wehrführer. Für die langen Jahre seiner ehrenamtlichen Tätigkeit, in denen er die ihm übertragenen Aufgaben stets zum Wohle der Allgemeinheit ausgeübt hat, wurde Herr Prokasky mit dem Hessischen Brandschutzehrenzeichen in Silber ausgezeichnet. Die Stadt Kelkheim insbesondere der Stadtteil Eppenhain wird sich seiner in aufrichtiger Dankbarkeit gedenken.

27.4. bis 6.5.1979: Die Kelkheimer Kulturwoche, bisher Bestandteil des Stadtfestes, wurde in diesem Jahr erstmals getrennt von den mehr geselligen Veranstaltungen des Stadtfestes. Es hat sich gezeigt, daß die Zusammenballung vieler verschiedenartiger Veranstaltungen auch die unternehmungslustigsten Kelkheimer Bürger überfordert. Wenn Angebote der Unterhaltung und des kulturellen Lebens mehr über das Jahr verteilt werden, ist wahrscheinlich allen besser gedient. Die Stadt Kelkheim wird deshalb eine Kulturwoche getrennt vom Stadtfest immer in der ersten Maiwoche feiern.

Im Programm der ersten Kulturwoche dieser Art, die heute von Bgm. Dr. Stephan eröffnet wird, spiegelt sich ein breites Angebot kultureller Erlebnismöglichkeiten unserer Stadt wider. Das kulturelle Leben in der Stadt Kelkheim ist nicht kommerzialisiert und auch nicht städtisch verwaltet. Mit kommunaler Förderung können die Vereine in vielfältiger Weise den Wünschen der Bürger nachkommen und in eigener Initiative die kulturelle Szene in Kelkheim bestimmen.

28.4.1979: Das Orchester L'industrielle Harmonie aus der Partnerstadt Saint-Fons ist an diesem Wochenende zu Gast in Kelkheim. Gleichzeitig ist eine Kelkheimer Gruppe von rund 100 Personen zum so genannten Omnia-Fest nach Saint-Fons gefahren. Zu diesem Fest werden in Saint-Fons stets die Jahrgänge eingeladen, deren Geburtsjahr die gleiche Endziffer hat, wie das laufende Jahr. In diesem Jahr sind also die Jahrgänge mit einer "9" dabei, z.B. 1909, 1919, 1929 usw. Die Kelkheimer Delegation steht unter der Leitung der Stadträte Vogt, Herbert und Rittendorf.

Die französischen Gäste wurden am Samstagabend im Altenwohnheim an der Görlitzer Straße erwartet und begrüßt und verbrachten den Abend in ihren Gastfamilien. Der Sonntagvormittag stand zur freien

Verfügung und um 15.00 Uhr war eine kurze Orchesterprobe angesetzt, bevor das Orchester um 17.00 Uhr zusammen mit allen sechs Kelkheimer Chören in der Stadthalle im Rahmen der Kelkheimer Kulturwoche auftrat. Am Montag stand eine Rheinfahrt zusammen mit den Gastfamilien nach St. Goar auf dem Programm, bevor die Gäste aus Saint-Fons am Dienstagmorgen die Heimreise antraten.

7.5.1979: Durchaus zufrieden sind die Organisatoren mit dem Verlauf der ersten Kelkheimer Kulturwoche, abgetrennt vom Stadtfest. Zur Eröffnung der Woche und der ersten Veranstaltung mit dem brasilianischen Gitarristen Jose ' Rogerio kamen 80 Zuhörer, für sie wurden 30 Flaschen Sekt ausgeschenkt. Zum Chorkonzert der sechs Kelkheimer Männerchöre mit dem Orchester L'industrielle Harmonie aus Saint-Fons mit zusammen rund 200 Mitwirkende kamen über 500 Besucher in die Stadthalle. Hundert, meist ältere Mitbürgerinnen, zog der Seniorennachmittag mit Irma Flohr ins Rathaus. 300 Tanzbegeisterte aus verschiedenen Gruppen machten mit. Hier wurden von der Stadt rund 200 Tassen Kaffee ausgeschenkt. Zahlreich waren auch die kleinen Besucher zu den zwei Veranstaltungen des Frankfurter Puppentheaters ins Rathaus gekommen: 450 Kinder hatten ihren Spaß mit "Der Igelspiegel" und "Tigerträume". Zum Instrumentalkonzert junger Künstler, gestaltet von der Musikschule, kamen 250 Zuhörer. Zum Theaterabend im Fischbacher Bürgerhaus - das neue Theater in Königstein gastierte mit Shaws "Helden" - kamen 200 Besucher. Charly Chaplins Film "Goldrausch" lockte nur 50 Kinder in den Plenarsaal und auch das Mandolinenkonzert hätte wesentlich mehr Zuhörer verdient, es fanden sich nur 80 Besucher ein. An der Europakundgebung auf dem Rathausvorplatz nahmen 200 Menschen teil, unter ihnen viel politische Prominenz aus dem Kreis. Zum Europaabend kamen fast alle der 200 geladenen Gäste in den Plenarsaal, unter ihnen Franzosen, Engländer, Spanier, Italiener und Jugoslawen. An der geschichtlichen Wanderung mit dem Heimatforscher Dietrich Kleipa nahmen 150 geschichtlich interessierte Bürger teil. Am Tag der offenen Tür am Braubachweiher, war das Wetter schön, dies hat sicherlich zu der Besucherzahl von etwa 1.000 beigetragen. Es wurden rund 600 Bratwürste und 50 Schwenkbraten verzehrt, 300 Liter Bier, 20 Liter Coca Cola und 30 Liter Limonade getrunken. Das die Kulturwoche abschließende Kammerkonzert des Quartetts "Musica Amorbachensis" zog 100 Zuhörer in den Plenarsaal des Rathauses. Alles in allem: ein gelungener Reigen von verschiedenen Kulturveranstaltungen, der beibehalten werden sollte.

"Die Natur kann ohne den Menschen leben - der Mensch aber nicht ohne die Natur - Stoppt den Bau der B 8": ein Transparent mit dieser Aufschrift flattert seit kurzem auf dem B 8 - Damm im Liederbachtal. Aufgestellt wurde es vor kurzem von Mitgliedern der Bürgerinitiative Umweltschutz Königstein, um besonders Spaziergänger auf den bevorstehenden Weiterbau der B 8 und seine für Landschaft und Menschen gleichermaßen negativen Folgen aufmerksam zu machen.

Außerdem haben die jungen Leute, verstärkt durch einige Protestler aus dem ehemaligen Jugendzentrum Kelkheims und anderer Taunusgemeinden am Ende des Dammes eine Platzbesetzung mit dem Bau einer Holzhütte unternommen. Unterstützung für ihre Aktion bekamen die Dammbesetzer von der Kelkheimer SPD und der BIK.

"Rund um die Uhr" sind dort Mitglieder der Aktion anwesend, um über den zerstörerischen Straßenbau und den Raubbau an der Natur zu informieren, und weiter meinten sie: "Wir sind gegen alles, was gegen den Wald geht. Deshalb sind wir auch gegen den Bau der B 8 in jeder Form, ob zwei- oder vierspurig! Es hat doch keinen Zweck, daß man Landschaft kaputtmacht, nur damit die Frankfurter schneller in den Taunus kommen."

In einem Flugblatt hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Königstein Mitgeteilt, daß ab dem Straßenkreuz Kelkheim / Hornau bis zum Eselseck für die 7,8 Kilometer lange Schneise bei vierspurigen Ausbau rund 30.000 Bäume gefällt werden müssten.

Die Dammbesetzer bekamen bisher nicht nur Besuch von Spaziergängern und dem Hessischen Fernsehen, sondern auch von der Polizei - von den Ordnungshütern täglich und nicht gerade wohlwollend, wie die Umweltschützer berichten. Unterschriftenlisten seien fotografiert und Namen der Beteiligten notiert worden. Die Kelkheimer Freiwillige Feuerwehr habe allerdings dem Wunsch der Polizei, die Hütte wieder abzureißen, nicht entsprochen, berichteten die Dammbesetzer mit Befriedigung.

In einem weiteren Brief an den RP übte die BIK scharfe Kritik an die Stadtverordneten wegen der Planung der B 8. Weil die Kelkheimer Stadtverordneten "die Entscheidung für einen vierspurigen Ausbau der neuen Bundesstraße 8 mitgetragen haben", kann ihnen die BIK "den Vorwurf der Hörigkeit und der Bequemlichkeit nicht ersparen". Doch auch das Hessische Straßenbauamt bleibt von herber Kritik nicht verschont: In dem Brief an den RP bemängelt die BIK die Tatsache, daß die landschaftsökologische Stellungnahme des Straßenbauamtes erst drei Tage nach dem letzten Anhörungstermin zum laufenden Planfeststellungsverfahren für den Weiterbau der B 8 veröffentlicht wurde.

Auf Anfrage beim Magistrat und einigen Stadtverordneten habe die BIK dann erfahren, daß "zum Zeitpunkt der Beratungen der städtischen Gremien nicht ein einziges Gutachten vorlag, das über die ökologischen Auswirkungen der Planung" der neuen B 8 informierte. Tatsächlich hätten Forstbehörden und Umweltschutzgruppen ein solches Gutachten zum Planfeststellungsverfahren gefordert. Dieser Impuls hätte jedoch - so die BIK - von den Stadtverordneten als gewählte Vertreter der Bürger und somit als "Kontrollorgan" selber kommen müssen und nicht umgekehrt, vom Straßenbauamt.

Während verschiedener Ausschuss- und Fraktionssitzungen der städtischen Gremien sei bezüglich der B 8 lediglich über "Wegebündelungen, Durchlässe, bepflanzte Stützmauern, Offenhaltung des Liederbachtals oder ähnliches" gesprochen worden. Dem Bürger stelle sich die Situation aufgrund dieser Tatsache so dar: "Die von ihm gewählten Vertreter werden absichtlich in Unkenntnis gehalten, um einen reibungslosen Ablauf des Bauvorhabens zu garantieren." Die Stadtverordneten seien demzufolge "nicht in der Lage, ihre Aufgaben als Bürgervertreter wahrzunehmen, ihre Entscheidungen werden zu Alibifunktionen".

Bestehende Sportstätten in Kelkheim werden vorrangig ausgebaut und haben "oberste Priorität". Das ist das Ergebnis einer Sitzung des Ausschusses für Jugend, Schule und Sport. Der Ausschuss stimmte einstimmig der Mittelvergabe zu, mit denen in den einzelnen Stadtteilen eine Erweiterung und der Ausbau der bestehenden Sportstätten vorgenommen werden soll.

Im Einzelnen werden Mittel nach Fischbach gehen für den Ausbau des Umkleidegebäudes des SV wie auch für den Tennisverein. Auch für den Tennisverein in Ruppertshain sind Mittel bestimmt, wie auch für den dortigen Reitplatz. In den alten Stadtteilen sind Mittel für die SG Kelkheim und die TuS Hornau vorgesehen. Auch für den neuen Tennisverein, Tennisfreunde 77, kann ein finanzieller Anschub zur Verfügung gestellt werden.

Der SPD-Stadtrat Manfred Herbert wurde zum neuen Unterbezirksvorsitzenden seiner Partei gewählt. Ebenfalls in den Vorstand wurden Johanna Oberhauser und Gerd Grünberg aus Kelkheim gewählt.

18.5.1979: Der Bürgermeister teilte in der Stadtverordnetenversammlung am 18.5. für den Magistrat u.a. mit, daß die Stadt einen neuen Stadtprospekt mit Hinweisen für die Neubürger herausgegeben hat. Die Winterschäden auf den Straßen und Bürgersteigen der Stadt sind, soweit dies bisher möglich war, behoben. Der Aufwand lag, wie im Haushalt vorgesehen, bei rund 70.000 DM. Der Zustand der Bäume, Sträucher und Pflanzen in den städtischen Grünanlagen nach dem vergangenen harten Winter mit strengem Frost sehr schlecht. Ein Großteil der Bäume und Sträucher ist in der Kälteperiode der vergangenen Monate erfroren. Es lässt sich noch immer nicht absehen, wie groß der Schaden insgesamt sein wird. Die größten Ausfälle sind im Bereich des Freibadgeländes zu verzeichnen, so daß insbesondere hier die entsprechenden Mittel im Nachtragshaushalt bereitzustellen sind.

Der vom Forstamt vorgelegte 1. Nachtrag zum Kulturplan 1979, in dem die Räumung und eine Wiederaufforstung eines durch den Lärchenbock vernichteten 25-jährigen Lärchenbestandes im Kelkheimer Stadtwald mit einem Betrag von 13.040 DM vorgesehen ist, wurde einstimmig zugestimmt. Den Erschließungskostenbeiträgen für die Teileinrichtungen Fahrbahn-, Bürgersteigausbau, Straßenentwässerung- und beleuchtung für das Gebiet "An der Dornheck" in Fischbach wurde einstimmig zugestimmt.

Im Stadtteil Ruppertshain und Eppenhain hat bisher ein privater Unternehmer den Müll abgefahren. Um eine kostengünstigere Auslastung der städtischen Müllabfuhr zu erreichen, wurde dem Unternehmer fristgerecht gekündigt. Der Müll in den beiden Stadtteilen wird künftig auch durch die städtische Müllabfuhr entsorgt. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Zwei Nachträgen zur Kanalbeitrags- und gebührensatzung sowie der Wasserbeitrags- und gebührensatzung wurde einstimmig zugestimmt.

Im Baugebiet "Im Loch / Unterm Reis" erhielt das Teilstück der Straße Auf der Herrnmauer ab Adalbert-Stifter-Straße bis zum Taunuskubweg den Namen "Lessingstraße" und für den vorderen Bereich des neuen Baugebietes wurde die Bezeichnung "Hölderlinstraße" vorgeschlagen. Beiden Straßenbenennungen wurde einstimmig zugestimmt.

Das am 30.5.1968 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Baulandumlegungsverfahren für das Gebiet "Hallwiel" wurde heute einstimmig aufgehoben.

Den Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplanentwurf Nr. 100 "Steinernbrück" wurde teils entsprochen, teils wurden sie als unbegründet zurückgewiesen. Anschließend wurde der Entwurf einstimmig als Satzung beschlossen.

Der Aufstellung folgender Bebauungsplan-Entwürfe wurde einstimmig zugestimmt: Bb.Pl. Nr. 111 für das Gebiet "Roteberg-/ Offerdingstraße", Bb.Pl. Nr. 20 für das Gebiet "Sportgelände Ruppertshain"-Abänderung.

Zwei Anträge der SPD-Fraktion zu Verfahrensfragen in der Stadtverordnetenversammlung wurden durch die Mehrheitsfraktionen abgelehnt. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

21.5.1979: Zu dem **Bebauungsplan-Entwurf Nr. 88 "Mühl-/ Liederbachstraße"**, der am 16.3 1979 in der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der CDU und FDP beschlossen wurde, nahm die BIK jetzt in einer Presseerklärung Stellung. Nach Ansicht der BIK handelt es sich hierbei um einen Bebauungsplan, der als Hauptpunkt die Planung der Durchgangsstraße (Gagernring-Liederbachstraße-Klosterberg) mit weit reichenden Folgen beinhaltet. Diese Durchgangsstraße sei die Verlegung der L 3016 von Fischbach nach Höchst, die zurzeit noch durch die Frankfurter Straße führt. Die geplante Entlastungsstraße L 3016 neu soll dann von Fischbach am Hegewald vorbei zum Gagernring (Richtung Rathaus), durch die Liederbachstraße führen, bis sie durch den Klosterberg auf die alte Königsteiner Landstraße stoßen soll, um dann den Abfließenden Verkehr schnellstens zu den Anschlüssen B 519 oder B 8 zu führen.

Die Nachteile dieser Streckenführung seien: Die Gefährdung der Schüler der Richter- und Pestalozzischule, betroffen seien öffentliche Gebäude (Rathaus, Stadthalle) sowie alle Anwohner dieser Wohnstraßen. In der Liederbachstraße müssen die Vorgärten verschwinden, die Straße würde angehoben und über einen Damm geführt, der wieder einmal das Liederbachtal abriegelt und zerstört, den Klosterberg tief durchschneide und so wiederum ein beliebtes Naherholungsgebiet vernichte. "Wieder ein Stück Idylle Liederbach weniger", führte die BIK an, hier helfe nur der Protest jedes einzelnen Bürgers! Jeder könne während der Offenlegungsfrist vom 21. Mai bis 22. Juni den Plan einsehen und dann schriftlich seine Anregungen und Bedenken gegen den Bebauungsplan geltend machen.

Als Alternative, so die BIK, böten sich die bereits ausgebauten Querverbindungen Straße Nach dem Busch und Gagernring zu den überörtlichen Schnellstraße B 8 und B 519 an. Verknappung und Verteuerung der Energie würden dazu beitragen, daß in Zukunft ein Großteil des täglichen Individualverkehrs, der die Städte unnötig belastet, auf die Massenverkehrsmittel verlagert werden wird.

Für Neuinvestitionen bei der Stadtentwässerung stehen in diesem Jahr insgesamt 2.733.500 DM zur Verfügung. Der größte Teil dieser Mittel ist, wie bereits berichtet, für die Weiterführung des Hauptsammlerkanals über die Hauptstraße und den Haingraben in K.-Mitte vorgesehen.

Für die Erstellung von generellen Kanalplänen in den Stadtteilen Fischbach, Ruppertshain und Eppenhain sind 150.000 DM veranschlagt.

Folgende Einzelmaßnahmen sind außerdem noch geplant: Bau eines Stichkanals an einem Wendehammer im Schulzehnten für rund 92.000 DM, Kanalbau im Gebiet Sindlinger Wiesen oberhalb des Altenzentrums für rund 100.000 DM, Bau eines Regenrückhaltebeckens in Eppenhain für rund 310.000 DM, und Planungskosten für den Kanalbau am kommunalen Kindergarten in Fischbach und für das Gebiet "Saupitsch" in Höhe von rund 53.000 DM.

Für Wasserversorgungsinvestitionen sind im Jahre 1979 im Haushalt rund 331.500 DM vorgesehen.

In Kelkheim hat sich jetzt auch ein Angelsportverein, der ASV Kelkheim 1979, gegründet. Der Verein zählt bis jetzt bereits 30 Mitglieder und soll zunächst auf 40 begrenzt werden. Vorsitzender des ASV Kelkheim ist Horst Blank und sein Stellvertreter Anton Funk. Auch ein Gewässer für den neuen Angelsportverein steht mit dem Braubachweiher zur Verfügung. Er befand sich nach dem Ankauf durch die Stadt unter städtischer Aufsicht und wurde weitgehend vom städtischen Bauhof betreut. In Zukunft werden sich Angelverein und Stadt Kelkheim die Betreuung des Weihers teilen.

23.5.1979: Friedlicher Umweltprotest darf nicht kriminalisiert werden - das ist die Meinung der Kelkheimer SPD und der Jungsozialisten in Königstein. Beide befassen sich in Pressemitteilungen mit der Protestaktion jugendlicher Umweltschützer gegen den Weiterbau der B 8 ab Hornau. Wie es in der Pressemitteilung aus Königstein heißt, halten die Jusos die Protestaktion und Dammbesetzung der Umweltschützer "für ein angemessenes Mittel, um gegen die weitere Zerstörung der Natur zu protestieren". Deshalb, so die Jungsozialisten, "verurteilen wir die brutalen Sofortmaßnahmen der Behörden (Auferlegung eines Zwangsgeldes in Höhe von 3.000 DM, Fotografieren von Unterschriftenlisten und die Aufnahme der Personalien von unbeteiligten Spaziergängern durch die Polizei).

"Die Behörden rechtfertigen ihr Vorgehen damit, daß der Bau der Holzhütte gegen das Landschaftsschutzgesetz verstoße. Diese Beschuldigung erscheint angesichts der vorgesehenen Abholzung von 30.000 Bäumen für den Weiterbau der B 8 grotesk. Darum solidarisieren sich die Königsteiner Jusos mit den Umweltschützern und allen von den Ermittlungsverfahren betroffenen engagierten Bürgern und fordern die Zurücknahme des verfügt Zwangsgeldes sowie die sofortige Einstellung sämtlicher Ermittlungsverfahren", heißt es abschließend.

Für die Kelkheimer SPD äußerte sich Pressesprecher Wilhelm Ungeheuer: Unabhängig von der Frage, ob man für oder gegen die neue B 8 sei, müsse schärfster Protest eingelegt werden, wenn junge Staatsbürger, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen, durch Anzeigen und Abfotografieren von Unterschriftenlisten als schon fast Kriminelle abgestempelt werden. "Anstelle einer sachlichen politischen Auseinandersetzung über die Gründe dieser Form des Umweltprotestes wird mit dem Knüppel des Gesetzes gedroht, in einer Art und Weise, die an Verfahren wegen Devisenvergehens gegen kritische DDR-Schriftsteller (Wolfgang Heym) erinnern.

Beispielhaft sei hier die Begründung des Bauverbotes der Blockhütte durch die Bauaufsichtsbehörde des MTK zu sein. Einem Passus des Bundesbaugesetzes entsprechend ist die Errichtung von "Schutzhütten" in Landschaftsschutzgebieten verboten, just in dem Gebiet, durch das eine vierspurige Autobahn geführt werden soll". Auch die Kelkheimer SPD fordert die Zurücknahme der Bauverbotsanordnung und die Vernichtung der von der Polizei gesammelten Daten durch den Hessischen Innenminister.

Als positives Ergebnis dieser Protestaktion Jugendlicher betrachte die Kelkheimer SPD die verstärkte öffentliche Diskussion über Fragen des Landschaftsschutzes beim Weiterbau der neuen B 8. Die Entscheidung zwischen der Bevorzugung des individual- oder öffentlichen Nahverkehrs werde außer den genannten umweltpolitischen auch aus energiepolitischen Gründen unaufschiebbar. Die südhessische SPD forderte deshalb auf ihrem jüngsten Parteitag, die bisherige Planung und Planfeststellungsverfahren von Autobahnen im Rhein-Main-Ballungsraum zu stoppen bzw. zu überprüfen. Die Kelkheimer SPD unterstütze aus diesen Gründen einer Überprüfung der Planung für die neue B 8 hinsichtlich einer schmaleren Trassenführung.

Hans-Peter Burk, Schwimmwart und Vorstandsmitglied des KSC 70 wurde mit der Ehrenplakette des Deutschen Schwimmverbandes ausgezeichnet. Burk erhielt die Auszeichnung für seine langjährige Tätigkeit als Landesspringwart und vor allem für seine Arbeit bei den 3. Schwimmweltmeisterschaften 1978 in Berlin. Dort war er als Kampfrichter und Sprecher für die Kunstspringer tätig.

Auch der FDP Stadtverband nahm zu den Ereignissen bei der Dammbesetzung Stellung: Mit Aktionen außerhalb der Legalität haben verschiedene Gruppen gegen die geplante Trasse der B 8 im Braubachtal protestiert. Dabei wurden auch Unterschriftenlisten ausgelegt, in denen sich etwa 800 sympathisierende Bürger namentlich eingetragen haben sollen. Nach Presseberichten sind diese Unterschriftenlisten von der Polizei fotografiert worden. So etwas kann die FDP nicht hinnehmen. Es geht uns hier nicht um das Für und Wider der geplanten B 8. Wir wollen auch nicht die Polizei, die wir alle für ein einwandfreies Funktionieren unseres Staates benötigen, in ein schiefes Licht bringen. Viele Kelkheimer Bürger haben aber ihr Missfallen an diesem Vorgang geäußert.

Wir setzen uns mit aller Entschiedenheit zur Wehr, wenn Grenzen überschritten werden. Seit dem Aufkommen ihrer Ideen im vergangenen Jahrhundert haben die Liberalen für Meinungsfreiheit und gegen Obrigkeitwillkür gekämpft. Wir sind weder links noch rechts, wir sind die Freien Demokraten. Meinungsfreiheit und menschliche Würde halten wir für das höchste Gut des mündigen Bürgers. Es darf nicht soweit kommen, daß unbescholtene Bürger Angst haben, in angemessener Form ihre Meinung zu äußern. Deshalb wird die Kelkheimer Landtagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, Frau Dr. Sybille Engel, sich um diesen Vorfall kümmern.

Auch der SPD-Kreisverband nahm zu den Aktionen auf dem B 8-Damm im Liederbachtal durch ihren Sprecher Gerd Grüneberg (Kelkheim) in einer Presseerklärung Stellung: "Mit völligem Unverständnis hat die SPD im MTK das Verhalten der Polizei im Zusammenhang mit dem Protest junger Leute gegen den Weiterbau der B 8 im Braubachgebiet bei Hornau zur Kenntnis genommen", heißt es in der Erklärung. Und weiter: "Dort hatten vor kurzem eine Gruppe junger Leute eine Holzhütte auf dem aufgeschütteten Damm errichtet, der den Weiterbau der vierspurigen B 8 dient und das landschaftlich reizvolle Liederbachtal durchschneidet. Die Demonstranten hatten die Spaziergänger um Unterschriften unter einen Protestbrief gebeten; die von bisher unbekannter Seite herbeigerufene Polizei fotografierte, wie der SPD berichtet wurde, diese Unterschriftenliste ohne Begründung".

Der Vorsitzende der Main-Taunus-SPD, Kelkheims Stadtrat Manfred Herbert, bezeichnete diesen Vorgang, sollte er sich als wahr herausstellen, als ungeheuerlich. Dieser Angriff auf die Freiheit des Bürgers, sich zu Umweltschutz und Widerstand gegen Autobahnbau zu bekennen, so meinte Stadtrat Herbert, lasse den Unmut gegen Staat und Behörden nur weiter wachsen.

Er forderte den Hessischen Innenminister auf, umgehend für eine Vernichtung der Fotos der Unterschriftenliste zu sorgen. Andernfalls sei in der Tat die Demokratie und Meinungsfreiheit durch Bespitzelung schwer gefährdet. In diesem Zusammenhang äußerte der Unterbezirksvorstand der SPD auch seine Missbilligung über die prompt erfolgten Strafanzeigen wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und Bau einer Hütte im Landschaftsschutzgebiet aus.

Wie SPD-Sprecher Grünberg mitteilte, haben sich Forstbehörde und Hüttenbauer über das zum Bau verwendete Holz bereits geeinigt, von Diebstahl könne wohl keine Rede mehr sein. Überdies sei der Hinweis auf das Landschaftsschutzgebiet nur als leichter Scherz zu bezeichnen, denn der geplante Weiterbau einer autobahnähnlichen Bundesstraße zerstöre das Landschaftsschutzgebiet doch wohl erheblich eher als eine Holzhütte.

Die SPD des Main-Taunus-Kreises sei insgesamt der Auffassung, daß im Falle dieses Protestes engagierter junger Leute, die im Übrigen politisch ungebunden seien, die Verhältnismäßigkeit staatlicher Mittel nicht gewahrt worden ist. Ohnehin müsse der geplante Weiterbau in Bezug auf seine Größe - zwei oder vierspurig - nach Auffassung der SPD neu überdacht werden.

4.6.1979: Aus der Hütte der Dammbesetzer im Liederbachtal ist mittlerweile ein ansehnliches Hüttendorf geworden. Möglicherweise wird das "Camp" auf dem B 8-Damm nächste Woche geräumt. Wie der Leiter der Bauaufsicht im Landratsamt, Winterwerber, dazu mitteilte, würden sich alle beteiligten Behörden im Laufe der nächsten Woche zu einer Ortsbesichtigung am Damm treffen. Teilnehmer werden sein die Bürgermeister Dr. Stephan (Kelkheim) und Dr. Hodann (Bad Soden), Landrat Dr. Löwenberg, das Forstamt und - in Vertretung des Besitzers des Damms, die Bundesrepublik Deutschland - das Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden.

Winterwerber unterstrich, daß man die Dammbesetzer, die gegen den Weiterbau der B 8 protestieren, ständig im Auge behalte. Nachdem die überwiegend jungen Leute eine Blockhütte auf dem Damm gebaut hatten, verfügte die Bauaufsichtsbehörde ein Bauverbot und den Abriss. Bei Zuwiderhandlungen wurden Zwangsgelder bis zu 3.000 DM angedroht. Statt abzureißen, weitet sich das Lager mittlerweile noch aus. Aus einer Hütte wurde ein kleines Hüttendorf mit drei Hütten und einem Zelt. Winterwerber vertritt die Meinung, daß aus der ehemals "idealistischen Gruppe", gegen die er nicht habe, eine "unterwanderte" Gemeinschaft geworden sei. Von wem unterwandert, konnte Winterwerber nicht sagen, er verwies auf die polizeilichen Ermittlungen. Die Polizei, so ein Sprecher, darf über die Ermittlungsergebnisse nichts sagen. Aus allgemein gut informierter Quelle verlautete allerdings, daß sich nach den polizeilichen Überprüfungen herausgestellt habe, daß sich teilweise dort sogar Kriminelle angesiedelt hätten. Die Polizei weist auch ausdrücklich den Vorwurf zurück, Polizeibeamte hätten Unterschriftenlisten fotografiert. Der Leiter der Polizeiinspektion West, Gerhard Bielohlawek: "Wir haben auch dem Innenminister gegenüber versichert, daß im Hüttendorf auf dem B 8-Damm keinerlei Unterschriftenlisten fotografiert wurden."

Im "Dorf" selber geht derweil alles seinen gewohnten Gang. Über Pfingsten wird mit starkem Besucherandrang gerechnet. Vor einigen Tagen wurde deshalb auch eine "Toilette" angelegt, ein etwa ein Meter tiefes Loch für 200 Menschen. Auf die Frage, ob ihnen bekannt sei, daß sie im Wassereinzugsgebiet von Kelkheim diesen Abfall lagern, antworteten die "Umweltschützer": "Ja, aber später läuft da Benzin pur rein." Die Dammbesetzer rechnen damit, daß in den nächsten Tagen sogar mehr Hütten auf dem Damm entstehen werden: "Wir können dagegen doch nichts machen."

9.6.1979: Die Dammbesetzer wehren sich gegen die Vorwürfe eine Gruppe "unterwanderter Idealisten" zu sein, und sie beherbergen auch keine Kriminellen im Hüttendorf auf dem B 8-Damm. So wehren sie sich energisch gegen die Vorwürfe des Leiters der Bauaufsicht des Kreises, Winterwerber, aus der ehemals "idealistischen Gruppe" sei eine "unterwanderte" Gemeinschaft geworden (weder von Herrn Winterwerber noch von der Polizei wurde angegeben, von wem die Gruppe unterwandert sei). Es ist bezeichnend, so die Umweltschützer, "engagierte Bürger, die sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt wehren, als unterwanderte Idealisten abzutun."

Auch stimme es nicht, daß sich auf dem besetzten Platz auf der künftigen Trasse der B 8 "sogar teilweise Kriminelle angesiedelt hätten". Sie, die Besetzer, wussten, wer sich an der Aktion gegen die B 8 beteilige. Diese Behauptung könne nur dazu dienen, die Gegner der B 8 zu kriminalisieren und die Gruppe der Besetzer von der Bevölkerung zu spalten. Von der Polizei war auf Anfrage weder eine Bestätigung noch ein Dementi für die Anwesenheit von "Kriminellen" bei den Besetzern zu bekommen.

Ferner äußerten sich die Besetzer zu der Formulierung, es sei von ihnen im Wald eine Toilettengrube "von einem Meter Tiefe für etwa 200 Menschen" angelegt worden. Diese Toilette sei vielmehr schon in den ersten Tagen der Besetzung aus hygienischen Gründen in Form einer geschlossenen Grube von 3 Metern Tiefe für die Leute, die immer an der Blockhütte auf dem Damm sind, gebaut worden - auf keinen Fall aber für 200 oder noch mehr Menschen. Die Demonstranten betonen, daß sie weiter an ihren Ziel festhalten wollen, "die Straße zu verhindern und das Informationszentrum auf dem Damm der geplanten B 8 aufrechtzuerhalten."

13.6.1979: Gegen den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 88 "Liederbach-/ Mühlstraße", der den Bau der neuen L 3016 vom Gagernring über die Liederbachstraße und Klosterberg beinhaltet und noch bis 22.6. im Rathaus ausliegt, regt sich allenthalben Widerstand in den betroffenen Gebieten und auch in der Nachbarschaft. Nachdem die BIK schon gegen den Plan opponiert und die Anwohner zum Widerstand aufgefordert hatte und auch neuerdings mit einer Verlautbarung gegen die Verlegung des Liederbaches in diesem Gebiet Sturm läuft, hat sich nun auch eine eigene Aktionsgemeinschaft in dem betroffenen Bereich der Mühlstraße gebildet, die mit Eingaben und Briefen an die verantwortlichen Politiker und Behörden auf die Probleme, die nach ihrer Meinung mit dem Bau der neuen Straße auftauchen werden, aufmerksam machen will. Sie will zusammen mit schon vorhandenen Kelkheimer Interessengemeinschaften und Bürgerinitiativen Widerspruch gegen den geplanten Ausbau der Mühl-/Liederbachstraße im Bb.Pl. 88 einlegen, um den Durchgangsverkehr in Kelkheim zu verringern und auf überörtliche Verkehrswege abzulenken. Die Gruppe sammelt dafür Unterschriften Kelkheimer Bürger und will vor allem die Eltern der Schüler in den dicht beiegelegenen Schulen ansprechen, wie auch die Eltern, deren Kinder in diesem Bereich Kinderspielplätze und ähnliche Anlagen besuchen.

Die Interessengemeinschaft, zu denen auch Jörg Riemann, Helmut Hinz und Dr. Gerhard Kloos zählen, sind vor allem auch verstimmt darüber, daß keiner ihrer in Bürgeranhörungen vorgebrachten Einwände und Änderungswünsche in dem jetzt offen gelegten Bebauungsplan Nr. 88 wieder zu finden ist. In einem Brief, dessen Kopie an verschiedene Hessische Ministerien und Ämter ging, an den RP und Kreisausschuss heißt es: "Der Bb.Pl. 88 enthält zwei, den Landschaftsschutzcharakter und die Belange der Bürger schwerwiegend und beeinträchtigende Neuerungen: Die Verlegung und Kanalisierung des Liederbaches und den Durchbruch der Liederbachstraße zum Klosterberg, ihre Verbreiterung und Anschluss an die Mühlstraße."

Zum Thema Liederbach meint die Gruppe, daß eine Kanalisierung und Begradigung des Liederbaches unnötig ist, weil die häufigen und sehr starken Niederschläge des Jahres 1979 erwiesen hätten, daß keine Hochwassergefahr bestehe. Eine Ausbesserung des Liederbachbettes sollte unter Bewahrung der natürlichen Bachlandschaft auf das Notwendigste beschränkt werden.

Zur Straße selbst wird grundsätzlich der Notwendigkeit widersprochen, die L 3016 überhaupt zu verlegen, insbesondere in den Bereich des Bb.Pl. 88. "Zur Verbesserung des Verkehrs aus dem Raume Fischbach und weiteren Taunusbereichen bietet sich der überörtliche Anschluss Fischbachs an die geplante B 8 an. Gewarnt wird in diesem Zusammenhang vor dem Ausbau eines Dammes über den Liederbach und die Fortsetzung als etwa 50 Meter breiter Einschnitt in den Klosterberg und einer Anbindung der Mühlstraße, was nur zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen aus diesem Gebiet führen werde. Dabei machten die Anlieger gar keinen Hehl daraus, daß nicht nur die Kelkheimer, deren Grundstücke und Vorgärten für diesen Straßenbau beschnitten werden sollen, die Leidtragenden sind, sondern auch die selbst, zum Beispiel im Hochhaus in der Mühlstraße. Sie fürchten wohl nicht zu Unrecht eine erhebliche Lärmbelästigung allein schon deshalb, weil Hauswand und Klosterberg als Trichter wirken würde und damit den Lärm entsprechend verstärkt zurückwerfen würde.

Die Mitglieder der Gemeinschaft meinen sogar, daß bei der Erschließung der Baugebiete am Klosterberg von der alten Königsteiner Straße her unter Verzicht auf eine geplante L 3016 wertvolles Gelände für die Wohnbebauung verfügbar werden könnte.

Bei der Behandlung des Themas Liederbach weist die BIK darauf hin, wie steril und funktionslos doch der Liederbach geworden sei, nachdem man ihn nach Vorstellungen der Techniker saniert habe. Bei der Sanierung, wie jetzt beim Liederbach in Höhe der Mühlstraße geplant, bestehe die Gefahr eines Absenkens des Grundwassers durch die Sohlenbefestigung sowie die Vernichtung der bestehenden Vogelschutzgehölze. Und so heißt es weiter, ein Bach braucht einen Freiraum, in dem er mal einen Haken schlagen kann.

16.6.1979: Innenminister Gries hat der FDP-Landtagsabgeordneten Dr. Sibylle Engel (Kelkheim) in einem Antwortschreiben mitgeteilt, daß bei der Aktion junger Demonstranten gegen den Neubau der B 8 im Raum Kelkheim / Bad Soden unbeteiligte Spaziergänger von der Polizei nicht fotografiert und auch deren Personalien nicht aufgenommen worden seien. Auch seien keine Unterschriftenlisten fotografiert worden. Soweit der Informationsstand der Demonstranten mit einer ausgelegten Unterschriftenliste auf Fotografien abgebildet sei, seien die Unterschriften auf der Liste nicht lesbar, erklärte Gies.

Der Minister bedankte sich in einem Schreiben an die Abgeordnete für ihre Initiative, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen polizeilichen Maßnahmen zu informieren, um ungerechtfertigte Spannungen zwischen Bürgern und Polizei abzubauen zu helfen. Laut Gries wurden lediglich die Personalien einer an der Demonstration und der Errichtung des Blockhauses nicht beteiligten Person aufgenommen, die jedoch unverzüglich wieder vernichtet worden seien.

Die Personalien von 23 Demonstranten bleiben nach Auskunft des Ministers allerdings noch in den Akten, weil gegen diese jungen Leute Verfahren wegen Holzdiebstahls und ungenehmigten Bauens im Außenbereich eingeleitet sind. In beiden Fällen sei ein Zwangsgeld von 2.000 DM für den Fall angedroht, daß die Bauarbeiten an der Blockhütte nicht eingestellt werden. Das von der Bauaufsichtsbehörde mit 2.000 DM angesetzte Zwangsgeld erscheint dem Innenminister angemessen. Es halte sich in einer vertretbaren Relation zur Größe der errichteten Hütte und bewege sich im Rahmen der üblicherweise in ähnlich gelagerten Fällen von anderen Bauaufsichtsbehörden festgesetzten Beträge.

Frau Dr. Engel stellte hierzu fest, daß gerade die jungen Leute, die mit so viel Idealismus für die Erhaltung der Natur streiten, Verständnis dafür aufbringen müssten, daß einer Zersiedelung der Landschaft nachdrücklich Einhalt zu gebieten sei. In ganz Hessen seien zurzeit 15.000 ungenehmigte Bauten im Außenbereich registriert, die unter dem Gesichtspunkt der Landschaftspflege eine unerträgliche Belastung bedeuten.

Der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Technik, Otto Kirst, hat der Kelkheimer FDP-Abgeordneten inzwischen zugesichert, daß die Trassierung der geplanten B 8 noch einmal einer Überprüfung unterzogen wird. Allerdings werde man an einem vierspurigen Ausbau nicht vorbeikommen. Kirst erklärte jedoch, sollte durch die Prüfung ein geringerer Trassenquerschnitt angezeigt sein, werde man möglicherweise auf die Standstreifen seitlich der Fahrbahn verzichten.

20.6.1979: Auch die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald äußert schwerwiegende Bedenken zum Weiterbau der B 8. Zum geplanten Weiterbau der B 8 ab Hornau bis zum Eselseck hat die SDW (Kreisverband MTK) eine Stellungnahme abgegeben. Darin heißt es, man sei "im Grund nicht gegen einen notwendigen Straßenbau". Gegen den vorgesehenen Ausbau der B 8 nach den Plänen des Hessischen Straßenbauamtes hat die Schutzgemeinschaft jedoch "schwerwiegende Bedenken". Es könne nicht richtig sein, Erholungssuchende durch den Bau neuer Straßen besser in ein Erholungsgebiet zu bringen und gleichzeitig mit diesen neuen Straßen das Naherholungsgebiet zu zerstören. Ganz eindeutig kämen in dem Gutachten des Straßenbauamtes zur B 8 die negativen Seiten dieses Straßenbaus zum Ausdruck. Nach den Vorschlägen zur Minderung dieser negativen Auswirkungen könnten diese nur "um einen Bruchteil behoben" werden.

Der Kreisverband unterstützt deshalb voll und ganz den Einspruch seines Ortsverbandes Kelkheim zum Planfeststellungsverfahren der B 8. "Im Grunde kann dem Straßenbau in dem vorgesehenen Gebiet überhaupt nicht zugestimmt werden", heißt es. Wenn aber die Trassenverlegung für die B 8 in den Wald nicht zu vermeiden sei, sollte man die negativen Seiten des Gutachtens zum Straßenbau im Auge behalten und Verbesserungsvorschläge berücksichtigen, wie sie nicht nur die Schutzgemeinschaft, sondern auch zum Beispiel die Ökumenische Arbeitsgruppe für Umweltfragen im MTK vorgetragen haben. Das Ausmaß der Umweltzerstörung könnte nur gemildert werden, wenn die folgenden Vorschläge Beachtung fänden:

- Kein vierspurigen Ausbau. Nur ein zweispuriger Ausbau würde den Flächenbedarf so gering wie möglich halten und den zusätzlichen, aufwendigen Flächenbedarf für die Anbindungsbauwerke einer vierspurigen Fahrbahn ersparen.
- Beseitigung des Dammes im Liederbachtal durch Überspannen des Tals mit einer leicht geschwungenen Brückenkonstruktion.
- Die Verlegung der Anschlussstelle zur B 455 und L 3369 außerhalb des Waldes auf ertragsschwache, landwirtschaftlich genutzte Böden. Ein Anschneiden der Waldfläche südlich des Rettershofes würde ein Öffnen des Bestandes bedeuten, dessen nachteilige Folgen nach Beurteilung der Forstbehörde nicht mehr zu stoppen wären.
 - Erhaltung der Alteichen bei Baukilometer 1.300.
 - Anschluss an der alten B 8 auf der Billtalhöhe und Verzicht auf weitere Neutrassierungen der Bundesstraße 8.
 - Für Königstein würde die Tunnellösung auch den Vorstellungen der Schutzgemeinschaft entsprechen, weil die Landschaft im Wesentlichen unberührt ließe; die Topographie komme allerdings einer solchen Lösung nicht entgegen; dennoch sollte sie untersucht werden.

Dr. Klaus Fischer, von Beruf Chemiker bei der Hoechst AG, in seiner Freizeit Kommunalpolitiker und Vorsitzender des Ortsverbandes der CDU Kelkheim, erhielt jetzt in Baden-Baden aus der Hand des Vorsitzenden des Vereins der Textilchemiker und Coloristen, Professor Dr. Valk, den Egon-Elöd-Preis, begehrte Auszeichnung für Chemiker, die sich mit Arbeiten im Bereich der Textilveredelung beschäftigen. Dr. Fischer wurde dieser Preis für seine Arbeit "Eliminierung von Inhaltsstoffen in Abwässer der Textilveredelung" zugesprochen. Er wurde damit für seine Forschungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes ausgezeichnet. Seine Arbeit sei als wesentlicher Schritt vorwärts auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu werten, weil Lösungsmöglichkeiten angeboten würden auf der Basis des technisch Machbaren, des wirtschaftlich Vertretbaren.

22. bis 25.6.1979: Der Fanfarenzug Hornau feierte an diesem Wochenende sein 25 jähriges Vereinsjubiläum. Es waren vier Tage Feiern und Fröhlichkeit in Hornau. Eingeladen zu den Feierlichkeiten war auch die Besatzung des Minensuchbootes "Gefion" an der Spitze mit ihrem Kapitän Michael Vangerow.

Das Patenschiff der Stadt Kelkheim - die Patenschaft kam auf eine Initiative des FZH zustande - brachte als Gastgeschenk eine Schiffsglocke mit den Namen "Gefion", die der „Sperrmeister“ noch liebevoll mit Tauwerk geschmückt hatte, mit. Als Gegengabe überreichte Alois Jung dem Kommandanten vier Appelwoi-Bembel, für jede Messe an Bord einen.

Auftakt des großen Festes war am Freitag der Hessen-Abend, zu dem "Adam und die Mickys" aufspielten. Es war ein fröhlicher Festabend, an dem Vorsitzender Alois Jung die Glückwünsche der befreundeten Vereine entgegennahm und zahlreiche Jubilare auszeichnete, darunter auch einige Gründer. Anschließend wurde das Tanzbein geschwungen. An diesen und den folgenden Abenden waren die weißen Matrosenblusen belebender Kontrast im Festzelt, nicht zuletzt, weil sich die ganze Crew als äußerst standfest an der Theke erwies und - auch wenn sie den Äppelwoi teilweise zum ersten Male schluckten - erhebliche Nehmerqualitäten zeigte.

Der Höhepunkt des Festes war zweifellos der große "Bunte Abend" im Festzelt am Stückes. Der meiste Beifall und die Anerkennung galt dem Illusionisten Rinardi, der gut 5.000 Blüten auf der Bühne verteilte und damit Klatschstürme der Zuschauer herausforderte. Kein Wunder, daß die Sailors zum Schluss auf die

Bühne sprangen und halfen, die bunte Pracht abzuräumen. Mit großem Beifall bedacht wurde auch das AKK-Ballett, das Schwung in den Saal brachte und die Stimmung anheizte. Pat und Paul sangen Volks- und andere Lieder. Teddy Cox und seine Partnerin bliesen ausgezeichnet Trompete und Peter Rubin, der bekannte Schlagersänger, war der teuerste Star des Abends.

Als Conferencier traten in Kelkheim schon andere auf, die ihr Handwerk besser als Jupp Hoibom verstanden. Schade, nach der vielen Mühe, die man sich bei der Zusammenstellung des Programms gegeben hatte. Mit Konzentrations- und Arbeitslagern albert man einfach nicht herum. Das sollte auch Jupp Hoibom wissen, abgesehen von den vielen abgestandenen Kalauern, die er brachte.

Der Sonntag brachte den Musikwettbewerb in der Stadthalle und im Festzelt, zu dem über 40 Vereine mit ihrem Anhang angereist waren, so daß über 2.000 Menschen den Spielleuten aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen zuhörten.

Am Abend spielten die Rhöntaler Musikanten zum Tanz auf.

Den Abschluss bildete am Montag wie immer der traditionelle Frühschoppen und am Abend der Manöverball, bei dem nicht nur wieder die Gefion-Crew ihren Mann stand, sondern auch eine Abordnung der Bundeswehr aus Mainz-Hechtsheim, die ja schon lange in Kelkheim gute Freunde hat und genauso gerne nach hier kommt, wie die Kameraden der Marine. Ein großes Feuerwerk beschloss das Fest zum 25. Geburtstag des FZH.

27.6.1979: In einer gut besuchten Pfarrversammlung der kath. Kirchengemeinde St. Dionysius Münster ging es neben dem Bericht des Pfarrgemeinderates auch um den Kirchplatz in Münster. Während der Diskussion über die zukünftige Gestaltung des Platzes kamen auch alternative Ideen auf. "Die Pfarrgemeinde hat ein berechtigtes Interesse an der Gestaltung des Kirchplatzes", hieß es in einer vorbereiteten und zur Diskussion vorgelegten Stellungnahme.

Darin wurde außerdem zum Ausdruck gebracht, daß das noch bestehende Provisorium so schnell wie möglich durch eine bauliche Neugestaltung beendet werden solle. Nur so werde endlich für den Stadtteil Münster eine "städtebauliche Mitte und ein zentraler Platz menschlicher Begegnung" geschaffen. Wichtig sei jedoch vor allem, daß die zusätzliche Bebauung zwischen Kirche und altem Rathaus (nach Abriss der alten Schule) niedrig und unauffällig sei. Man stellt sich Grünflächen, Bepflanzungen und viele Bänke sowie einen Brunnen oder eine Skulptur vor.

Die Mehrzahl der Teilnehmer der Pfarrversammlung war die Stellungnahme jedoch noch "zu schwach formuliert". Man einigte sich darauf, eine "schärfere" Fassung zu erarbeiten und diese dann als Resolution an das Rathaus zu schicken. Darin solle vor allem betont werden, daß die Münsterer keine "große Bebauung" wollen (also auch kein Geschäftszentrum - "das brauchen wir nicht") - wie vor einiger Zeit von Architekt Friedrich Rosenberg im Auftrag der STEG erarbeitet wurde. Eventuell könne man sich eine Rundbebauung des Platzes vorstellen. Auf keinen Fall dürfe die Höhe der Kirche erreicht werden. Noch während der Versammlung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Erarbeitung einer neuen Stellungnahme, nicht ohne sich auch mit den von den städtischen Gremien bereits vorliegenden Plänen Rosenbergs für den Kirchplatz zu befassen, übernahm.

Im Zusammenhang mit der Frage der Bebauung des Kirchplatzes erhitze ein anderes Münster betreffendes Thema die Gemüter. Alle, die sich zu Wort meldeten, auch die drei anwesenden CDU-Stadtverordneten Angloher, Herr und Kilb, hielten die Erschließung des Gebietes im Schlämmer (östlich der alten Königsteiner Straße) als zweites Gewerbegebiet nicht für gut oder gar wünschenswert. Nach dem Vorschlag der Stadtverwaltung, dieses Gebiet im neuen, zur Zeit überarbeiteten Flächennutzungsplan, als Gewerbefläche darzustellen, liegt nun die Entscheidung darüber beim UVF.

Im alten Flächennutzungsplan war der Schlämmer als Wohnbaugebiet vorgesehen. Dabei, so waren sich die Teilnehmer der Versammlung einig, solle es auch künftig bleiben. Lieber solle man das bestehende Gewerbegebiet in Münster erweitern. Um herauszufinden, wie man am besten gegen die Verwirklichung des zweiten Gewerbegebietes vorgehen kann, wurde eine weitere Arbeitsgruppe gebildet. Sie wird sich u.a. damit befassen, ob die Bürger möglichst viele Einzeleinsprüche gegen den neuen Plan erheben sollten.

Unmut wurde auch über den von den Stadtverordneten beschlossenen Standort für die zentrale Sportanlage südlich des Hauptfriedhofs geäußert. Zuerst übrigens von Peter Herr, der meinte, daß er einen Fehler gemacht habe, als er seinerzeit im Stadtparlament für diesen Standort gestimmt habe. Mittlerweile sei er der Auffassung, daß eine Sportstätte nicht neben einen Friedhof - eine Stätte der Ruhe - gehöre. In den nächsten Tagen werden im Sanierungsgebiet Stadtmitte vier Objekte abgebrochen, nachdem die Stadt bereits vor längerer Zeit diese Häuser gekauft hatte und die Bewohner zwischenzeitlich teils in neues Eigentum, teils in Mietwohnungen umgezogen sind.

Die Restarbeiten am Hauptkanal Breslauer Straße sind soweit abgeschlossen, daß in wenigen Tagen die Breslauer Straße wieder voll befahren werden kann. Die weiteren Arbeiten am Hauptkanal von der Straße Nach dem Busch entlang der Hauptstraße bis zum Anwesen Niegemann sind im Vortriebverfahren unterirdisch ausgeführt worden, so daß die alte Hauptstraße in diesem Bereich trotz der Kanalverlegung voll befahrbar war. Jetzt wird der Hauptkanal über das Anwesen Niegemann hinaus weitergebaut.

In der unteren Hauptstraße zwischen dem Anwesen Grombach und ehemals Wiesental ist ein provisorischer Parkplatz angelegt worden, da im Bereich der unteren Frankfurter Straße seither starke Parkraumnot herrschte. Jetzt werden sich die Verhältnisse entspannen, zumal der Parkplatz direkt an der Passage neben der Commerzbank liegt und der Parkplatz von der Frankfurter Straße leicht erreicht werden kann.

Für den weiteren Ausbau der Straße Nach dem Busch bis zum Durchbruch zur Hauptstraße, sind die Bohrarbeiten abgeschlossen. Wenn das Bodengutachten vorliegt, wird die Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden, wie die neue Straßenverbindung zwischen der Parkstraße und der Straße Nach dem Busch endgültig ausgebaut werden soll.

Stellungnahme des Magistrats zu der Diskussion um die verlängerte Liederbachstraße (BbPl. Nr. 88). Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 88 "Mühlstraße/Liederbachstraße" ist die Diskussion um die innerstädtische Straßenführung und den möglichen Ausbau der Liederbachstraße sowie ihre Verlängerung über den Klosterberg erneut aufgekommen. Dabei ist der Diskussionsstand der gleiche wie 1973, als um den Flächennutzungsplan der Stadt Kelkheim ging.

Damals war die ins Auge gefasste Straßentrasse im Zuge der Gesamtverkehrsplanung ebenfalls offen gelegt worden. Nach dem Gesamtkonzept der Stadt, den Verkehr jeweils auf dem kürzesten Wege zu den überörtlichen Straßen am östlichen Rande von Kelkheim zu leiten, sind inzwischen der Gagernring, teilweise die Straße Nach dem Busch und in Münster die L 3016 von der ehemaligen Pfeifferschen Mühle zur Frankfurter Straße ausgebaut worden.

Wenn nun Anlieger geltend machen, die drei bereits ausgebauten Querverbindungen durch das Stadtgebiet von Kelkheim reichten aus, so daß auf den Ausbau der Liederbachstraße verzichtet werden könne, dann muten sie nach dem so genannten "Sankt-Florians-Prinzip" anderen Straßenzügen Belastungen zu, die sie selbst von sich wegschieben wollen. Der Verzicht auf den Ausbau der Liederbachstraße würde nicht nur die drei genannten Verbindungen zusätzlich beanspruchen, sondern darüber hinaus durch längere Anfahrten auch die Frankfurter Straße und die Altkönigstraße. Das Argument, bei den so belasteten Straßen könnten Lärmschutzfenster eingebaut werden, gilt natürlich auch für die Liederbachstraße.

Im Übrigen erscheinen bei den Bedenken zum Bb.Pl. Nr. 88, der nur einen kleinen Teil der Straßendurchfahrt erfasst, die Probleme aus dem Zusammenhang gerissen. Die Verlegung der L 3016 von Fischbach bis zum Gagernring war Gegenstand eines Planfeststellungsverfahrens, das vom RP durchgeführt wurde. Der obere Teil der Straße am Klosterberg ist Gegenstand eines Bebauungsplanverfahrens. Beim Bb.Pl. 88 geht es um ein Zwischenstück.

Wer die Verlängerung der Liederbachstraße nicht will, müsste im Grunde genommen sagen, daß er die Verlegung der L 3016 von Fischbach bis zum Gagernring akzeptiert und den Verkehr über den Gagernring und andere Wohngebiete oder über die Stadtmitte und den Bahnübergang (K.-Mitte) oder auch über den Schleichweg Altkönigstraße fließen lassen möchte.

Aus all diesen Gründen erscheinen Abweichungen vom Verkehrskonzept der Stadt Kelkheim nur dann sinnvoll, wenn sie im Gesamtplan eingegliedert sind. Dieser Mühe unterziehen sich Anlieger bestimmter Straßen in der Regel nicht, weil sie dann außer der eigenen Entlastung auch die Belastung anderer Straßen darstellen müssten. Die abschließende Beratung über die Anregungen und Bedenken zum BbPl. 88 "Mühlstraße/Liederbachstraße" wird nach der Sommerpause stattfinden.

6.7.1979: In der Stadtverordnetensitzung am 6.7. sprach Vorsteher Claßen zunächst der Stv. Frau Edelgard Günther die herzlichen Glückwünsche des Hauses zum 60. Geburtstag aus (Frau Günther hat sich neben ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit auch sehr im sozialen Bereich engagiert - die Aktion "Bürger helfen Bürger" ging auf ihre Initiative zurück). Anschließend gratulierte er im Namen des Hauses den Stv. Dr. Fischer zur Auszeichnung des Textilverbandes, wo die Forschungen Dr. Fischers auf dem Gebiete des Umweltschutzes gewürdigt wurden.

Dann teilte er mit, daß der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Fischbach und jetzige Stv. Reinhold Wallmeyer aus beruflichen Gründen sein Stadtverordnetenmandat zurückgegeben hat. Herr Wallmeyer ist wieder in seinem Beruf als Rechtsanwalt und Notar zurückgekehrt.

Für den Magistrat teilte der Bürgermeister u.a. mit, daß die Verhandlungen bezüglich der Errichtung einer 3. Altenwohnanlage in Kelkheim positiv verlaufen sind, und er hoffe, daß im kommenden Jahr mit dem Bau begonnen werden kann.

Anschließend stimmten die Stadtverordneten einem Nachtrag zur Müllsatzung und eines 1. Nachtrages zur Gebührenordnung für die Müllabfuhr mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion gegen die Stimmen der SPD zu.

Differenzen zeigten sich während der Aussprache über die Größe der Müllbehälter, die CDU wollte einheitlich für jeden Haushalt die 120 Liter Tonne, die SPD wollte die bisher üblichen 50 Liter Behälter beibehalten.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt Kelkheim und der Hessen-Nassauischen-Gas AG für einen Anschluss der neuen Stadtteile an die Gasversorgung sind positiv abgeschlossen worden. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig dem Vertragsentwurf mit dem Gasunternehmen zu. Der Anordnung eines Bauandumlegungsverfahrens für das Gebiet "Mühlstraße" wurde mit 25. gegen 14 Stimmen und für das Gebiet "Friedhof Eppenhain" einstimmig zugestimmt.

Der Offenlegung von Bb.Pl.-Entwürfen wurde wie folgt zugestimmt: Nr. 108 "Breslauer Straße", 8. Abänderung, 25 gegen 14 Stimmen, Nr. 110 "Unter den Kiefern", 25 gegen 13 Stimmen, Nr. 111 "Roteberg-/ Ofterdingstraße", einstimmig, Nr. 11 "Unterm Atzelberg" (Abänderung) BbPl. 8 a), einstimmig, Nr. 39 "Im Schulzehnten" (2. Abänderung), bei der Behandlung dieses TOP bahnte sich eine kleine Sensation an, denn die Vorlage des Magistrats wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch weitgehend von der Mehrheitsfraktion zu Fall gebracht. Konkret ging es darum: die Brühning- und Behringstraße sind nur drei Meter breit, und der Magistrat wollte die Fahrbahn auf sechs Meter verbreitern lassen, damit sich hier auch Autos begegnen können und Versorgungsfahrzeuge ungehindert durchfahren können.

Dagegen liefen die Anwohner der Straßen Sturm, und bewiesen damit auch, daß eine mit guten Argumenten arbeitende Bürgergruppe durchaus Erfolg haben kann, wenn man mit den Politikern das Gespräch sucht. Die Anwohner der Straßen waren sogar in die Sitzungen des Planungs- und Bauausschusses gegangen, um ihre Argumente vorzutragen. Im Magistrat wollte man deshalb zu einem Kompromiss kommen und bot die Verbreiterung der Straßen um nur einen auf vier Meter an, so daß dann nicht so viel Gelände von den Vorgärten hätte genommen werden müssen. Auch das kam bei den Bewohnern der Straßen nicht an, sie verlangten vielmehr ein Durchfahrtsverbot für Kraftfahrzeuge mit dem Zusatz "Anlieger frei".

Für die Offenlegung des Bb.Pl. "Im Schulzehnten" bahnten sich innerhalb der CDU erhebliche Meinungsunterschiede an, eben wegen der Straßenbreite, nicht wegen einiger anderen Punkte, die in diesem Zusammenhang zur Sprache kamen. Auch die FDP mochte in diesem Fall nicht am Strang des Magistrats ziehen und verweigerte wegen der Straßenverbreiterung ebenfalls die Zusage. Auch das Eingreifen des Bürgermeisters, der den Plan des Magistrats verteidigte, konnte die Stadtverordneten nicht umstimmen. Lediglich neun Stadtverordnete der CDU stimmten dann für die Verbreiterung der Straßen. Mit 27 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmten die Stadtverordneten, daß die beiden Straßen in ihrer bisherigen Breite zu belassen sind. Bedauerlich war nur, daß nach der Abstimmung dieses Punktes die meisten der betroffenen Anlieger den Sitzungssaal verließen.

Den Anregungen und Bedenken zum BbPl.-Entwurf Nr. 109 "Im Loch/Unterm Reis" wurde teils stattgegeben und teils als unbegründet abgewiesen. Anschließend wurde der BbPl.-Entwurf mit 25 gegen 13 Stimmen als Satzung beschlossen.

Interfraktionell war eine erneute Resolution der Stadtverordnetenversammlung zur Trassenverlegung der neuen B 8 vereinbart worden. Da jedoch die beiden Hauptsprecher, Bgm. Dr. Stephan für den Magistrat und der Stv. Remmeke für die SPD, offensichtlich über verschiedene Informationen und Schubladenpläne zum Weiterbau der neuen B 8 verfügten, wurde der Resolutionsantrag zur weiteren Bearbeitung und Informationsbeschaffung mit 21 gegen 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen in den Planungs- und Bauausschuss verwiesen. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

7. und 8.7.1979: An diesem Wochenende fanden auch zwei Stadtteilstefte, einmal, das schon zur Tradition gewordene Dallesfest in Münster und zweitens, das zum ersten Mal begangene Atzelbergfest auf dem 512 Meter hohen Hausberg der Eppenhainer, statt.

Die Bürgervereinigung Alt Münster hat in der Ausrichtung ihres Festes am Alten Rathaus mit Bier, Wein, Tanz und Unterhaltung schon Routine erlangt. Auftakt des Festes war am Samstag um 14.00 Uhr die Abholung des Schirmherren unter klingendem Spiel des Spielmanns- und Fanfarenzuges der TSG mit anschließendem Platzkonzert, Vorfürungen der Karate-Abteilung der TSG und einem Kinderfest in der Kirchgasse. Ab 20.00 Uhr spielte die Kapelle Dieter Mohr zum Tanz im Festzelt auf.

Der Sonntag begann mit dem traditionellen Frühschoppen auf dem Rathausplatz, bei dem man wichtige und unwichtige Kelkheimer antreffen konnte, und am Abend spielte wieder die Kapelle Mohr zum Tanz im Festzelt. Die Einnahmen aus dem Dallesfest sollen wie immer für die Restaurierung des Alten Rathauses Verwendung finden.

Das Atzelbergfest am Sonntag, ausgerichtet vom Vereinsring Eppenhain, wurde zum ersten Mal durchgeführt. Zur Eröffnung dankte Bgm. Dr. Stephan dem "heimlichen Stadthalter von Eppenhain", Stadtrat Othmar Nicolaus für die Einladung und verkündete den Anwesenden, daß wohl schon im nächsten Jahr der neue Luisenturm gebaut werden kann. Im Rund unter den Buchen des Atzelberges, manchmal auch unter dem Regenschirm und dem Dach der Grillhütte hatten sich fast alle Ortsansässigen, aber auch viele Kelkheimer, die am Abend zuvor auch beim Dallesfest waren, dies konnte man einigen ansehen, zu Bier, Wein und Grillwurst versammelt. Da das Wetter einigermaßen mitspielte, wurde das erste Atzelbergfest zu einem großen Erfolg, auch für den Vereinsringvorsitzenden Andreas Backes, der das

umfangreiche Programm ansagte, das mit Darbietungen des MGV "Sängerlust" unter Alfred Divisch eröffnet wurde.

13.7.1979: Das Wandern im Rahmen des Stadtfestes wurde erstmals in diesem Jahr nicht durch einen Wanderverein organisiert, sondern durch die Abteilung Turnen und Wandern der TuS Hornau. Angeboten wurden zwei Strecken über 5 und 15 Kilometer Länge. Beteiligt hatten sich leider nur 34 Wanderer, im Vorjahr waren es noch 87 gewesen.

SPD-Gedanken zum Weiterbau der B 8. Die Pläne zum Weiterbau seien durchaus fertig gewesen, die vom Hess. Straßenbauamt aus den Schubladen gekramt worden sein, und es habe sich auch nicht um "Rohmaterial" gehandelt (Anspielung auf die Debatte in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Resolution B 8), sondern um zwei Alternativpläne (Über- und Unterführung), die bis ins Detail ausgearbeitet waren und sogar Angaben über die Kubikmetermenge des Aushubs, Querschnitte und ähnliches enthalten hätten. Soweit Bernd Wellershaus und Horst Remmeke in einer Pressekonferenz zum Thema B 8, in der sie von ihrem Besuch im Hess. Straßenbauamt in Wiesbaden bei Baudirektor Naumann berichteten und damit auf die Resolution der letzten Stadtverordnetenversammlung eingingen, die an den Bauausschuss überwiesen worden war.

Ihr Argument: Unsere Informationen zur B 8 sind anders, als die des Bürgermeisters, und wir meinen auch, daß keine Zeit zu verschenken sei, denn der Planfeststellungsbeschluss sei bereits im Herbst 1979 zu erwarten. Und wenn er erst beim Minister Karry auf den Schreibtisch liegt, sei nichts mehr zu ändern. Alles in allem fußt die SPD-Fraktion auf ihren Anträgen und Resolutionsentwürfen zum Thema B 8 aus der Vergangenheit. Die wichtigsten Punkte: Der Damm muss weg! Auch ein Stummel, den die Planer in Wiesbaden noch gern sehen möchten, Ersatz durch eine Brücke, und schließlich eine Schwenkung der Trasse nach Süden, so daß die Straße später nach der Überquerung der Schienen westlich der Eisenbahn entlanggeführt werden kann. Der Vorteil: Das Braubachtal könnte in seiner jetzigen Form als Attraktion innerhalb des Naherholungsgebietes erhalten bleiben, es brauche keine Mauer am Braubachweiher zu geben, und auch die Lärmbelästigung sei – entsprechend Schallschutzanlagen vorausgesetzt - nicht so groß.

Der Nachteil: Es ginge allgemein etwas mehr Wald verloren als bei der "nördlichen" Lösung, was aber dadurch ausgeglichen werde, daß sofort Neuanpflanzungen vorgenommen werden könnten, daß überdies der in Frage kommende Bestand an Wald und Gehölz mit seinen Fichten und der Mischbepflanzung nicht so wertvoll sei. Hinzu komme als weiterer Vorteil die Bündelung mit der Bahn zu einer Verkehrsstraße. Nicht mit der CDU stimmt man jedoch in der Frage der Fahrbahnen überein, denn man meint innerhalb der SPD, daß man die Breite auf zwei Spuren verringern, und höchstens auf starken Gefällstrecken eine wechselseitig benutzbare Überholspur einrichten sollte.

Innerhalb der SPD ist man von der Notwendigkeit des Weiterbaues der B 8 in unserem Bereich überzeugt, aus verschiedenen Gründen. Die Parlamentarier fordern aber eine so landschaftsschonende Straße und Trasse wie möglich, wobei auch noch das Gutachten über die ökologischen Folgen aus dem Haus des RP abgewartet werden sollte.

Im Hess. Straßenbauamt sieht man die Frage der Fahrbahnen anders. Ein zweispuriger Ausbau, so meint man, sei nicht ausreichend, könne den Verkehr nicht verkraften. Schon jetzt würde die Straße an Wochentagen im Schnitt von stündlich 770 Autos befahren. Die Hochrechnung bis zum Jahre 1990, bei einer Zunahme der Zulassungen um 16 Prozent bei gleich bleibender Bevölkerungszahl, sähe dann 1.160 Fahrzeuge in der Stunde vor. Hinzu kämen die Staus am Wochenende, wenn Frankfurts Einwohner in den Taunus strebten.

Die "französische Lösung" mit Überholstrecken verwerfe man in diesem Amt, sie sei zu unfallträchtig, wie sich bei einigen Strecken in der Umgebung gezeigt habe, die jetzt auch nachträglich vierbahnig ausgebaut würden. Immer wieder brächen Kraftfahrer ("das ist Nervensache") an gewissen gefährlichen Punkten aus, um zu überholen und verursachten so schwere Unfälle.

Die SPD, um jetzt wieder auf das Liederbachtal zurückzukommen, will auch nicht einen Teildamm hinnehmen, sondern verlangt eine ganze Brücke, was technisch absolut möglich und auch in finanziellen Grenzen zu bewerkstelligen sei. Abgewartet werde noch eine Stellungnahme aus dem Wetteramt in Offenbach, um zu erfahren, ob ein "Dammstummel" den Luftaustausch, d.h. den Zustrom frischer Luft aus dem Taunus behindert.

Die SPD ist sich mit der CDU darüber einig, daß die Bundesstraße gebaut werden muss, vor allem auch zur Entlastung anderer Kelkheimer Stadtteile und ihrer Autofahrer, denen freie Strecken ermöglicht werden sollen und wegen der Entlastung Kelkheims vom Durchgangsverkehr. Nur, in Einzelfragen muss noch im Ausschuss verhandelt werden, um auf einen, wie es Bernd Wellershaus formulierte, "Minimal-Konsens" zu kommen.

Im "Forum", dem Informationsblatt seiner Partei schrieb er aber auch: "Persönlich eingesetzt haben sich erst die jungen Leute, um aufmerksam zu machen auf diesen Skandal von Landschaftszerstörung, im Sinne des Landschaftsschutzes. Welche Groteske, daß gerade sie mit der Errichtung von Hütten und

Transparenten einen Verstoß gegen den Landschaftsschutz begangen haben sollen, welche Perversion des Ordnungsrechts!

Die Hütten stehen zudem auf dem Damm, der den Landschaftsschaden darstellt, den sie und wir beseitigt sehen wollen. Das bedeutet: Ende der Aktion und Fortfall des "Corpus delicti" im Erfolgsfall, der sich zumindest verwandt mit dem ehrlichen Gewissen der Landesregierung weiß: und dieses verzichten nicht gleich auf die ganze Straße - wie wir gesehen haben, sondern rückt den Weg, den auch wir schon eingeschlagen hatten: Das Beste daraus zu machen!"

Bleibt noch zu erwähnen, daß den jungen Leuten, die die Hütten auf dem Damm bauten, jetzt die ersten saftigen Geldbußbescheide ins Haus flatterten. Eingeleitet seien über 50 Ermittlungsverfahren, berichtet Albrecht Kündiger in einer Pressemitteilung. Gegen die "kuriosen Bußgeldbescheide" wolle man alle möglichen Rechtsmittel einlegen.

Gesammelt habe man inzwischen, vor allem von Spaziergängern, 3.500 Unterschriften. Man habe weitere Lehmhäuser gebaut, die zu den drei Holzhütten hinzugekommen seien, eine Werkstatt sei eingerichtet worden, wo Fahrräder repariert und Tischlerarbeiten gemacht würden und wo später auch Näh- und Töpferkurse stattfinden sollen. Im Übrigen seien für die "Angstmachartikel" in den Bußgeldbescheiden entscheidende Politiker verantwortlich, wie der Landrat und der Hess. Innenminister, die sich nicht der Problematik der Landschaftszerstörung im Taunus stellten, sondern versuchten, Umweltschützer und protestierende Anwohner mundtot zu machen.

6. bis 17.8.1979: Die Ferienspiele der Stadt Kelkheim waren in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg. Am letzten Tag der ersten Woche wurden die Betreuer und Mitarbeiter der Stadtverwaltung von einigen Kindern, die nur für die erste Woche angemeldet waren, um Verlängerung gebeten. Da jedoch die Plätze für die zweite Woche auch ausverkauft waren, konnten diese Wünsche nicht erfüllt werden. Für die Ferienspiele des nächsten Jahres soll deshalb überlegt werden, ob nicht zunächst Karten für die Gesamtdauer der Spiele angeboten werden und erst nach Ablauf einer gewissen Zeit auch noch Karten für wochenweise Teilnahme.

Durch die Teilnehmerkarten und durch die Bildung von Gruppen schon bei der Anmeldung war es in diesem Jahr möglich, ohne großen Zeitverlust täglich die Aktivitäten zu beginnen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Kinder, die wegen Platzmangels nicht in der gewünschten Gruppe unterkamen, ziemlich schnell in der zugewiesenen Gruppe heimisch wurden. Bewährt hat sich auch der Einsatz städtischer Mitarbeiter zur Unterstützung der Ferienspiele bei logistischen Einsätzen.

Den ersten Tag verbrachten die Kinder im Schwimmbad, und am zweiten Tag stand das Bauen von Holzhütten, Malen, Töpfeln und Theaterspielen auf dem Programm. Der Mittwoch führte die Ferienkinder bei einem Ausflug zur Lochmühle bei Wehrheim. Alle Kinder konnten Reiten oder in der Kutsche fahren. Am Donnerstag stand der Sport als wichtigster Programmpunkt fest. 46 von 80 sportinteressierten Kindern schafften unter der Aufsicht von Übungsleitern der TSG Münster das Jugendsportabzeichen. Die anderen Kinder wurden vom Tennisverein Ruppertshain bei einer spannenden Schnitzeljagd betreut. Der Freitag stand im Zeichen von Vorführungen der Freiwilligen Feuerwehren, des DRK und der Modellflieger. Nach Abschluss des Luftballon-Wettfliegens musste das weitere Programm wegen schlechten Wetters abgebrochen werden und durch einen Spielfilm in der Aula der Eichendorffschule ersetzt werden.

Auch die zweite Woche der Ferienspiele bot ein abwechslungsreiches Programm. Der Montag war vormittags mit einer Wanderung durch den Stadtwald von Sportplatz Jahnstraße über die Gundelhardt zum Bürgerhaus Fischbach ausgefüllt, wo auch das Mittagessen eingenommen wurde. Am Nachmittag unterhielten die Spaßmacher "Hans und Harry" die Kinder bis zum Abend. Der Dienstag war der Tag der Spiele, der wegen des schönen Wetters am Nachmittag ins Schwimmbad verlegt wurde.

Der Mittwoch stand ganz im Zeichen einer Rheinfahrt mit Besuch des Märchenwaldes Niederheimbach, der aber leider wegen des Dauerregens ausfallen musste. Dafür besichtigten die Kinder die Burg in Eltville. Am Donnerstag konnten die Kinder drei Firmen bei ihrer Arbeit besichtigen und am Nachmittag stand ein Fahrrad-Geschicklichkeits-Turnier auf dem Programm. Der Freitag als letzter Ferienspieltag brachte noch einmal einen Höhepunkt für die Kinder, mit dem Besuch bei der Waldjugend.

Wie gut die diesjährigen Ferienspiele bei den Kindern und Ihren Eltern ankamen, bewiesen die Siegerehrungen und die Schlussveranstaltung mit Stadtrat Rudi Alscher. Am Abschließenden Fackelzug, an dessen Spitze eine bayerische Blaskapelle marschierte, haben neben den 350 Kindern auch rund 150 Eltern und Geschwister teilgenommen.

19.8.1979: Die **Ordensschwester Esdras Bronner** konnte heute auf eine 30-jährige Tätigkeit als Krankenschwester der kath. Kirchengemeinde Ruppertshain zurückblicken. Sie hat in den drei zurückliegenden Jahrzehnten alle Kranken ohne Unterschied selbstlos betreut. Schwester Esdras, am 3.2.1901 in Mahlstetten als Clara Bronner geboren, gehört dem Orden der Franziskaner an, der sein Mutterhaus in Erlenbach bei Achern/Baden hat. Am 20.8.1949 begann sie ihre Tätigkeit in Ruppertshain und Eppenhain. Im **Februar 1975** erhielt sie als erste Einwohnerin von Ruppertshain für ihren selbstlosen Einsatz für ihre Kranken das **Bundesverdienstkreuz**.

22.8.1979: In den Schmiehwiesen bahnt sich offensichtlich ein weiterer Umweltskandal an, und wie es aussieht, ist das Wasserwirtschaftsamt in Wiesbaden der Schuldige. Arbeiter sind augenblicklich damit beschäftigt, innerhalb der Flurbereinigung östlich der Stadt nach Niederhofheim hin den Schmiehbach in den Schmiehwiesen in ein gepflastertes Bachbett zu verlegen. Von einem Bagger wurde die Verbindung von Friedhof und Sodener Pfad zur B 8 und zum Dicknet hin aufgerissen, und die dort lagernden Betonrohre lassen nichts Gutes ahnen.

Bisher hat man in den Schmiehwiesen mit Hilfe des Baggers ein völlig neues Bachbett ausgehoben, und dieses westlich des alten gemütlich sich durch das Tal schlängelnden Bachlaufes verlegt, fein akkurat, wie mit dem Lineal gezogen. Und vor allem: Die Bachsole ist mit Pflastersteinen ausgelegt, etwa denen gleichend, die inzwischen große Teile des Liederbaches in Kelkheim verunstalten. Und damit ja auch kein Wasser mehr in den alten, gewundenen Bachlauf fließen kann, wurde flugs ein kleines Staudämmchen aus Beton gebaut, das bewirkt, daß die Wasser des Schmiehbaches nun schön gerade gen Süden fließen, flott und munter, damit ja kein Tropfen mehr im Boden versickert, die Wiesen dort unten austrocknen.

Nur die Wiesen? Verdorren dürften dann auch die Schwarzerlen, die hier stehen. Dann die Weiden und das andere Gesträuch, das bisher dieses Tal erst zum hübschen Tälchen machte. Ganz in der Nähe noch Namen wie "In der Arg", "Busch", "Auf der Arek", "Anthaupter", "Im Feldchen" und "In den Erlen". Was wiederum für die Tiere bedeutet, die Vögel, das Niederwild, die hier eine Heimat haben, ist gar nicht auszudenken. Sie werden sich sicherlich in Zukunft mitten auf die Pflastersteine des Baches setzen und den Spaziergänger zurufen: "Hier sind wir", anstatt sich in den seit Jahrhunderten gewachsenen Gestrüpp zu verbergen und wohl zu fühlen.

Überhaupt Gestrüpp und Wiesen. Immer wieder wird in den letzten Jahren von Umweltschützern und Fachleuten der Wasserhaushalt beschworen, vor allem in den Ballungsgebieten. Er sei wichtig für das Leben, wird immer wieder betont. Hier jedoch kann kein Wasser mehr im Boden versickern, sondern fließt ab. Die Folge wahrscheinlich eines Tages: der Untergrund wird austrocknen. Sicher, wir kennen die Problematik, daß die Landwirtschaft in diesem Gebiet für den Getreideanbau keine feuchten Wiesen gebrauchen kann.

Und wir haben auch gehört, daß vor allem ein Landwirt in Liederbach an eine Änderung des Wasserhaushaltes in diesem Gebiet interessiert ist. Das mag seine Berechtigung haben. Aber es ist für uns nicht einzusehen, daß die gleichen Arbeiten nördlich des oben erwähnten Weges weitergehen. Auch wenn die Stadt mit den zuständigen Landesbehörden ausgehandelt hat, daß oberhalb des Weges nicht so breit ausgehoben werden soll wie vorgesehen, daß die Teiche etwa in der oberen Schmieh erhalten bleiben sollen. Wir meinen: Dieser Teil des Schmiehbaches sollte auf jeden Fall in seiner Natürlichkeit belassen werden. Auch wenn das Gelände teilweise noch landwirtschaftlich genutzt wird. Es wird aber mehr und mehr wichtig als Naherholungsgebiet und als regulierender Faktor im Wasserhaushalt. Und Wasser, das wissen wir alle, wird inzwischen auch bei und knapp.

Wir wissen auch, daß sich die Stadtverordneten und der Magistrat mit dem Problem beschäftigt haben und teilweise resignieren mußten, weil hier Landesbehörden vorgeschaltet wurden, gegen die zunächst nichts auszurichten war. Schaut man sich jedoch heute das Ergebnis der landesbehördlichen Arbeit unterhalb des Verbindungsweges zwischen Friedhof und Hasensprung an, kann einem himmelangst werden! Denn die Frage stellt sich: geht es nördlich genauso weiter?

Wenn sich für andere Dinge Bürgerinitiativen bilden können, die in vielen Fällen regulierend auf unnötige Beamtenarbeit einwirken, dann könnte sich doch hier vielleicht auch so etwas bilden. Wir wissen von genügend Kelkheimer Mandatsträgern, daß sie ein Herz für die Natur haben. Das zu zeigen, dafür ist es zumindest für den nördlichen Teil des Schmiehbaches noch nicht zu spät. Aber die Zeit wird knapp, sehr knapp.

Der Bagger der ausführenden Firma wartet schon, um sich weiter nach oben in den Boden zu fressen. Lächerlich wirkt geradezu eines der Argumente der Landesbehörde aus Wiesbaden. Mit solchen Regulierungen würden Katastrophen verhindert. Welche Katastrophen, um Gotteswillen? Häuser die weggeschwemmt werden, Felder, die überspült werden? Jahrtausende lang hat es alles nichts davon gegeben. Nur unberührte Natur, die auch mal ein kleines Herbst- oder Frühlingshochwasser vertragen konnte, oder einen Gewitterguss. Dies ist ein Artikel aus der Kelkheimer Zeitung (gelbes Blättchen).

24. bis 27.8.1979: Die Trennung der kulturellen Veranstaltungen vom Stadtfest in das Frühjahr hat sich zum ersten Mal bestens bewährt. So fand jetzt am letzten Wochenende im August der zweite Teil des bisherigen Stadtfestes mit seinem geselligen Teil statt. Rund 1.000 Kelkheimer Seniorinnen und Senioren, die älter als 65 Jahre alt waren, waren Gäste der Stadt beim Seniorennachmittag im Festzelt auf dem Stückes. Was für die älteren Mitbürger geboten wurde, war sehenswert. Der Conferencier, Ernst Rominger, sorgte mit Humor und Witzen stets für gute Stimmung. Gleich dreimal traten die Mädchen des AKK-Balletts auf. Die Leiterin der Truppe, Ilse Witt, hatte mit ihnen drei neue Tänze einstudiert, die an diesem Nachmittag Premiere hatten. Verblüffend dann die Zauberschau mit Mr. Black und Ursula. Inge Larsen als bekannte Sängerin aus Funk und Fernsehen brachte Stimmung in die Reihen, ehe Charles Fath gekonnt Instrumente und Stimmen imitierte. Kitty Mc-Laine zeigte in ihrer Westernshow mit Lasso und Peitsche,

was Amerikas Cowboys alles beherrschen. Balance und Trapezkünste führten "Jul und Jule" vor. Zum Finale kamen die Fidelios mit ihrer Gesangs- und Musikshow. Ein Nachmittag, der bei den Besuchern gut ankam.

Der Rockabend um 20.00 Uhr im Festzelt fand wie im Vorjahr starken Anklang bei den Kelkheimer Jugendlichen. Die Stadt hatte ihre Versprechungen gegenüber den Anliegern gehalten und dafür gesorgt, daß das Rockkonzert schon gegen 23.30 Uhr beendet war und in der Lautstärke vergleichsweise erträglich blieb.

Die sechs Freiwilligen Feuerwehren der Stadt und das DRK trafen sich am Freitagabend zu einer Großübung auf dem Gelände der Fa. Rothenberger im Gewerbegebiet. Hunderte von Zuschauern waren gekommen, um sich von der Leistungsfähigkeit der Wehren zu überzeugen.

Der Flohmarkt der Ökumene Kelkheim am Samstagvormittag übertraf alle Erwartungen, nicht nur was die Publikumswirkung, sondern auch was den Umsatz angeht. Rund 1.500 Besucher sorgten für eine Gesamteinnahme von mehr als 15.000 Mark. Der Erlös wird von der Ökumene sozialen Zwecken zugeführt. Die Kirchengemeinden haben wieder einmal bewiesen, wie sie eine Großveranstaltung zu organisieren verstehen. Großer Beliebtheit erfreute sich das riesige Kuchenbüfett und die anderen Angebote an Ess- und Trinkbarem vielfältiger Art. Bei der großen Tombola gab es als Hauptgewinn einen Rundflug über Hessen mit einem Motorsegler.

Das Hornauer Schubkarrenrennen am frühen Samstagnachmittag, zum sechsten Male ausgetragen, sah 20 Mannschaften am Start und über 1.000 Zuschauer an der 400 Meter langen Strecke. Jedes Team bestand aus zwei Personen, von denen eine die Schubkarre schob, die andere aber darin sitzen musste. Ein Wechsel war zulässig, er wurde meistens auf halber Strecke vorgenommen, wo einer aus der Mannschaft ein Glas Äpfelwoi austrinken musste.

Nach sieben Vorläufen und drei Zwischenläufen hatten sich für das Finalrennen die Mannschaften Preis/Schmitt, Worzischek/Sattler und Thalheimer/Böhm qualifiziert. Überzeugend gewannen schließlich die Sieger des Vorjahres Thalheimer/Böhm. Begrüßenswert war die Beteiligung der "Kerbeborsch" aus Fischbach mit 20 Burschen und fünf Kerbemädchen, die beim Rennen und beim anschließenden Gickelschmiß unter der Schirmherrschaft von Bgm. Dr. Stephan auf dem Festgelände mitwirkten. Am späten Samstagnachmittag gab es noch ein Fußballspiel zwischen einer Prominentenmannschaft und der BSG Stadtverwaltung Kelkheim.

Der "Bunte Abend" im Festzelt, sah wieder ein reichhaltiges Programm, daß beim Publikum viel Anklang fand. Der Conférencier und Parodist, Olaf King, sowie die Schlagersängerin Antonia waren zweifellos die Besten des Abends. Organisator Toni Schmitt hatte mit musikalischen Bonbons, Akrobatik, Humor, Ballett und Gesang wieder ein kontrastreiches Programm auf die Beine gestellt, das für jeden etwas bot und bei den rund 800 Zuschauern im Festzelt gut ankam.

Furios schon der Auftakt mit der "Jakson-Five-Band". Das "Royal Ballett" kam im Laufe des Abends als "Blaue Jungs", mit einem russischen Tanz und mit einer Paso Doble gleich dreimal auf die Bühne. Der Drahtseilakt der zwei Jacquelines und die Akrobatikshow der "The Jackies", jeweils zwei biegsame junge Damen, veranlassten die Zuschauer zu spontanem Beifall. Antonia, die junge Nachwuchssängerin, animierte dann all ihre Bewunderer zum Mitsingen und holte sich sogar einen Tanzpartner aus dem Publikum auf die Bühne.

Dazwischen immer wieder die spritzigen und humorvollen Einlagen des Ansagers Olaf King. Joco, der Musikclown, zeigte seine Vielseitigkeit auf Musikinstrumenten. Das Schlagerduo Ann und Andy brachten viele bekannte Melodien, bei denen zeitweise der ganze Saal mitsang. Das Medium Terzett - bekannt vom Funk und Fernsehen brachte zum Finale schließlich Evergreens aus seinem seit Jahren bewährten Programm, bei dem natürlich die Moritat "Ein Loch ist im Eimer - Karl Otto" nicht fehlen durfte.

Der Sonntag des Stadtfestes sah am Vormittag bis in den Nachmittag hinein in der Stadthalle wieder Philatelisten aus allen Teilen der Bundesrepublik beim Großtauschtag.

Das Unterhaltungskonzert im Festzelt mit dem Ochsenfurter Blasorchester bildete den Auftakt zu den Zeltveranstaltungen des Sonntags bis gegen 17.00 Uhr, als der Abend der Vereine begann. Die Besucher zollten viel Beifall für die Selbstdarstellung der Kelkheimer Vereine in einem zweistündigen Programm mit sportlichen und kulturellen Darbietungen. Im Anschluss daran war ausgiebig Gelegenheit zum Tanz mit dem Orchester German Hofmann.

Der Montag, der den Abschluss des Stadtfestes bildet, begann traditionsgemäß mit dem Frühschoppen, der für die meisten der 1.400 Besucher weit in den Nachmittag hineinreichte. Der Magistrat hatte nicht nur für ein Vormittagsprogramm, sondern auch für Unterhaltung am Nachmittag gesorgt. Die Stimmung war nicht zu überbieten. Am gelingen des Montags war wieder wie in den Jahren davor die Bundeswehr aus Mainz-Hechtsheim beteiligt. Dank der freundschaftlichen Beziehungen zu der Instandsetzungs- und Fernmeldekompanie wurde wieder eine interessante Waffen- und Geräteschau zusammen mit einer amerikanischen Einheit auf die Beine gestellt, bei dem die Amerikaner, was eigentlich nicht alltäglich ist, ihren neuesten tonnenschweren Panzer vom Typ M 60 mit nach Kelkheim brachten.

Der Erbseneintopf aus der Gulaschkanone, in 1.200 Portionen kostenlos verteilt, wurde in der Mittagszeit von den Anwesenden sehr gelobt. Ein Fußball-Freundschaftsspiel zwischen einer Bundeswehrauswahl

und der BSG Stadtverwaltung sorgte für sportliche Abwechslung am Nachmittag, bevor der Deutsche Meister im Bogenschießen sein Können im Festzelt zeigte. Der Manöverball um 19.00 Uhr im Festzelt war in diesem Jahr eine internationale Angelegenheit. Die Kelkheimer Mädchen hatten die Auswahl unter rund 150 deutschen und amerikanischen Soldaten. Im Zuge der Gleichberechtigung in der amerikanischen Armee waren auch zwei Soldatinnen der amerikanischen Streitkräfte anwesend.

Zur Auflockerung des Manöverballs trugen die Europameister im Zweier-Kunstradfahren ebenso bei, wie der Bogenschütze, der abends noch einmal sein Können demonstrierte. Das Feuerwerk, das gegen 21.30 Uhr auf dem Sportplatz der SG im Stückes als Ausklang des Stadtfestes abgefeuert wurde, war wie alljährlich von den Schaustellern und den Zeltwirten finanziert.

Alles in allem hat sich gezeigt, daß das Stadtfest 1979 in dieser Form - getrennt von dem kulturellen Teil - großen Anklang bei der Bevölkerung gefunden hat. Die Entscheidung, alljährlich ein solches Fest zu feiern fiel 1974 bei der 1.100-Jahr-Feier, nachdem die früher traditionell als Volksfeste gefeierten Kirchweihen in manchen Stadtteilen immer mehr an Bedeutung verloren hatten. Im kommenden Jahr 1980 gilt es die 1.200-Jahr-Feier Kelkheimer Stadtteile der neuen Stadt Kelkheim in großem Rahmen zu feiern. Alle Stadtteile werden bei diesem Fest mit einbezogen. Eine vielfältige Palette von Veranstaltungen wird vorbereitet. Den Höhepunkt wird wieder, ähnlich wie 1974, ein historischer Festzug bilden. Das Stadtfest wird in Zukunft immer am letzten Wochenende im August gefeiert werden.

Das Ehepaar Sofie und Johann Herrmann aus der Hornauer Straße 225 feiert dieser Tage das Fest der Goldenen Hochzeit.

Mit der Frage des Lärmschutzes innerhalb des Bb.Pl. Nr. 111 "Rotebergstraße", der bis zum 21.9. im Rathaus ausliegt, befasste sich die BIK. In einer Presseerklärung teilte sie mit, daß dieser Bb.Pl. auf dem Gagernring quer durch das Liederbachtal Schallschutzwände bis zu fünf Metern Höhe ausweise. Diese Wände, so die BIK weiter, sollten eben dem Stadtlärm entflohenen Bürger schützen. Und wörtlich: "Es müssen große, grüne Lärmschutzwände her, um den Slogan vom Hessentag - Kelkheim, das grüne Herz im Taunus - gerecht zu werden." Logische Konsequenz, so die BIK weiter, sei es gewesen, die Baufläche etwas zurückzunehmen. Der Schall, wie jeder Schüler weiß, nehme mit zunehmender Entfernung ab. Dabei drängt sich auch die Frage auf, weshalb denn der Damm der neuen B 8 aus Gründen der Luftbewegung und des Landschaftsbildes wegen abgetragen werden soll, wenn gleichzeitig 500 Meter weiter südlich im Liederbachtal eine neue, hässliche Barriere entstehe. Ob man hinter diesen Schallschutzwänden wohl die arg strapazierte Tallandschaft (betonierter Liederbach, Umspannwerk etc.) verbergen wolle?

Seinen 90. Geburtstag feiert dieser Tage bei bester Gesundheit und ausgezeichnete geistiger Frische Willi Hankel in Kelkheim. Der hoch betagte Jubilar ist seit 60 Jahren Mitglied der SPD und war von 1946 bis 1952 im Kelkheimer Stadtparlament, wovon er vier Jahre lang die SPD-Fraktion leitete. 1910 war Willi Hankel als Malergeselle nach Kelkheim gekommen; geboren ist er in der Nähe von Gotha/Thüringen. 1915 heiratete er in der Möbelstadt. Sein Sohn aus dieser Ehe ist seit dem 2. Weltkrieg vermisst. Vor vier Jahren starb Willi Hankels Frau. Seine Schwägerin macht ihm jetzt den Haushalt, denn fürs Altersheim fühlt sich das Geburtstagskind noch zu jung.

Für seine Verdienste in der heimatgeschichtlichen Forschung ist **Pfarrer a.D. Otto Raven** (über dessen Arbeiten am Ende dieses Bandes berichtet wird), der heute, nach seiner Pensionierung in Kelkheim lebt, mit dem **Bundesverdienstkreuz am Bande** ausgezeichnet worden. Otto Raven ist weder gebürtiger Kelkheimer, noch hat er sein Leben in Kelkheim gewohnt. Seine Wirkungsstätte war jedoch "gleich nebenan", in Neuenhain, wo er 1923 die evangelische Pfarrstelle übernahm, die schon sein Vater innehatte. Immerhin gehörten aber zu dieser Gemeinde bis 1930 noch die evangelischen Gemeindeglieder von Kelkheim und Hornau.

Besonders bekannt wurde der Pfarrer als Historiker, der nach erheblichem Quellenstudium die Geschichte Neuenhains und der umliegenden Orte ergründet und erhellt hat. Höhepunkt dieser Arbeiten, seine Vorträge und Forschungen war die Herausgabe des Buches "Neuenhain im Taunus - Geschichte eines Dorfes". Dieses 500 Seiten starke Buch, das über die Entwicklung des Dorfes vom frühen Mittelalter bis in die Neuzeit berichtet, fand bei den überregionalen Zeitungen ein sehr starkes Echo.

Die Dammbesetzer im Liederbachtal konnten jetzt "einen kleinen Sieg" gegen die Strafbescheide der Behörden für sich verbuchen. Nach der zweiten Anzeigenwelle erfolgte nun die Einstellung der ersten Verfahren. Mit Datum vom 28.8.1979 verfügte das Landgericht Frankfurt die Einstellung der Verfahren gegen 10 Aktivisten auf dem Damm. Als Gründe wurden genannt, daß die Schuld der Täter, es wurde u.a. wegen Diebstahls ermittelt, gering gewesen sei, und daß sie nicht aus eigennützigen Erwägungen gehandelt hätten. Der verursachte Schaden sei gering, und es werde deshalb von einer Verfolgung abgesehen.

Auch davon ist die Rede, daß es sich teilweise um Heranwachsende handelt. Jedoch ließ das Gericht keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man sich jenseits der Legalität befand: "Bei der Einstellung wurde davon ausgegangen, daß es sich um einen einmaligen Fall handelt. Im Wiederholungsfall können die Beschuldigten nicht mit weiterer Nachsicht rechnen."

Dazu berichtet Albrecht Kündiger, der von der ersten Stunde, vom 5. Mai an, mit beim Bau der Hütten auf dem Damm beteiligt war, daß noch weitere 60 Verfahren in Gang und hohe Bußgeldbescheide angelaufen seien. Wörtlich schreibt Kündiger weiter: "Dabei hatten die B 8-Gegner zum Bau der ersten großen Rundhütte, und das wurde auch immer wieder betont, ausschließlich Holz benutzt, was bereits für die neue Autobahn gefällt worden war. Zum Bau weiterer Hütten, besonders für die Errichtung des Schlafhauses "Hilton am Damm", wurde auch bereits geschlagenes Holz benutzt, das einer großen Papierfabrik gehörte. Auf Vermittlung des Kelkheimer Försters bezahlten die Dammbesetzer jedoch der Papierfabrik den vollen Wert für das verwendete Holz. Schon aus diesen Gründen waren die Holz-"diebstahl"-Anzeigen absurd und überflüssig.

Die großen Polizeiaktionen, damals noch von der Polizeistation Kelkheim ausgehend - es wurde mehrmals nur wegen der Holzdiebstähle auf dem Damm ermittelt - waren also, wie jetzt selbst von der Staatsanwaltschaft indirekt bestätigt, völlig unnötig. Sie dienten wohl auch weniger der "Aufklärung" der sowieso nicht verheimlichten und klar offen gelegten Holzbenutzung, sondern waren wohl vielmehr als Einschüchterung der B 8-Gegner gedacht.

Es ist erfreulich, daß mit der Staatsanwaltschaft wenigstens eine Behörde festgestellt hat, daß die Dammbesetzer nicht aus "eigennütigen" Interessen handeln. Schon zu Beginn der Dammbesetzung und dem Errichten des "Naturdorfes" haben die Umweltschützer immer wieder deutlich betont, daß es ihnen ausschließlich um den Protest gegen die geplante vierspurige Schnellstraße durch den Taunus geht." Albrecht Kündiger verlangte anschließend die Rücknahme und Einstellung der noch laufenden Verfahren. Polizei und Landratsamt sollten begreifen, daß mit permanenten Strafanzeigen und Polizeiaktionen die B 8-Gegner nicht einzuschüchtern seien. Man würde die "erfolgreiche Dammbesetzung" fortführen, die Politiker sollten sich lieber mit den Argumenten der Dammbesetzer auseinandersetzen.

14.9.1979: Gegen die Ausweisung des Gebietes "Im Schlemmer" östlich der Königsteiner Straße in Münster als Gewerbefläche haben sich Pfarrgemeinde- und Verwaltungsrat von St. Dionysius Münster in einem Schreiben an den Magistrat gewandt. Kopien des Briefes gingen außerdem an die drei Fraktionen im Stadtparlament, an den UVF und die RPU. Aktueller Anlass für den schriftlichen Protest ist die derzeitige Offenlegung des neu erarbeiteten regionalen Raumordnungsplanes in Frankfurt, gegen den noch bis 22.9. Einsprüche erhoben werden können. Pfarrgemeinde- und Verwaltungsrat haben dies mit ihrem Schreiben zugleich getan.

Die Unterzeichner des Briefes - die Herren Albers, Dr. Müller, Schupmehl und Pfarrer H. Stinner - sind der Auffassung, daß die im neuen Plan vorgesehenen Gewerbeflächen von etwa 31 ha im "Schlemmer" "städtebaulich und ökologisch nicht zu vertreten sind und der Struktur des Stadtteiles Münster nachhaltigen Schaden zufügen würden". Das gleiche gelte für die ebenfalls geplante Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes in Münster um rund 26 Hektar.

Im Flächennutzungsplan aus dem Jahre 1973 seien im Gebiet "Schlemmer" nur etwa 8,5 ha Wohnbaufläche ausgewiesen. "Diese für die maßvolle weitere Siedlungsentwicklung Münsters vorgesehene Fläche wollen sie zugunsten übergesetzter Gewerbeansiedlung nahezu vollkommen aufgeben", heißt es wörtlich. Auch ein ca. 50 Meter entlang der Königsteiner Straße verlaufender vorgesehener Mischgebietsstreifen könne hierüber "nicht hinwegtäuschen". Man sehe sich, so heißt es weiter, "in unserer ersten Sorge um die Wohnqualität dieses Stadtteils dadurch unterstützt, daß die für die Regionalplanung zuständigen Behörden bereits vor Jahren die überwiegende Freihaltung der fraglichen Flächen nicht nur vorgeschlagen, sondern auch durch entsprechende verbindliche Pläne gesichert haben". Völlig im regionalen Grünzug des Raumordnungsplanes von 1974 liege die Fläche des südlich bestehenden Gewerbegebietes "Weiße Erde", ebenso weit über die Hälfte des Gebietes "Schlemmer", das nun gewerbliche Fläche werden soll. Regionale Grünzüge aber seien Bereiche, die nicht besiedelt werden sollen. Da sie zudem vorwiegend klimatischen Funktionen dienen, sei es "unverständlich", daß nun dennoch die Bebauung dieses Gebietes vorgesehen sei. Auch sei man der Auffassung, daß - nachdem in den letzten drei Jahrzehnten die Bauentwicklung in Kelkheim und speziell Münster sehr rasant war - "die Besiedlungsmöglichkeiten weitgehend erschöpft sind und eine weitere Ausdehnung nur zu Lasten des Gemeinwesens gehen kann". Man bitte deshalb darum, diese Vorhaben noch einmal zu überdenken.

18.9.1979: Auch die BIK ist gegen die Schaffung neuer Gewerbegebiete in Münster. Die BIK-Sprecher Karin und Manfred Guder bezeichnen nun den neuen Plan zur Schaffung zusätzlicher Gewerbeflächen in Münster als "ein neues Beispiel für die maßlose Siedlungspolitik im bereits überbelasteten Ballungsraum". Die BIK lehnte grundsätzlich alle in solcher Größe ausgewiesenen Gewerbegebiete für Gemeinden mit Mittelpunktfunktion ab, da durch solche Maßnahmen die Probleme in den Ballungsräumen nicht gelöst würden. Zur Begründung nennt sie:

- "Mehr Industrie im Stadtteil Münster hat für die Zukunft neue Ausweisung von Wohnbauflächen zur Folge. Damit stehen für die Eigenentwicklung des Stadtteils keine Flächen mehr zur Verfügung (Schaffung künstlichen Siedlungsdrucks durch Umwidmung einer Wohnbaufläche in Gewerbegebiet).
- Da der Verwaltungsspitze in Kelkheim die wachsenden Probleme des Ballungsraumes, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrswege, Müllentsorgung - um nur einige zu nennen - bekannt sein müssten, finden wir es unverantwortlich, nach dem Prinzip: Wachstum um jeden Preis fortzufahren.
- Unserer Auffassung nach wäre es notwendiger, Gewerbegebiete in strukturschwachen Regionen anzusiedeln, anstatt diese systematisch zu entvölkern. Viele der dort Ansässigen nehmen täglich weite Strecken zum Arbeitsplatz in Kauf. Wer die Fahrzeiten nicht auf sich nehmen will, dem bleibt nicht anderes übrig, als in die Ballungsräume überzusiedeln. Diese Umsiedlungen werden von den Politikern mit dem Wort "Siedlungsdruck" umschrieben.
- Das neu ausgewiesene Gewerbegebiet, ca. 23 ha, liegt laut gültiger Flächenschutzkarte Hessen von 1973 auf landwirtschaftlich hochwertigem Boden und auf einer Fläche, die für Klima-, Biotop- und Artenschutz von jeglicher Bebauung freizuhalten ist.
- Da laut gültigem Flächennutzungsplan ein Teil dieser Fläche (ca. 8 Hektar) im "Schlemmer" als Wohnbaufläche ausgewiesen und genehmigt wurde, ist die eigentliche Aufgabe dieser Fläche bereits zunichte gemacht. Wir halten es für unverantwortlich, nun noch weitere Flächen auszuweisen und machen die Bürger deshalb darauf aufmerksam, daß Anregungen und Bedenken in schriftlicher Form bis zum 22.9.79 bei der RPU und dem UVF eingereicht werden können.

15.9.1979: Während eines Hochamtes wurde Pater Anton Hoffmann als neuer Seelsorger der Hornauer St. Martinsgemeinde in sein Amt eingeführt. Bezirksdekan Manstein aus Niedernhausen nahm die Einführung vor und überreichte dem Geistlichen seine vom Limburger Bischof ausgefertigte Bestallungsurkunde. Dem Gottesdienst schloss sich im Gemeindezentrum ein Empfang an, bei dem die Gemeinde Gelegenheit hatte, ihren neuen Pfarrer kennen zu lernen.

Pater Anton Hoffmann, gleichfalls ein Franziskaner, löst damit Pater Volkwin ab, der nach Mannheim versetzt wurde, um dort eine größere Gemeinde zu übernehmen.

15.9.1979: Dem ehemaligen Vorsitzenden der "Kelkheimer Tennisfreunde 77", Bodo Raschke, der extra aus Köln angereist war, ist ein großer Traum in Erfüllung gegangen, denn seiner zähen und stillen Arbeit, seinem Verhandlungsgeschick und seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß die Kelkheimer Tennisfreunde mit einer neuen Anlage im Wiesental oberhalb der Eichendorffschule endlich eine Heimstadt gefunden haben.

Die Anlage und Plätze wurden heute im Beisein von Gästen aus dem Magistrat und den Parteien sowie einem Showkampf mit der Spitzenspielerin Eva Pfaff ihrer Bestimmung übergeben. Bei der anschließenden Einweihungsfeier im Clubhaus des Tennis- und Eissportvereins, deren Anlage bis heute den Tennisfreunden Heimstatt war, übergab Bodo Raschke dem jetzigen Vorsitzenden Hans Dieter Voss einen von ihm gestifteten Jugendpokal und ein Fässchen "Kölsch", welches mit großen Durst ausgetrunken wurde.

21.9.1979: In der Stadtverordnetensitzung am 21.9. teilte der Bürgermeister u.a. mit, daß die Vorarbeiten für den Ausbau des Kinderspielplatzes in den Sindlinger Wiesen mit den Geländeaufschüttungen begonnen haben. Es ist vorgesehen, in einer zweiten Ausbauphase 1980 zusätzlich noch einen Bolzplatz einzurichten.

Magistrat und Fachausschüsse haben sich mit der Umwidmung der alten B 455 in der Ortsdurchfahrt Fischbach befasst. Die Abstufung der Straße in eine Stadtstraße soll zum Zeitpunkt der Fertigstellung der neuen B 455 erfolgen.

Vorsteher Claßen begrüßte den für den ausgeschiedenen Stv. Wallmeyer nachrückenden Stv. Dieter Philipp und führte ihn in sein Amt ein. Dabei wies er darauf hin, daß der Stv. Philipp bereits in der Gemeindevertretung von Fischbach vier Jahre und als kommissarischer Stv. 1977 drei Monate tätig war. Herr Wallmeyer hatte auch sein Amt als Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichtsbezirks Kelkheim II (Fischbach) niedergelegt. Aus diesem Grund musste die Stadtverordnetenversammlung einen neuen Vorsteher wählen. Als Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Kelkheim II wurde Herr Georg Schmitt, Eppsteiner Straße 61, bisher Hilfsschöffe und als weiteres Mitglied der Verwaltungsangestellte Erich Wichmann, Grabengasse 3, gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Das Rechnungsprüfungsamt des MTK hatte die Jahresrechnungen der Stadt Kelkheim für die Jahre 1975 bis 1977 geprüft. Da keine Beanstandungen festgestellt wurden, wurde dem Magistrat einstimmig Entlastung für den o.a. Zeitraum erteilt.

Der Erhebung von Erschließungskostenbeiträgen für Fahrbahnausbau, Bürgersteigausbau, Straßenentwässerung und -beleuchtung für das Baugebiet "Am Hohenstein/Buckeläcker" wurde einstimmig zugestimmt.

Wegen geänderten rechtlichen Bestimmungen musste eine Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungskostenbeiträgen beschlossen werden, dem Entwurf wurde einstimmig zugestimmt.

Der Aufstellung folgender BbPl-Entwürfe wurde einstimmig zugestimmt:

1. Gebiet "Kelkheimer Straße/Buckeläcker" (2. Änderung),
2. Gebiet "Stückes/Hornauer Straße".

Außerdem wurde der Umgemarkung einiger Grundstücke der Stadt Eppstein in die Stadt Kelkheim einstimmig zugestimmt.

Längere Diskussionen an diesem Abend löste ein Antrag der SPD-Fraktion auf Abänderung der Trassenführung der neuen B 8 im Bereich des Braubachtales aus. Die SPD verlangte, daß die Stadtverordnetenversammlung folgende Resolution beschließen möge:

"Die bereits am 24.6.1977 in der Resolution vom 16.3.1979 geäußerten erheblichen Bedenken zu einer Trassenführung der B 8 östlich der Bahnlinie Kelkheim- Hornau- Schneidhain- Königstein entlang dem Braubachtal, wurde durch das ökologische Gutachten des Hess. Straßenbauamtes und durch Gespräche mit Umweltschützern und anderen Bürgern verstärkt. Dies veranlasst die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kelkheim erneut die Verlegung der Trasse entsprechend der vorliegenden Alternativplanung im Bereich des Braubachweihers westlich der Bahnlinie als Überführung zu fordern. Gleichzeitig soll die vierspurig vorgesehene Straßenbreite mit dem Ziel der Reduzierung auf 2 bzw. 3 Spuren überdacht werden. Die Forderung der Abtragung der vorhandenen Dammschüttung, die bereits in der Resolution vom 16.3.1979 erhoben wurde, wird hiermit nachmals bekräftigt."

Stv. Bernd Wellershaus begründete den Antrag seiner Fraktion und meinte, daß die Bundesstraße - an ihrer Notwendigkeit zweifelt niemand in der Stadtverordnetenversammlung - nun schon seit 10 Jahren in der Planung sei, so daß es auf weitere drei bis vier Jahre wegen eines erneuten Planfeststellungsverfahrens auch nicht ankomme. Mit einer 22 Meter hohen Brücke, statt der jetzt geplanten 11 Meter, könne aber das Braubachtal vor der Zerstörung gerettet werden. Die Unversehrtheit der Talau sei zu gewährleisten. "Ich appelliere an Ihre Vernunft, dieses Kleinod vor den Toren der Stadt Kelkheim zu schützen", schloss Wellershaus, um sich dann vom Stv. Erhard Roser (CDU) entgegenhalten zu lassen, daß man wohl geteilter Meinung darüber sein könnte, ob eine östliche oder westliche Trasse mehr zerstöre.

"Die CDU-Fraktion lässt keine Zweifel daran, daß sie an einem vierspurigen Ausbau festhält. Ein neues Planfeststellungsverfahren würde eine Verzögerung von drei bis fünf Jahren heraufbeschwören, und außerdem rechnen wir damit, daß dann der Widerstand gegen Straßen, gleich welcher Form, noch verstärkt wird. Und zwar von einer kleinen Gruppe, nicht von den Bürgern dieser Stadt." Immerhin sei die B 8 ein wesentlicher Bestandteil des Kelkheimer Generalverkehrsplanes. Und dieser Plan sei darauf aufgebaut, so viel Verkehr wie möglich aus der Stadt herauszubringen. Roser wies weiter darauf hin, daß auch zum Braubachweiher hin ja die Stützmauer mit den Trögen für eine Bepflanzung vorgesehen sei und verglich damit auch die Spessartautobahn als Eingriff in die Natur, als diese Autobahn gebaut wurde, mit allen Wunden die sie schlug und heute, da sich durch Landschaftspflege manches habe wieder aufholen lassen. "In zehn bis fünfzehn Jahren ist es eine Bundesstraße in der Landschaft, ohne daß man Wunden sieht."

Hans Krütfeldt von der FDP: "Ich frage mich, ob die vier Fahrspuren notwendig sind. Aber es geht nicht, daß Kelkheim die Leiden des überörtlichen Verkehrs ertragen muss." Er verweist auf die Hochspannungsleitung, die dem Tal sowieso schon viel von seinem Reiz nehme, einen Teil der Idylle zerstört habe. "Mehrkosten würden wir gern in Kauf nehmen, wenn damit etwas gewonnen würde."

Bernd Wellershaus an Erhard Roser gewandt: "Aus Ihnen spricht der ausgesprochene Autofahrer. Tun Sie was für den Naturschutz in Kelkheim!" Claus Jürgen Lehmg (SPD): "Wir sind nicht gegen die B 8, wir räumen dem Landschaftsschutz nur eine größere Priorität ein."

Die CDU: "Warten ist kein Argument, das man den Bürgern zumuten kann. Fragen Sie doch mal die Bürger!" Und Roser weiter: "Wir ändern unsere Meinung nicht, auch wenn Sie uns zwei Stunden darum bitten. Wir sind gleich gute Naturschützer wie Sie! Wir benutzen alle ein Auto, benutzen Straßen, deshalb vier Spuren für einen sicheren Verkehr."

Horst Ackermann (SPD): "Die Straße bringt in jedem Fall Entlastung, auch wenn sie enger gebaut wird. Dazu braucht man eben 5 Minuten mehr nach Frankfurt, das ist doch nicht schlimm." Stv. Lenzmann vor der Abstimmung: "Mir behagts nicht, daß wir die Bürger schlechter vertreten sollen als andere. Wir meinen aber im Interesse der Bürger zu handeln, die sonst noch Jahre hindurch durch den Verkehr belästigt werden." Wie erwartet stimmten die CDU- und FDP-Fraktion mit 26 gegen 13 Stimmen gegen den Antrag der SPD-Fraktion.

23.9.1979: Einweihungsfeier für das erweiterte Pfarrzentrum St. Franziskus in der Feldbergstraße. Nach einem Festamt in der Klosterkirche hatte sich in den neuen Räumen des Pfarrzentrums jeder eingefunden,

der Rang und Namen in der Stadt hat, um diejenigen zu gratulieren, die in den letzten Jahren in unermüdlicher Arbeit ein Zentrum geschaffen haben, das man in Kelkheim zur Zeit anderswo nicht finden kann. Dieses Pfarrzentrum dürfte in Zukunft seinen Namen "Zentrum" im Stadtgebiet als Mittelpunkt alle Ehre machen.

Und wenn Pfarrgemeinderatsvorsitzender Josef Becker, Stadtrat Kurt Born (Vorsitzender des Bauausschusses), der Vorsitzende der Kolpingfamilie, Anton Seebold und schließlich auch noch Pater Wolfgang hinterher bei einem Gläschen zusammensaßen, dann könnten sie mit ihren vielen Helfern für sich in Anspruch genommen haben, daß sich ihr Einsatz, ihre Arbeit und die Opfer der Gemeinde gelohnt haben. Der Dank an die Helfer klang denn auch in allen Reden durch, die dem Preiskegeln, der Jugend-Disco, dem "Tag der offenen Tür" bei Kaffee und Kuchen sowie dem Abend der Vereine vorausgingen. Den Reigen der Redner eröffnete Josef Becker, der vor allem die Entwürfe der Architekten Wittekind und Koblitz hervorhob, dann aber auch die gute Zusammenarbeit mit dem Bistum Limburg wie auch der Stadt Kelkheim lobte, so daß die Anlage des Zentrums heute harmonisch in den Mühlgrund mit seinen schönen Anlagen einfüge. Josef Becker erinnerte daran, wie viel Stunden die freiwilligen Helfer in dem Bau zubrachten, wie sehr die gelernten Schreiner und jetzigen Ruheständler die Kegelbahn zu einem Kleinod Kelkheimer Handwerkskunst machten, wie die Kolpingfamilie, die Stadt Kelkheim, das bischöfliche Ordinariat in Limburg und die vielen Förderer mit Zuschüssen und Geld halfen. Josef Becker: "Jetzt liegt es an uns, das Pfarrzentrum mit Leben zu erfüllen."

Architekt Wittekind gedachte bei seiner Rede vor allem der Frauen, die den Handwerkern immer wieder "hinterher putzen" mussten, und er hob vor allem hervor, daß diese Frauen aus den Mitgliedern der Kolpingfamilie kamen. Sein Dank galt weiter der Stadt Kelkheim, die durch Geld und Taten mitgeholfen habe, daß es nun am Mühlgrund keine trennenden Zäune mehr gebe.

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Claßen griff das Wort auf, als er betonte, daß alle, die sich selbstlos einsetzten, auch ein Recht darauf hätten, von der größeren Familie unterstützt zu werden. Umso schöner sei es, daß die finanzielle Unterstützung des Baues durch die Stadt einstimmig von allen Parteien beschlossen worden sei, und das dieses Haus damit ein Mittelpunkt und eine Verbindung zur Ökumene, zu den Vereinen und überhaupt zu allen Menschen jenseits der Konfessionen dieser Stadt werde.

Besonders beachtet wurde von den Besuchern, zu ihnen zählten auch die evangelischen Pfarrer, die sich lange Zeit aufhielten und neidlos die Arbeit und die Opfer der Gemeinde anerkannten, das reliefartige Werk im Foyer des Gebäudes. Norbert Klarmann und Josef Wittekind hatten die Wandskulptur "Sonnengesang des heiligen St. Franziskus" gestaltet. Das einhellige Urteil lautete, daß das Werk keine verkrampte, gewollt intellektuelle Arbeit sei, sondern eine fast zeitlose Ausdeutung und Gestaltung der Persönlichkeit des Heiligen, die damit in allen Teilen - auch in ihrer Schlichtheit und Aussagekraft, der Gemeinde und dem Bau gerecht wird.

Bürgermeister Dr. Winfried Stephan, zugleich Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag, lehnt zur Zeit mehr Posten ab, um Bürgermeister in Kelkheim zu bleiben, als andere Politiker je angeboten werden. Der CDU-Spitzenmann in Hessen, der als Verwaltungsjurist einen hervorragenden Ruf genießt, verzichtete auf den Posten des Umlandverbandsdirektors, wenn dieser jetzt hauptamtlich wird. Seit 1977 nahm er diese Position ehrenamtlich wahr. Nachdem er bereits vor einiger Zeit darauf verzichtete, Oberbürgermeister in Heidelberg zu werden, schlug er nun auch einen Antrag seiner Parteifreunde aus, für den Posten des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden zu kandidieren. Sämtliche ihm angebotenen Posten waren höher dotiert als sein Amt als Bürgermeister der Stadt Kelkheim.

29.9.1979: Vom 29.9. bis 7.10. fand die diesjährige Möbelausstellung statt. Insgesamt standen, wie auch im Vorjahr, die Stadthalle und fünf große Hallen mit einem weitläufigen Freigelände auf dem Festplatz im Stückes zur Verfügung. Die Eröffnung der Ausstellung im Plenarsaal des Rathauses nahm der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Heinz Herbert Karry, vor. Das Kelkheimer Möbelhandwerk präsentierte in diesem Jahr wieder eine Palette von Möbeln der aktuellen und der zeitlosen Stilrichtungen. Die Gesamtschau der Aussteller wurde abgerundet durch eine Vielzahl von Ausstellern aus den Bereichen des Bedarfs für Garten, Freizeit und Wohnen.

1.10.1979: Das Textil-Haus Heinrich Katzenbach in der Frankfurter Straße kann heute sein 130-jähriges Geschäftsjubiläum feiern. Das Sortiment des Geschäftes reicht von selbstgeküpften Teppichen über Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Miederwaren, Wolle, Handarbeitsartikel bis zu einer reichhaltigen Auswahl von Kurzwaren.

6. bis 14.10.1979: Mit einer Festwoche feierte die Musikschule Kelkheim ihr 10-jähriges Bestehen. Bei der Konzertveranstaltung im Plenarsaal waren neben prominenten Politikern auch eine Abordnung aus der Partnerstadt Saint-Fons.

Kelkheimer Geschäftsleute, namentlich die Firmen Optiker Ufer, Kelkheimer Ledermoden, Reisebüro Kelkheim, Mode Martel, Eve's Cosmetik-Boutique und Lorenzo Schuhe veranstalteten im Bürgerhaus Fisch

einen "Bunten Abend" mit namhaften Künstlern aus Funk und Fernsehen zugunsten der "Aktion Sorgenkind". Sogar das ZDF filmte die Veranstaltung. Für die "Sorgenkinder" kam durch Spenden und eine große Tombola der ansehnliche Betrag von 9.109,60 DM zusammen, da die Initiatoren des Abends und auch die Künstler kostenlos ihren Job taten.

Über die Dammbesetzer und ihr Hüttendorf im Liederbachtal wird in der Öffentlichkeit weiterhin kontrovers diskutiert. Hartmut Fischer aus Steinbach im Taunus machte jetzt einen interessanten Vorschlag: Er schlug vor, der "Aktion gewaltloser Widerstand gegen den Ausbau der B 8"- so bezeichnen sich die meist jugendlichen Umweltschützer - 1980 den "Theodor-Heuss-Preis" zuzusprechen. Zur Begründung nannte Fischer der Stiftung, die den Preis vergibt, folgendes:

Bei den Mitgliedern dieser Aktion handelt es sich um eine lose Verbindung junger Leute, die sich im Rhein-Main-Gebiet gegen die Zerstörung von Landschaft durch Straßenbau wenden. Dabei bringen sie persönliche Opfer vor allem an Zeit und Arbeitskraft und nehmen es auf sich, von den Behörden verfolgt zu werden.

Ihre Aktion gegen die Zerstörung unserer Umwelt dient dem Interesse der Allgemeinheit, bringt den Teilnehmern an der Aktion keine Vorteile, aber viele Nachteile. Um den vierspürigen Ausbau dieses Straßenstücks zu verhindern und um allgemein auf die ökologischen Probleme des Straßenbaus aufmerksam zu machen, hat die Gruppe im Mai dieses Jahres auf dem bereits aufgeschütteten Damm der neuen Trasse Blockhütten als Zeichen des Protestes errichtet. Mit Informationsmaterial wie Karten, einem Modell der geplanten Trasse, Plakaten usw. informieren die Mitglieder der "Aktion gewaltloser Widerstand gegen den Ausbau der B 8".

Bis jetzt haben sich die Mitglieder der Aktion gegen den Ausbau der B 8 erfolgreich gewehrt und ihre Bemühungen zur Rettung von Landschaft zum Wohle der Allgemeinheit fortgesetzt. Der Druck der Behörden auf sie ist groß. Unterstützungen durch andere Gruppierungen unserer Gesellschaft (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald z.B.) kam spät und zaghaft. Durch die anhaltende Aktion gegen die B 8 wird der Ausbau dieser Straße in der Öffentlichkeit diskutiert und Politiker wie Straßenbauer müssen sich mit den vorgebrachten Argumenten auseinandersetzen.

Für den Preis infrage kommen Personen, Gruppen und Institutionen, "die sich durch vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage oder beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl ausgezeichnet haben." Besonders ist die Stiftung Theodor-Heuss-Preis an Vorschlägen aus dem Bereich der Jugend- und Schülerinitiativen interessiert.

9.10.1979: Heute hielt die Stadtverordnetenversammlung im Plenarsaal des Rathauses eine Informationssitzung ab. Einziger TOP des Abends war der Ankauf des Rettershofes durch die Stadt Kelkheim. Bgm. Dr. Stephan informierte die Mandatsträger über den derzeitigen Sachstand und wies zunächst darauf hin, daß die Eigentümerin des Rettershofes, Frau Felicitas Bienzle, bereits seit 1978 einen Verkauf des Rettershofes beabsichtige. So sei das gesamte Objekt in mehreren Fachzeitschriften angeboten worden. Außerdem habe sich die Firma Hoechst AG mit einem Ankauf des Objektes befasst. Da ein Ankauf durch die Hoechst AG nicht infrage kam, wurde auch an Aufteilung des Grundbesitzes gedacht. Hier kam u.a. die Gesellschaft für Krishna Bewusstsein e.V. für den Erwerb des Schlosses infrage.

Die Stadt Kelkheim hat sich Ende 1978 in die Verkaufsgespräche eingeschaltet, um eine Aufteilung des Grundbesitzes zu verhindern. Außerdem sollte erreicht werden, daß der Rettershof weiterhin, zumindest in dem seitherigen Umfang, für die Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Die Familie Bienzle war grundsätzlich bereit, den gesamten Grundbesitz an die Stadt Kelkheim zu veräußern. Die Kaufpreisvorstellungen lagen zunächst ohne Inventar bei ca. 9 Mio. Mark.

Bezüglich der Verwertung des gesamten Grundbesitzes wurde in Erwägung gezogen, den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieb zukünftig als Landschaftspflegehof umzugestalten. Gleichzeitig können die Freizeitaktivitäten für den Reitsport und auch im Hinblick auf die Bereitstellung der vorhandenen Wasserflächen gefördert werden. Das vorhandene Café muss mittelfristig total renoviert oder abgerissen und neu errichtet werden. Für das vorhandene schloss ist die Möglichkeit gegeben, das Gebäude im Rahmen eines gastronomischen Betriebes privatwirtschaftlich in Verbindung mit den Freizeiteinrichtungen zu nutzen. Der Ertragswert des Rettershofes ist im Hinblick auf die Bewirtschaftungsergebnisse des Cafe's und der Landwirtschaft zurzeit sehr ungünstig.

Der Verkehrswert ist schon im Hinblick auf die Grundstücksfläche und den daraus resultierenden Quadratmeterpreis interessant. Die Verwaltung ist der Auffassung, daß der Gesamtgrundbesitz von der Stadt Kelkheim übernommen werden sollte, bevor er ganz oder auch in Teilen an privat abgegeben wird. Hierbei wurde daran gedacht, daß bereits zum früheren Zeitpunkt entsprechende Anwesen (z.B. Gagernhof) durch einen privaten Verkauf nicht der Allgemeinheit erhalten bleiben konnte. Mit der Familie Bienzle wurde bezüglich der Gestaltung der Kaufpreisforderung folgende Möglichkeiten ausgehandelt:

1. Der Gesamtkaufpreis einschließlich der Gebäude und des Inventars wird auf 8,6 Mio. DM festgesetzt. Die Zahlung hat bei Vertragsabschluss zu erfolgen.

2. Der Gesamtkaufpreis einschließlich Gebäude und Inventar wird auf 9,1 Mio. DM festgesetzt. Hiervon sind 5,9 Mio. DM am 15.12.1979 zur Zahlung fällig, wenn eine Auflassungsvormerkung für die Stadt Kelkheim eingetragen ist und die Pfandfreigabe für die belasteten Grundstücke vorliegt. Der Restkaufpreis von 3,7 Mio. DM ist zum 1.7.1982 ohne Verzinsung zur Zahlung fällig.

Der Erste Stadtrat Klug teilte der Versammlung mit, daß von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen wird, den Kaufpreis gemäß dem Vorschlag 2 festzusetzen, da die Stadt Kelkheim erst in zweieinhalb Jahren mit der Zahlung des Restkaufpreises von 3,2 Mio. DM belastet wird und in diesem Fall Zinsen eingespart werden können. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß neben der Zahlung der 1. Kaufpreisrate noch Grunderwerbssteuer in Höhe von 520.000 DM, Notariats- und Gerichtsgebühren in Höhe von ca. 65.000 DM und Vermessungskosten in Höhe von ca. 20.000 DM sofort finanziert werden müssen.

Darüber hinaus soll für den Rettershof eine Betriebs-GmbH gegründet werden, die mit einem Kapital von ca. 500.000 DM ausgestattet werden muss. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Stadt Kelkheim an die Betriebs-GmbH das vorhandene Inventar zu einem Betrag von 200.000 DM veräußert, so daß die Stadt Kelkheim letztlich mit rund 1 Mio. DM im Rechnungsjahr 1980 zusätzlich belastet wird.

Die Finanzierung des Kaufpreises von 5,9 Mio. DM soll mit dem Überschuss von 3 Mio. DM aus dem Rechnungsjahr 1978 und der Kreditaufnahme von 2,9 Mio. DM erfolgen. Die Verschuldung der Stadt Kelkheim liegt dann bei 48 Mio. DM. Erster Stadtrat Klug geht davon aus, daß die Finanzierung des Restkaufpreises von 3,2 Mio. DM zum 1.7.1982 teilweise noch aus Überschüssen der Vorjahre erfolgen kann.

Anschließend wurde festgelegt, daß der Ankauf des Rettershofes in der Stadtverordnetenversammlung am 19.10.79 beraten werden soll. Hierbei sollen jedoch keine Einzelheiten bezüglich der Konditionen erörtert werden. Danach wurde weiter diskutiert und Fragen vom Bürgermeister beantwortet.

12.10.1979: Die Gesamtschule Eichendorffschule hatte in diesem Jahr für ihr Schulfest mit den "Eichendorfftagen" einen kulturellen Schwerpunkt gesetzt. Vom 12. bis 20.10. öffnete sich die Gesamtschule allen Eltern, Freunden und ehemaligen, um gemeinsam mit Lehrern und Schülern den Mann, dessen Namen die Schule trägt, genauer kennen zu lernen. In einer Reihe von Veranstaltungen hatte u.a. der geschäftsführende Vorsitzende der Eichendorff-Gesellschaft in Würzburg, Dr. Franz Heiduk, ein exakter Kenner des romantischen Dichters, einen Lichtbildervortrag über Heimat und Lebensraum Eichendorffs gehalten.

Prof. Dr. Josef Kunz als Textinterpret und die Sopranistin Irmgard Holdt führten an einem weiteren Abend in die Lyrik Eichendorffs ein, und schließlich spielte die Theatergruppe, die zuletzt mit der Aufführung des "Kleinen Prinzen" hervorgetreten war, ein weithin unbekanntes Bühnenwerk Eichendorffs - "Die Freier" - aus dem Jahre 1833. Begleitend zu den Abendveranstaltungen war in dem Raum hinter der Aula eine Ausstellung aufgebaut, die Leben und Werk des schlesischen Dichters nachzeichnete, und die als Information und Anregung gleichzeitig verstanden werden sollte.

Noch in der Zeit der selbständigen Gemeinde Rossert wurde der alte Ruppertshainer Friedhof, der nicht mehr belegt wurde, endgültig geräumt. Weiter war dann nichts geschehen, bis die Stadt im Haushalt 78 zum Ausbau einer kleinen Grünanlage auf dem ehemaligen Friedhofsgelände 25.000 DM bereitstellte. Die Maßnahme wurde noch Ende 1978 begonnen. Inzwischen sind weitere Arbeiten ausgeführt worden, so daß die Grünanlage weitgehend fertig gestellt ist.

Großer Wert wurde dabei auf die Erhaltung der Bäume gelegt. Das Friedhofskreuz bleibt der besondere Blickpunkt. Die Abgrenzungshecke konnte teilweise erhalten werden. Das Gras der Grünflächen wurde neu eingesät, Sträucher und Bäume neu gepflanzt. Wegen der Hanglage des Geländes mussten abgestufte Ebenen mit teilweise Treppenstufen und Schwelle angebracht werden. Durch die Aufstellung einiger Bänke ist der Ort zu einer ansprechenden Grünanlage fernab vom Verkehr geworden.

13.10.1979: Die Chorvereinigung 1864 e.V. Fischbach feierte ihr 115-jähriges Bestehen. Nicht nur die Kelkheimer Gesangvereine kamen zum Gratulieren, auch der MGV Schneidhain gehörte zu den Gästen. Grund genug für die Chorvereinigung, die Fischbacher in den Bürgersaal zu bitten, um mit ihnen einen Abend mit Liedern, Ehrungen und Tanz zu verbringen. So eröffnete der Fischbacher Chor den Abend mit dem Jägerchor aus dem Freischütz. Nach der Begrüßung nahm der Vorsitzende Günther Büttner die Ehrung der Jubilare vor. Geehrt wurden Willi Weber und Georg Kilb für 60 Jahre Mitgliedschaft, Willi Wittekind, Hans Kilb und Lothar Weigelt für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft im Chor. Der Vorsitzende bedauerte, daß die zu ehrenden aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Feier teilnehmen konnten. Dafür überreichte er Horst Hildebrand die Urkunde und Ehrennadel sozusagen stellvertretend für die abwesenden Jubilare.

In seiner Ansprache zeichnete Günther Büttner ein langes Stück Vereinsgeschichte auf. Die Gründung erfolgte 1864 als Gesangverein Germania. Nach dem Kriege 1945 kamen die Vereine "Eintracht 1874" und "Freiheit 1907" hinzu und man schloss sich dann zur heutigen Chorvereinigung zusammen. Es habe viel persönlicher Idealismus, verbunden mit Freude am Chorgesang, dazu gehört, um die Gemeinschaft der

Sänger über drei Generationen zu erhalten. Leider, so klang es aus der Rede des Vorsitzenden, fehle heute der Nachwuchs aus der Jugend und man wolle versuchen, die Jugend für den Chorgesang, die Gemeinschaft, wie auch für die Pflege des deutschen Liedes zu begeistern, trotz der vielseitigen Angebote heute. Immerhin hat der Chor heute 30 Mitglieder, weitere Fischbacher haben ihre Mitgliedschaft zugesagt. Anschließend trugen das Blasorchester der VHS Walldorf, der Frauenchor Schneidhain, der Liederkranz Kelkheim, der MGV Sängerkunst Eppenhain, die Sängervereinigung Concordia Ruppertshain und der MGV Euterpe Hornau ihre Lieder vor, bevor Gäste und Gastgeber noch fast bis in den frühen Morgen tanzten. Zu den Gästen die nach Fischbach gekommen waren, zählten nicht nur die Stadträte Rudi Alscher, Othmar Nicolaus, Ludwig Ditsch und Robert Rittendorf, sondern auch die Vertreter der Vereine wie auch Abordnungen des kath. Kirchenchores Fischbach und der MGV Liederkranz Münster. Durch den Abend führte mit viel Witz Ewald Wittekind.

19.10.1979: In der Stadtverordnetenversammlung am 19.10 teilte der Bürgermeister für den Magistrat u.a. mit, daß über die Verwertung und des Ausbaues des unteren Teils der Sportanlage Taunusblick nunmehr mit der SG Kelkheim eine vertragliche Regelung vereinbart wurde. Die SG will in diesem Teilbereich drei Tennisplätze errichten.

Dem vom Ersten Stadtrat Klug vorgelegten Nachtragshaushaltsplan wurde einstimmig zugestimmt, genauso wie einigen Darlehensangelegenheiten.

Heinz Seibert, Robert-Koch-Straße 12, wurde einstimmig zum Schiedsmann für den Bezirk Ruppertshain für die nächsten 5 Jahre wiedergewählt.

Der Erhebung von Erschließungskostenbeiträgen für das Erschließungsgebiet "Am Reitplatz" wurde einstimmig zugestimmt.

Den eingegangenen Anregungen und Bedenken zu den folgenden BbPl-Entwürfen wurde teilweise entsprochen, teilweise mussten sie abgelehnt werden. Anschließend wurden die Entwürfe dann als Satzung beschlossen. Nr. 111 "Roteberg-/Offerdingstraße" mit 42 Stimmen, 1 Enthaltung, Nr. 110 "Unter den Kiefern" mit 27 gegen 16 Stimmen, Nr. 39 "Im Schulzehnten" (2. Änderung) mit 35 gegen 5 Stimmen. Bei der Abstimmung über den BbPl-Entwurf Nr. 108 "Breslauer Straße" (8. Änderung) kam es zu einem Eklat. Der Vorsteher vermerkte es mit Erstaunen und wies extra darauf hin, daß zum ersten Mal seit 20 Jahren in Kelkheim eine Fraktion des Stadtparlamentes während der Abstimmung über einen TOP den Saal verlassen hat, um zu unterstreichen, daß sie gegen den Mehrheitsbeschluss des Hauses und Handlungen der Verwaltung ist.

Streitpunkt war eine an sich banale Angelegenheit - wie es vorerst aussah - die Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 108 Breslauer Straße. Da die vorbereitenden Arbeiten für die Erschließung dieses Baugeländes bereits begonnen hatten, bevor ein rechtmäßiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vorlag, so argumentierte die SPD, habe die Verwaltung das Parlament, auch die CDU-Fraktion überfahren. Die Versammlung habe mithin beschließen müssen, was schon fertig dalag. Das bedeutet Rechtsbruch, Illegalität, Verletzung des Vertrauens der Bürger.

Die Verwaltung dagegen konterte mit Bgm. Dr. Stephan: "Hier hat der Bauträger begonnen, als private Firma auf privatem Grund und Boden durch eine private Firma die Arbeiten so voranzutreiben, daß wenigstens Kanal- und Wasserleitung verlegt werden konnten." Und ganz abgesehen davon seien die entsprechenden Beschlüsse doch schon durch entsprechende Abstimmungen seit 1962 untermauert worden. "Wie so vieles, hat auch dieses seine Vorgeschichte mit Beschlüssen im Parlament", meinte Dr. Stephan. Es sei rechtsgültig geplantes Gebiet.

Die SPD dagegen fuhr schweres Geschütz auf, weil sie sich mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben mochte. Rechtsbruch erster Güte, Brechung des Bundesbaugesetzes, wettete Bernd Wellershaus. "Es scheint doch so, daß ein potenter Bauträger die Verwaltung unter Druck setze!" Claus Jürgen Lehming, Chef der SPD-Fraktion: "Wir betrachten das als einen ungeheuerlichen Vorgang und werden bei der Abstimmung den Saal verlassen!"

Was denn auch geschah, nachdem sich sowohl Erhard Roser als auch Anton Stephan (beide CDU) in Rededuelle mit der Opposition einließen. Erhard Roser: "Es mag sein, daß Maßnahmen, die im baulichen Bereich liegen, etwas voreilig waren. Da aber die CDU seit über einem Vierteljahr mit der Offenlegung über den Plan im klaren ist, können wir in dem Beginn der Arbeiten keinen Affront sehen, schließlich wollen wir uns nicht an Formalitäten festhalten". Anton Stephan erinnerte die SPD daran, daß sie in diesem Bereich eigentlich viel höher bauen wollte, daß die Straße dort bestimmt anders aussähe, hätte diese Fraktion damals das Sagen in der Stadt gehabt. Und auf die vielen Zuschauer im Saal anspielend: "Das Abziehen einer Show hat keinen Wert. Tatsachen entscheiden. Hier sollen Wohnungen für Arbeiter und Angestellte einer bestimmten Firma (Hoechst AG) entstehen".

Hans Krützfeldt (FDP): "Wir wollten eigentlich zustimmen, enthalten uns jetzt aber der Stimme, denn die Informationen sind wohl doch nicht ausreichend, um ein Urteil zu fällen". Gerd Grüneberg (SPD) stieß dann noch einmal nach. Interpretiere man die Ausführungen Erhard Rosers, dann könne die Verwaltung Maßnahmen in Gang setzen, ohne das Parlament zu fragen. Danach verließen die SPD-Stadtvordneten

den Saal, um ihn nach der Abstimmung, der Bb.Pl. Breslauer Straße wurde mit 24 Stimmen gegen keine Stimme bei 3 Enthaltungen als Satzung beschlossen, wieder zu betreten.

Anschließend beschlossen die Stadtverordneten die Aufstellung folgender Bebauungsplanentwürfe: 1. Nr. 116 "Adolfshöhe Nord" (1. Abänderung) mit 27 gegen 16 Stimmen, 2. Nr. 114 "Gimbacher Weg/Gundelhardtstr.", einstimmig.

Wichtigster TOP des Abends war zweifellos der Beschluss des Stadtparlaments über den Ankauf des Rettershofes. Nicht nur in den städtischen Gremien, sondern auch in der Öffentlichkeit wurde das wichtigste Vorhaben der Stadt Kelkheim in den letzten Jahrzehnten diskutiert. Die Mehrheit der Bevölkerung war dafür, den Rettershof für die Bevölkerung zu erhalten, die anderen hatten die Befürchtung, daß die Stadt ihre finanziellen Möglichkeiten in der Zukunft so einschränken muss, daß für andere städtische Aufgaben keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen würden. Der Bürgermeister, der sich für den Ankauf des Rettershofes einsetzte, führte in seiner Rede vor den Stadtverordneten die Gründe für einen Erwerb durch die Stadt auf:

"Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen, meine Herren, ich möchte zu den bisherigen Ausführungen, die in den einzelnen Gremien auch im Rahmen von Informationssitzungen gemacht wurden, eigentlich nur zwei Dinge nachtragen, das andere wird sicher im Laufe der Diskussion wiederkehren, und zwar das in diesen Sitzungen angesprochene Beispiel des Verkaufes des Hofgutes Hornau. Die Verwaltung hat in den letzten Tagen beim Grundbuchamt wesentliche Teile dieser Vorgänge nochmals rekonstruiert und anlässlich einer solchen Diskussion ist es vielleicht gut, sich einen solchen Vorgang einmal kurz in die Erinnerung zurückzustufen. Dann möchte ich nur noch wenige Worte zum bisherigen Verfahren sagen.

Sie alle wissen, daß der Herzog von Nassau in Hornau den Gagernhof besaß, der vor dem 1. Weltkrieg (1913) der damaligen Gemeinde Hornau zum Verkauf angeboten wurde. Der Gemeinderat in Hornau kam damals zum Ergebnis, daß die Gemeinde den Hof nicht übernehmen sollte, sondern man sollte Privatleuten die Aufteilung des Besitzes überlassen und sich mit Teilen begnügen. Deshalb erhielt im Mai 1913 die Firma Natan Frere, vertreten durch Adolf Juda aus Köln, das Recht, gegen die Zahlung einer Summe von 150.000 Goldmark, die Genehmigung zur Veräußerung des gesamten Grundbesitzes des Großherzogs von Luxemburg, Herzog von Nassau in Hornau, Kelkheim, Altenhain und Schneidhain.

Es wurde dann in der Folgezeit ein Teil der Parzellen, kleine Parzellen, an Hornauer Bürger verkauft. Einige Grundstücke wurden zwischen 1909 und 1913 direkt von der großherzoglichen Finanzverwaltung verkauft und es waren insbesondere folgende interessante, größere Grundstücke, die auch für die Entwicklung der Stadt Kelkheim bis heute Bedeutung haben. Den größten Anteil an der Gesamtsumme, verkauft wurde übrigens für - nur in Hornau - ausschließlich der anderen Gemarkungen - das konnten wir nicht feststellen - zum Preis von etwas über 190.000 Goldmark, also das Recht wurde erworben mit 150.000, Verkauf in Einzelteilen mit etwas über 190.000 Mark. Den größten Teil erwarb eine Kelkheimer Firma (Dichmann), darunter den ehemaligen Park. Der Anteilsbetrag lag bei 70.000 Goldmark. Dieser Park wurde ja dann in den folgenden Jahren umgewidmet, zu Bauplätzen gemacht, und die Stadt Kelkheim musste, das ist mit das Verdienst meines Vorgängers, sehr mühsam beginnen, etwas weiter südlich wieder eine neue Parkanlage anzulegen - es ist die im Mühlgrund. Da Sie alle wissen, was in den damaligen, in den 60er Jahren schon, die Finanzierung, nicht nur von Grunderwerb sondern auch vom Ausbau dieser Parkanlage, gekostet hat, können Sie auch in Relation setzen, den Aufwand den die Gemeinde zu machen gehabt hätte, und das, was dann anschließend geschehen ist. Das waren die ersten 70.000 Mark.

Für nur 20.000 Mark ging die Hof- und Gebäudefläche weg, die jetzt der kath. Kirchengemeinde St. Martin in Hornau gehört. Das gegenüberliegende Anwesen Karl Müller, das ja heute auch aufgeteilt ist, für 17.000, und der Teil der Adolfshöhe, der den Grundstock für das Hofgut bildete, ebenfalls für 17.000 Goldmark. Es ist der Teil, den wir später, ebenfalls im Rahmen eines größeren Grundstücksgeschäftes, vor einigen Jahren zurück erworben haben, allerdings mit einigen Nullen mehr.

Dann kam die Gemeinde. Die Gemeinde war der Auffassung, daß sie in der Mitte des damaligen Dorfes doch eine größere Fläche benötigte, für eine neue Schule - inzwischen ist es die alte Schule und es steht da das Feuerwehrgerätehaus. Diese Fläche wurde erworben für 8.000 Mark und die kath. Kirchengemeinde kaufte den Bauplatz für eine zu bauende Kirche, die dann in der Tat in den Jahren 1950/52 entstand, mit 6.200 Goldmark.

Ich wollte dies nur als kleine historische Reminiszenz bringen, um auf die Bedeutung hinzuweisen, die eine solche Entscheidung für eine Stadt oder Gemeinde hat, denn vor eine solche Entscheidung wird im Regelfall eine Stadt oder Gemeinde nur einmal in ein, zwei oder drei Generationen gestellt. Angesichts der Bedeutung dieser Angelegenheit, hat die Verwaltung auch sehr sorgfältig die Beratungen in den Gremien, im Magistrat und in den Ausschüssen und den Fraktionen vorbereitet.

Wir haben uns bemüht, in einigen Monaten alles Material, was zur Entscheidung notwendig erscheint, zusammenzutragen, geordnet, es Ihnen, als dem letztendlich Entscheidungsträger, vorzulegen, aufbereitet, und ich möchte feststellen, von Seiten der Verwaltung, daß auch aufgrund der an uns gestellten Fragen in

den Informationssitzungen, sich für uns der Sachverhalt so darstellt, daß alle Tatsachen, die Entscheidung, die das Pro und Contra beeinflussen können, Ihnen bekannt sind, so daß nach einer ausführlichen Information und nach den bisher schon stattgefundenen Abwägungsprozessen, die Verwaltung - ich kann dies auch für den Magistrat sagen - wir der Auffassung sind, daß Sie jetzt entscheiden können. Im sachlichen Teil habe ich in den vergangenen Wochen so viel vorgetragen und es wird sicher im Rahmen der Diskussion ein Teil davon wiederkehren, daß ich dies hier nicht wiederholen möchte."

Mit dem Ankauf des Rettershofes dürfte die Stadt Kelkheim in finanzieller Hinsicht eine der wichtigsten Entscheidungen dieses Jahrzehnts getroffen haben, wenn nicht gar die wichtigste, meinte Claus Jürgen Lehming, der SPD-Fraktionsvorsitzende. Viele Vorhaben der kommenden Jahre dürften dann entweder blockiert werden, dürften kleiner werden oder auf eine längere Bank geschoben werden.

Jedoch - meinte Anton Stephan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, der die Weichen für die Transaktion gestellt hatte: "Wenn Erster Stadtrat Klug als Kämmerer meint, daß die Sache zu machen ist, dann können wir uns auch darauf stützen". Die Besitzer hätten versucht, den Rettershof über einen Makler zu verkaufen, seien aber auf keine Gegenliebe gestoßen, weil man das Areal nicht habe zerstückeln wollen. Interessenten für Einzelteile des Grundbesitzes, so war zu erfahren, habe es schon gegeben, "Aber so etwas wäre nicht erfreulich gewesen. Wir hätten davon ausgehen müssen, daß dieses Naherholungsgebiet nicht mehr für die Allgemeinheit nutzbar gewesen wäre". Rund 9,1 Mio. DM wird der 1.102.934 qm große Grundbesitz inklusive der Gebäude und des Inventars kosten.

Was letztlich die Stadt Kelkheim zum Ankauf bewogen haben mag, geht wohl aus den Ausführungen von Erhard Roser, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, hervor, mit der dann später auch die meisten der SPD-Abgeordneten stimmten: "Wenn wir an die zu bauende Hauptsportanlage in Kelkheim oder an die zu erweiternden Sportanlagen in Ruppertshain denken, wenn man berücksichtigt, daß die Stadt Kelkheim in Zukunft große Flächen für die Erweiterung des Gewerbegebietes benötigt, ist dafür der Ankauf oder der Tausch großer Flächen notwendig.

Da die Vergangenheit gelehrt hat, daß im Tauschwege benötigte Flächen schneller und im Regelfall preiswerter als durch Ankauf beschafft werden können, muss dieser Gesichtspunkt mit einbezogen werden". Erhard Roser erwähnte dann im einzelnen unter anderem folgende Punkte:

- Der Freizeitwert des Rettershofes in seiner Gesamtheit soll für die Bevölkerung erhalten bleiben und soweit wie möglich noch ausgebaut werden.
- Die durch den Bau überörtlicher Straßen notwendig gewordene und notwendig werdende Straßenlandabgabe aus dem Grundbesitz der Stadt Kelkheim kann aufgefangen werden.
- Der vierzigprozentige Waldanteil an der Gesamtfläche ist selbständig weiterveräußerbar. Wobei allerdings im Hinblick auf die Wohlfahrtsfunktionen des Waldes das Interesse der Stadt Kelkheim angemessen hoch bei einem solchen Schritt anzusetzen ist.
- Der zu zahlende Preis erscheint bei Anlegung der zurzeit geltenden Maßstäbe für Wald, für Ackerland, für bebauten Gelände unter Einschluss der vorhandenen baulichen Substanzen und unter Einbeziehung weiterer wirtschaftlicher und ideeller Gesichtspunkte unter jedem anwendbaren Maßstab angemessen.

SPD-Fraktionschef Lehming: "Dieser Entschluss wird eine erhebliche Belastung über Jahre hinaus bedeuten und wir werden die Verzögerung beschlossener Maßnahmen in Kauf nehmen müssen. Es entstehen allerdings Vermögenswerte, die weiter wachsen werden". Auch er hob den Freizeitwert des Rettershofes hervor und bekräftigte, daß die Anlage eines Landschaftspflegehofes, um Brache zu verhindern, eine reizvolle Aufgabe sei.

FDP-Fraktionsvorsitzender Hans Krützfeldt erinnerte daran, daß der Bau der zentralen Sportanlage weiter aufgeschoben werden müsse, daß die Wirtschaftlichkeit des Hofes nicht gegeben sei, daß Folgekosten zu erwarten seien, und daß eigentlich die Meinungsbildung bei Berücksichtigung dieses "großen Brockens" viel zu kurz gewesen sei. Er warf vielmehr die Frage auf, ob man die Bevölkerung Kelkheims nicht hätte in die Diskussion mit einbeziehen sollen, um damit in einem entsprechenden Reifeprozess zu einer Entscheidung der Bürger zu kommen. "Rathaus und Schwimmbad sind auch mit entsprechender Frist gebaut worden. Sieht es nicht so aus, als ob uns eine besondere Eile drängt? Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß es sich hier um ein Schubladenprojekt handelt, das bereits perfekt war!"

Ein Landschaftspflegehof sei nicht tragbar für Kelkheim, argumentierte Günter Schölzel (SPD). "Wo soll das Geld herkommen? Geht die Konjunktur so weiter? Meine Meinung: Privatinitiative und nicht Verwaltung".

Alwine Bock (CDU): "Bisher haben wir nur vom Geld geredet. An die kulturellen Werte des Rettershofes hat noch niemand erinnert! Wir sollten erst einmal die Hand darauf legen. Was wir später damit machen, können wir später immer noch entscheiden!"

Bernd Wellershaus (SPD) teilte nicht die Meinung seiner Fraktionskollegen, sondern meinte, daß eine ganz andere Interessenlage entstehe, wenn sich erst die öffentliche Hand einer solchen Anlage bemächtigt habe, "ob man dann noch die hehren Ziele der Naherholung weiterverfolgen wird?"

Nun, nachdem von der CDU noch einmal darauf hingewiesen worden war, daß hier gewählte Bürger im Parlament säßen, die das Vertrauen der Kelkheimer Bürger hätten, stimmte man ab. Die SPD hatte den Mitgliedern ihrer Fraktion die Wahl der Abstimmung selber überlassen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss mit 35 Stimmen gegen 5 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen den Rettershof, wie vordem beschrieben, für die Stadt Kelkheim zu erwerben. Anschließend stimmten die Stadtverordneten noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

Die Reinemachefrau Antoinette Sauer kam schon 1962 zur Gemeinde Fischbach und trat zum 30.7. mit 72 Jahren in den Ruhestand.

Die Stenotypistin Stefanie Passek war etwas mehr als 9 Jahre für die Stadt tätig. Nach insgesamt 20 Jahren im öffentlichen Dienst scheidet sie zum 31.10 aus den Dienst bei der Stadt aus.

Willi Jost ist der neue Vereinsringvorsitzende des Stadtteils Hornau. Er löst damit Oskar Schmitt ab, der dieses Amt bis jetzt inne hatte.

In seinem Amt als Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes bestätigt wurde Dr. Klaus Fischer in der Hauptversammlung im Bürgerhaus Fischbach. Seine Stellvertreter sind Ludwig Ditsch aus Fischbach und Christel Manemann aus Eppenhain.

16.11.1979: Im Gasthaus "Zur Rose" in Ruppertshain fand die diesjährige **Bürgerversammlung** zu den Themen Verkehrsplanung, Sportstätten- und Sporthallenplanung und Verschiedenes statt. Der Bürgermeister informierte über den Stand beim Bau der B 8 und über andere Straßenbauvorhaben. Bis 1982, so meinte er, könne wohl auf der B 8 der Verkehr so rollen, daß Ruppertshainer und Eppenhainer Bürger diese Straße gut erreichen und damit ohne Ampelbehinderung bis Höchst fahren könnten, was zu den angestrebten Erleichterungen in den anderen Stadtteilen führen werde.

Ein weiterer Schwerpunkt seines Berichts die Information über den Umbau der L 3016 vom Hegewald zum Gagering, der nun wahrscheinlich so geplant werde, daß die Trasse nicht über, sondern unter der Kleinbahn verlegt werde - wie übrigens auch von den Anliegern dringend gefordert. In ein bis zwei Jahren, so hoffe man, sei auch die West-Ost-Kreuzung in Kelkheim-Mitte - Parkstraße und Frankfurter Straße - befahrbar, wenn auch dann wohl noch nicht alle Grundstücksfragen ausgeräumt sein werden.

Grundstücksfragen griff Dr. Stephan auch im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Sporthalle im Stadtteil Ruppertshain auf - hier gab es auch Fragen zum Rettershof - weil die Stadt im Augenblick kein geeignetes Gelände im Gebiet des Sportplatzes habe und Anlieger nach Meinung der Stadtverwaltung weit überhöhte Preise gefordert hätten. "Sehen Sie, dafür und für ähnliche Grundstückstauschmöglichkeiten brauchen wir das Gelände des Rettershofes", unterstrich der Bürgermeister.

Geplant sei auf jeden Fall, daß eine solche Halle großzügig ausgebaut werden und auch den Schützen entsprechende Möglichkeiten bieten werden, eine Halle übrigens, die auch für andere Veranstaltungen genutzt werden solle. Im kommenden Jahr wolle man die Verhandlungen wieder aufnehmen, zumal man jetzt auch bessere Pfänder in der Hand habe, um entsprechendes Gelände tauschen zu können. Man solle sich immer vor Augen halten, daß ein früheres Gemeindeparlament Rossert für die neue Stadt Kelkheim keine Grundstücke gehortet habe, auf denen man heute bauen könne. "Sie können deshalb auch nicht Mandatsträger für Dinge schlagen, die sie nicht zu

verantworten haben". Erweitert werden soll das Reitgelände und für die Tennisfreunde ist ein Umkleidegebäude geplant. Dafür stehen im Haushalt 300.000 Mark bereit.

Fischbach erhalte eine neue Turnhalle, weil der Kreis sich bereit erklärt hat, bei entsprechenden Neubauten von Turnhallen für Gesamtschulen zwei Drittel der Kosten und die volle Unterhaltung der Hallen zu tragen. "Wir mussten hier einfach zugreifen, auch wenn diese Halle in Fischbach gebaut werden muss".

Mit Dank nahm den Hinweis einer Teilnehmerin der Versammlung zur Kenntnis, daß am Spielplatz Wiesenstraße offensichtlich noch die einzigen verfügbaren Bänke im Ortsbereich zu finden seien. Diese seien aber immer von auswärtigen Besuchern der Heilstätte belegt. Ob man nicht mehr neue Bänke in Ruppertshain aufstellen könne, denn Kinder könnten hier nun nicht mehr spielen. Die Verwaltung versprach, diese Angelegenheit sofort zu prüfen und neue Bänke aufzustellen.

Einen Kindergarten wird es für Eppenhain auch in Zukunft nicht geben, solange die Eppenhainer nicht selbst einsehen, daß die Steuerzahler für so wenige Kinder nicht aufkommen können, zumal ein Teil der Kinder ohnehin nicht in den Ruppertshainer Kindergarten fahre, sondern der Gemeinssinn so wenig ausgebildet sei, daß einige Kinder in andere Orte gebracht würden. Immerhin gebe es in Ruppertshain 75 Plätze, von denen aber nur 42 benutzt würden.

Die Frage nach der Zukunft des Ruppertshainer Rathauses soll aufgegriffen und geklärt werden, sowie der Umzug der Verwaltungsaußenstelle erfolgt sei. Hier haben jedoch die Stadtverordneten zu entscheiden. Die Versammlung verlief in ruhiger und sachlicher Atmosphäre und wurde vom Stadtverordnetenvorsteher in Anwesenheit von ca. 60 Bürgern sehr gut geleitet.

Bei einem Familienfest des MGV "Euterpe" Hornau wurden drei Mitglieder, die 50 Jahre dem Verein angehören mit Urkunden und Nadeln ausgezeichnet. Diese seltene Auszeichnung erhielten der noch heute aktive Sänger Karl Scheuermann und die beiden, heute passiven Mitglieder Fridolin Kerber und Franz Stephan.

Auch die SG Kelkheim konnte bei ihrem Familienabend Mitglieder ehren, die ebenfalls 50 Jahre und länger dem Verein angehören. Leider konnten nicht alle Jubilare zur Ehrung kommen. Für 60 Jahre Mitgliedschaft wurden Peter Josef Bender und Wilhelm Willas, der wegen Krankheit leider nicht anwesend sein konnte, geehrt. Für 50 Jahre wurden geehrt Emil Müller, Wilhelm Müller, Eugen Löw und Adolf Gottschalk.

Die Königswürde bei den Münsterer Schützen errang in diesem Jahr Kurt Müller und sein erster Ritter wurde Klaus Höser und der zweite Ritter ist in diesem Jahr eine Ritterin, nämlich Anita Claas. Bei einem Tanzabend im Pfarrzentrum St. Franziskus erhielten die Würdenträger ihre Insignien.

Über den Stand der Planungen bezüglich der Gestaltung des Münsterer Kirchplatzes und des Ausbaus des Alten Rathauses berichtete kürzlich Bürgermeister Dr. Stephan, nachdem er seitens der Bürgervereinigung Alt-Münster bei der Bürgerversammlung in Ruppertshain daraufhin angesprochen worden war. Der Bürgermeister betonte zunächst, daß der "einmalige Ankauf des Rettershofes" auf keinen Fall dazu führe, daß irgendwelche Planungen nicht verwirklicht würden. Es werde lediglich in dem einen oder anderen Falle zeitliche Verzögerungen geben.

Konkret meinte er, daß derzeit noch Vorarbeiten für die Planung in Münster laufen. Man habe Untersuchungen anstellen müssen, ob oberirdische Parkplätze oder eine Tiefgarage sinnvoller seien. Dabei wurden Bohrungen notwendig in dem, wie Dr. Stephan sagte, "problematisch", weil feuchtem Gelände. Die Ergebnisse müssten wiederum beraten werden. "Ich schätze, daß die Planungen noch einige Monate dauern werden."

Mit dem Ausbau des Alten Rathauses, in das ein Restaurant und oder eine Weinstube kommen soll, könne möglicherweise im nächsten Jahr begonnen werden. Die Voraussetzung dafür sei, daß die notwendigen Entscheidungen dafür gefallen seien.

Zu den Vorwürfen des Sprechers der Bürgervereinigung, Reinhard Herr, die Stadt habe mehrere Briefe des Vereins, in denen sie nach den Stand der Dinge fragte, nicht beantwortet, meinte der Bürgermeister, man wolle keinen "unnützen Verwaltungsaufwand" betreiben. Alle in den Briefen gestellten Fragen seien zuvor schon in verschiedenen mündlichen Gesprächen beantwortet worden. Die Münsterer seien also informiert gewesen.

3.12.1979: Im Alter von 77 Jahren verstarb Herr Fritz Lang. Er stand von 1953 bis 1967 als städtischer Gärtner in den Diensten der Stadt Kelkheim. Während seiner langjährigen Zugehörigkeit zur Stadtverwaltung konnte Herr Lang sich bei den Kolleginnen und Kollegen großer Wertschätzung erfreuen. Man wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

6.12.1979: Bgm. Dr. Stephan und Erster Stadtrat Klug haben heute die Unterschriften unter dem Vertrag zum Kauf des Rettershofes durch die Stadt Kelkheim gesetzt. Damit geht der gesamte Besitz mit allem Inventar, bebauten und unbebauten Grundstücken zum 1. Januar 1980 in den Besitz der Stadt Kelkheim (Taunus) über.

In der Stadtverordnetensitzung am 6.12. teilte der Bürgermeister für den Magistrat u.a. mit, daß, nachdem mit den Feuerwehren aller Stadtteile eine Schaltung über den Feuerwehrnotruf zur Leitstelle Hofheim erzielt werden konnte, werden nunmehr auf Kosten der Polizei innerhalb des Stadtgebietes insgesamt 10 Telefonzellen mit münzfreiem Notrufsystem ausgestattet. Die übrigen 19 Telefonzellen werden durch die Stadt entsprechend ausgestattet. Mit dieser Maßnahme werden die alten bisherigen Feuermelder entfernt, weil diese Lösung auf längere Sicht auch eine preisgünstigere ist.

Einstimmig wurde der 1. Nachtragshaushalt für 1979, der den Plan im Verwaltungshaushalt ausgeglichen um 539.400 DM auf insgesamt 32.247.050 DM und im Vermögenshaushalt um 5.965.760 DM auf insgesamt 22.060.460 DM erhöhte.

Der Hauungs- und Kulturplan für die städtischen Waldungen für das Forstwirtschaftsjahr 1980 wurde einstimmig beschlossen. Er sieht einen Holzeinschlag von 1.645 fm vor. Im Jahre 1979 wurden 1.915 fm Holz eingeschlagen. Die Gesamtausgaben einschließlich des Kulturplanes betragen 300.419 DM. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen in Höhe von rund 94.000 DM gegenüber, so daß ein Zuschuss der Stadt von gut 200.000 DM notwendig ist.

An Neukulturen sind im Jahre 1980 die Anpflanzungen von 2.000 Nadelbäumen vorgesehen. Im Rahmen von Nachbesserungen sollen insgesamt 26.000 Bäume der verschiedensten Arten in allen Forstbezirken angepflanzt werden.

Der Magistrat hatte für die im Sportstättenplan 1978 aufgeführten Sportanlagen zum HH-Plan 1980 einen Baustufenplan sowie Konzeptionspläne und Detailpläne einschließlich Kostenermittlung erstellt. Die im Sportstättenplan enthaltenen Maßnahmen wurden in drei Kategorien unterteilt. Diese sind einmal die

kleineren Maßnahmen, die sich in Investitionen der Vereine niederschlagen. Dann die Errichtung von neuen Anlagen, ebenfalls über die Vereine, die jeweils zusammen mit der Stadt durchgeführt würden und die vorgesehene Hauptsportanlage.

Die Vereinsmaßnahmen sollen 1980 wie im Vorjahr mit insgesamt 300.000 DM gefördert werden. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst. Bezüglich der Hauptsportanlage waren die Mehrheitsfraktionen mit dem Beschlussvorschlag des Magistrats einverstanden, daß zunächst der Antrag auf Zuschuss gestellt werden soll und die Errichtung der Anlage erst nach Abschluss des Flurbereinigungsverfahrens und Rechtskraft eines aufzustellenden Bebauungsplanes verwirklicht werden kann. Die SPD sprach sich gegen den Beschlussvorschlag aus, weil sie den Standort für die Hauptsportanlage, unterhalb des Hauptfriedhofs, grundsätzlich ablehnt.

Mit der Kleinbahn wurde bezüglich des Stadtbusverkehrs ein neuer Vertrag geschlossen, der zum Inhalt hat, daß mit Beginn des Sommerfahrplanes zum 1.6.1980 der Stadtbusverkehr in der bisherigen Form eingestellt wird. An seiner Stelle tritt ein von der Kleinbahn betriebener Linienverkehr, der alle Kelkheimer Stadtteile bedienen soll. Die Linienführung wurde wie folgt festgesetzt: Ehlhaltener Straße - K 775 - Eppenhainer Straße - Robert-Koch-Straße - L 3016 – Ruppertshainer Straße - Lang-/Kelkheimer Straße - Taunusstraße - Sodener Straße - Fischbacher/Hornauer Weg - Lessingstraße - Adalbert-Stifter-Straße - Gagernring - Auf der Herrnmauer - Hornauer Straße - Gagernring - Pestalozzistraße - Bahnstraße - Altkönigstraße - Bahnstraße - Frankfurter Straße - Dieselstraße - Industriestraße - Siemensstraße - Frankfurter Straße. Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Da der gesamte Grundbesitz des Rettershofes zum 1.1.1980 in den Besitz der Stadt Kelkheim übergeht, machte man sich bezüglich des zukünftigen Betriebes und der Verwaltung des Rettershofes seitens der Verwaltung Gedanken. Nach einem vorliegenden Gutachten und Beratungen mit einer Betriebsberatungsgesellschaft kam man zu dem Ergebnis, von einer Führung des Rettershofes nach dem Eigenbetriebsgesetz abzusehen und stattdessen eine Betriebs-GmbH zu gründen. Die CDU stellte zusätzlich den Antrag zum Vertragsentwurf, daß die Mitglieder des Aufsichtsrates einer Rettershof-GmbH aus den Mandatsträgern der städtischen Gremien zu bestellen sind.

Die SPD war dagegen, weil sie der Ansicht war, in dieses Gremium könnten auch kompetente Bürger aufgenommen werden. Mit 21 Stimmen gegen 16 Stimmen und 1 Enthaltung fasste man folgenden Beschluss: Zur Bewirtschaftung des Rettershofes zum 1.1.1980 ist eine Gesellschaft mit der Bezeichnung "Gutsverwaltung Rettershof GmbH" zu gründen. Der Entwurf des abzuschließenden Gesellschaftervertrages wird genehmigt. Die Gesellschaft besteht neben der Stadt Kelkheim mit einer Stammeinlage von 498.000 DM aus den Gesellschaftern Bankdirektoren Erich Feicht und Rolf Aust mit einer Stammeinlage von je 1.000 DM.

Mit der Gründung der Gesellschaft ist sicherzustellen, daß die Gesellschafter Feicht und Aust ihre Gesellschaftsanteile zum Nennwert von 1.000 DM an die Stadt Kelkheim auf deren Verlangen abzutreten. Die Mittel für die Stammeinlage von 498.000 DM und Übernahme der Stammeinlagen von je 1.000 DM der Gesellschafter Feicht und Aust sind im HH-Plan 1980 bereitzustellen.

Vom Ing. Büro Fischer wurden 3 Planvarianten für die zukünftige Straßenführung der Straße "Nach dem Busch" ausgearbeitet. Plan 1 sah eine Hochlage, Plan 2 eine Tieflage und Plan 3 eine ebenerdige Lage der Straße vor.

Bei der Planvariante 1 wurde die Hochlage untersucht bei einer Brückenführung von 100 Meter und einer lichten Höhe über Gelände von 2,50 Meter. Die Kosten für diese Baumaßnahme belaufen sich auf rund 2,8 Mio. DM, wobei eine Unterführung des Brückenbauwerks zum nördlichen und südlichen Bereichs des Geschäftszentrums möglich ist. Hinzu kommen noch Kosten für einen geringfügigen Bodenausgleich und Stützpfeiler. Als negative Beurteilung einer derartigen Hochlage ist die Steigung von 2,5 bis 5 Prozent in der Gradienten zu werten.

Bei der Planvariante 2 wurde eine Untersuchung der Tieflage der Straße vorgenommen. Bei dieser Maßnahme würden in etwa gleiche Kosten entstehen, wobei die Kosten für eine eventuelle Stützmauer nicht berücksichtigt worden sind. Bei einer Unterführung ist ein Bodenaustausch vorzunehmen. Die Beurteilung dieser Straßenführung ist auch als negativ zu bezeichnen, da in Gefälle in der Gradienten von 3 bis 5 Prozent auf der besagten Länge von 100 Metern entstehen würde. Die Planvariante 3 beinhaltet die Straßenlage im Gelände. Durch diese Variante können erhebliche Kosten eingespart werden, wobei sich die Gesamtkosten auf rund 1,4 Mio. DM belaufen, bei einer Unterführung dieser plangleichen Straße für eine zu bauende Tiefgarage, wobei die Unterführung für PKW's und Fußgänger eingerechnet worden ist. Weitere Vorteile dieser Planvariante sind, nur geringer Bodenaushub, keine Stützmaßnahmen und ein normaler Verlauf der Gradienten.

Die SPD stimmte keine der Varianten zu, weil sie eine andere Planung für die neue Stadtmitte wollte und die Straße Nach dem Busch in der jetzigen Planung das Gebiet trennend durchschneidet. Mit 23 gegen 15 Stimmen wurde der Planungsvariante 3 zugestimmt.

Einstimmig wurde ein Baulandumlegungsverfahren für das Gebiet "Frankenwald" zugestimmt.

Da vorauszusehen war, daß die alte Schule K.-Mitte nicht mehr schulischen Zwecken zugeführt werden würde und die Räumlichkeiten seit Jahren durch die Vereine genutzt werden, beschloss man einstimmig die Entwidmung dieser alten Schule.

Gemäß neuer gesetzlichen Vorschriften konnten jetzt auf dem Wege der öffentlichen Bekanntmachung eventuelle Fehler bei der Aufstellung der Flächennutzungspläne der Stadt Kelkheim von 1974, der Gemeinde Fischbach von 1974 und der Gemeinde Rossert von 1975 sowie deren Änderungen rückwirkend in den rechtlichen Stand geführt werden. Im Interesse der Sicherung der Bauleitplanung der Stadt Kelkheim stimmten die Stadtverordneten der Vorlage einstimmig zu.

Anschließend stimmten man der Offenlegung des BbPl.-Entwurfes Nr. 114 "Gundelhardtstraße/ Gimbacher Weg" einstimmig zu.

Mit 2 Gegenstimmen wurde der Antrag der FDP-Fraktion zur Senkung der Gewerbesteuerhebesätze im Jahre 1980 mehrheitlich in die Fachausschüsse verwiesen. Dort soll überprüft werden, ob eine Senkung der Gewerbesteuer, die der mittelständischen Wirtschaft mehr Impulse verleihen kann, für 1980 durchgeführt werden kann. Nachdem der Bürgermeister noch einige Anfragen von Stadtverordneten beantwortet hatte, stimmte man noch einigen Grundstücksangelegenheiten zu.

17.12.1979: Während der Ferienspiele 1979 beteiligten sich auch rund 300 Kinder an einen Ballonflugwettbewerb. Im Laufe der vergangenen Monate gingen bei der Stadt viele Antwortkarten, die durch die Ballone durch die Lüfte getragen wurden und irgendwo niedergingen, ein. Fast alle Ballone flogen in südliche Richtung, lediglich die beiden, die den weitesten Weg zurücklegten, wurden im Norden Deutschland gefunden.

Sport- und Kulturamtsleiter Herbert Uhrig nahm jetzt die Siegerehrung des Wettbewerbs im Plenarsaal vor. Christoph Hartmanns Ballon flog nach Varel bei Wilhelmshaven. Er war damit der Sieger des Wettbewerbs und wurde dafür vom Bürgermeister zu einem Essen auf dem Rettershof mit anschließender Besichtigung des Atzelbergturms eingeladen.

Sieben Monate Dammbesetzung. Rund um die Uhr ist nach wie vor das Naturdorf bewohnt, das Umweltschützer in den letzten Monaten errichteten, seitdem sie am 5. Mai dieses Jahres den Damm der B 8 im Liederbachtal besetzt hatten und damit bis weit über die Grenzen unseres Gebietes Aufsehen erregten. Das sind jetzt etwa sieben Monate einer gewaltlosen Aktion, der Politiker höchstens drei Monate Zeit gegeben haben.

Die Landschaftsschützer wollen verhindern, daß die - wie von den Behörden immer wieder unterstrichen wird, notwendige – Bundesstraße 8 in den Taunus weitergebaut wird. Die Argumente der Umweltschützer: Der Bau bedeutet einen eklatanten Eingriff in die Natur, über 30.000 Bäume würden dem Bau der Straße zum Opfer fallen, Teile eines Landschaftsschutzgebietes würden zerstört werden. Albrecht Kündiger, der seit dem ersten Tag dabei ist, gab der KeZ folgenden Bericht, der hier auszugsweise veröffentlicht wird:

"Dieses Naturdorf, inzwischen winterfest gemacht, hält auch den widrigsten Witterungsverhältnissen stand, was gerade in den kalten Novemberrächten mehrfach bewiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt schneite es erstmalig auf dem Damm, die Temperaturen sanken oft unter null Grad. Das große Rundhaus, die erste Hütte des Dammes und zugleich Symbol der Besetzung, hat doppelte, mit Stroh ausgestopfte Wände erhalten, ebenso das etwas neuere "Hexenhaus", das fast ausschließlich zum Schlafen genutzt wird. Die Eingänge haben jetzt Türen oder sind mit schweren Decken verhängt, auch die Fenster sind fast überall doppelt. Gegen die Kälte von unten ist ein parkettähnlicher Boden eingezogen worden. An den Wänden und am Dach hängen zahlreiche Teppiche, die einerseits als zusätzliche Wärmeisolierung dienen, aber auch andererseits das Innere der Häuser verschönern.

Um die Hütten herum wird der klein gehackte Holzvorrat für die kommenden Monate gestapelt, gerade das Holz an den Außenwänden schützt die Häuser vor kalten Windeinflüssen. Richtig gemütlich wird es abends, wenn die Holzöfen durchheizen, und die Dammbesetzer um die offene Feuerstelle sitzen. Die offene Feuerstelle in der Mitte des Rundhauses ist mit Steinen ausgemauert worden, die die Wärme länger und wirkungsvoller speichern.

Teppiche, Türen, Fenster, Öfen haben die Dammbesetzer aus der Bevölkerung der umliegenden Orte bekommen, genauso wie die zahlreichen Möbelstücke, mit denen die Häuser eingerichtet sind. Zum Kochen stehen gleich zwei Herde zur Verfügung, der eine kam von Schneidhainer Bürgern, der andere aus Höchst. Auch zahlreiches Geschirr sowie Unmengen an Matratzen erhielten die Besetzer, ein Hornauer brachte mehrere Decken an den Damm.

Fast alle Dammbesetzer gehen arbeiten oder studieren, obwohl es gerade jetzt am Damm genug zu tun gibt. Das zumindest zeitweise einfache Leben unmittelbar in der Natur bringt neben viel alltäglicher Arbeit auch eine Menge neuer Erfahrungen. Wasser wird aus einer Quelle im Wiesengrund geholt. Im nächsten Jahr soll die Selbstversorgung des Naturdorfes weiter ausgedehnt werden: Ein bisher brachliegendes, wildes Feld wurde von Gestrüpp und toten Bäumen befreit und die vernachlässigten ungenutzten Obstbäume freigelegt. Zurzeit sind die Besetzer dabei, weiteres Ackerland anzulegen. Gemüse wurde

bereits in diesem Jahr aus dem inzwischen vergrößerten Terrassengarten am Südhang des Dammes geerntet.

Seit kurzem leben im Naturdorf auch wieder Tiere. Für zwei Hasen, vier Ziegen und mehrere Ponys wurde das legendäre Sommerschlafhaus "Hilton am Damm" extra in einen rustikalen Stall umgebaut. Selbst Skeptiker, die die Dammbesetzung anfangs nur als Sommerlager irgendwelcher Jugendlicher ansahen, haben inzwischen erkannt, daß die Umweltschützer vom Damm den Kampf gegen die sinnlose neue B 8 ernst nehmen. Schon seit dem 5. Mai, seit Beginn der gewaltlosen Aktion also, haben die B 8-Gegner immer wieder deutlich gemacht, daß der Damm so lange besetzt bleibt, bis die geplante Schnellstraße endgültig verhindert ist." (Soweit Albrecht Kündiger).

Vorgenommen haben sich die Dammbesetzer, daß sie auch die Festtage dort bleiben wollen. Heiligabend wird es ein kleines, gemütliches Weihnachtsfest geben und nach dem Motto "B 8-los durch die achtziger Jahre" soll es dann Silvester ins neue Jahr gehen. Mit dem geplanten großen Feuerwerk wollen die Besetzer alle bösen Geister (sprich: die Politiker und Straßenplaner, wie sie meinen) von der Natur fernhalten. Und freuen wird man sich auch über Besuch, der an den Feiertagen auf den Damm kommt.